



Treaty Series No. 39 (1963)

# Convention

relating to Co-operation for the  
Safety of Air Navigation  
**(EUROCONTROL)**  
[with Annexes and Protocols]

Brussels, December 13, 1960

[The Protocol for the Transitional Period entered into force on October 10, 1962,  
and the Convention on March 1, 1963]

*Presented to Parliament by the Secretary of State for Foreign Affairs  
by Command of Her Majesty  
August 1963*

LONDON

HER MAJESTY'S STATIONERY OFFICE

SEVEN SHILLINGS NET

## CONTENTS

	<i>German Text Page</i>	<i>English Text Page</i>	<i>French Text Page</i>	<i>Dutch Text Page</i>
1. CONVENTION RELATING TO CO-OPERATION FOR THE SAFETY OF AIR NAVIGATION (EUROCONTROL)	3	16	30	44
2. ANNEX I TO THE CONVENTION. STATUTE OF THE AGENCY ...	60	70	80	90
3. ANNEX II TO THE CONVENTION ...	101	101	102	102
4. PROTOCOL OF SIGNATURE ...	103	104	105	106
5. PROTOCOL FOR THE TRANSITIONAL PERIOD PRECEDING THE COMING INTO FORCE OF THE CONVENTION	109	112	115	118

## **INTERNATIONALES ÜBEREINKOMMEN ÜBER ZUSAMMENARBEIT ZUR SICHERUNG DER LUFTFAHRT "EUROCONTROL"**

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,  
DAS KÖNIGREICH BELGIEN,  
DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK,  
DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND,  
DAS GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG,  
DAS KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE,

IN DER ERWÄGUNG, dass die Inbetriebnahme von strahltriebwerken angetriebenen Verkehrsflugzeugen und ihre allgemeine Verwendung dazu führen können, die Organisation der Luftverkehrskontrolle grundlegend zu ändern,

IN DER ERWÄGUNG, dass sich das neue Material beim Betrieb

— durch erhöhte Geschwindigkeit

— durch die Notwendigkeit kennzeichnet, aus Gründen der Wirtschaftlichkeit einen raschen, ununterbrochenen Steigflug bis zur besten Betriebshöhe durchzuführen und diese Höhe bis möglichst nahe an den Bestimmungsort beizubehalten,

IN DER ERWÄGUNG, dass diese Besonderheiten ausser einer Anpassung oder Umwandlung der gegenwärtigen Kontrollmethoden und -verfahren oberhalb einer bestimmten Höhe die Schaffung neuer Fluginformationsgebiete bedingen, die ganz oder teilweise in Kontrollbezirke eingeteilt sind,

IN DER ERWÄGUNG, dass mit Rücksicht auf die rasche Weiterentwicklung des betreffenden Materials die Luftverkehrskontrolle in grossen Höhen für die meisten europäischen Staaten nicht mehr auf den Rahmen der Landesgrenzen beschränkt bleiben kann,

IN DER ERWÄGUNG, dass es somit ratsam ist, ein internationales Organ zur Kontrolle von Lufträumen zu schaffen, die über die Grenzen des Hoheitsgebiets eines Staates hinausgehen,

IN DER ERWÄGUNG, dass es bezüglich des unteren Luftraums in bestimmten Fällen von Belang sein kann, die Luftverkehrs-Sicherungsdienste über einem Teil des Hoheitsgebiets einer Vertragspartei dem obengenannten internationalen Organ oder einer anderen Vertragspartei zu übertragen,

IN DER ERWÄGUNG, dass andererseits die Internationalisierung der Kontrolle eine gemeinsame Politik und eine Vereinheitlichung der Vorschriften erfordert, die auf den Richtlinien und Empfehlungen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) beruhen, wobei den Erfordernissen der Landesverteidigung Rechnung zu tragen ist,

IN DER ERWÄGUNG, dass es im übrigen sehr wünschenswert ist, die Massnahmen der Staaten auf dem Gebiet der Ausbildung von Personal für die Luftverkehrs-Sicherungsdienste sowie der Forschung und Untersuchung über Fragen des Luftverkehrs zu koordinieren,

HABEN folgendes vereinbart:

#### ARTIKEL 1

(1) Die Vertragsparteien kommen überein, ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Luftfahrt enger zu gestalten und insbesondere die Luftverkehrs-Sicherungsdienste im oberen Luftraum gemeinsam zu organisieren.

(2) Sie gründen zu diesem Zweck eine "Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt" (EUROCONTROL), im folgenden als "Organisation" bezeichnet. Diese besteht aus zwei Organen:

- einer "Ständigen Kommission zur Sicherung der Luftfahrt", im folgenden als "Kommission" bezeichnet;
- einer "Agentur für die Luftverkehrs-Sicherungsdienste", im folgenden als "Agentur" bezeichnet, deren Satzung diesem Übereinkommen beigelegt ist.

(3) Sitz der Organisation ist Brüssel.

#### ARTIKEL 2

(1) Bezüglich des unteren Luftraums kann jede Vertragspartei *entsprechend den praktischen Betriebserfordernissen* die Kommission ersuchen, sie möge beschliessen, dass die Luftverkehrs-Sicherungsdienste für ihren unteren Luftraum oder einen Teil desselben der Organisation oder einer anderen Vertragspartei übertragen werden.

(2) Im Falle der Übertragung auf eine andere Vertragspartei wird abweichend von Artikel 8 Absatz 2 die Gültigkeit des Beschlusses der Kommission durch die Stimmenthaltung einer dritten Vertragspartei nicht berührt.

(3) Die Bestimmungen dieses Artikels über die Möglichkeit einer Vertragspartei, die Luftverkehrs-Sicherungsdienste für ihren unteren Luftraum oder einen Teil desselben einer anderen Vertragspartei zu übertragen, dürfen nicht so ausgelegt werden, als beschränkten sie das Recht der Vertragsparteien, untereinander zweiseitige Abkommen über denselben Gegenstand abzuschliessen.

#### ARTIKEL 3

Im Sinne dieses Übereinkommens bezieht sich der Ausdruck "Luftverkehr" auf Zivil- sowie auf Militär-, Zoll- und Polizeiluftfahrzeuge, welche die Verfahren der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) beachten.

#### ARTIKEL 4

Die Organisation besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie besitzt im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien die weitestgehende Rechtsfähigkeit, die juristischen Personen nach innerstaatlichem Recht zuerkannt wird; sie kann

insbesondere bewegliches oder unbewegliches Eigentum erwerben und veräußern sowie vor Gericht stehen. Vorbehaltlich entgegenstehender Bestimmungen dieses Übereinkommens und der beigefügten Satzung wird sie durch die Agentur vertreten, die im Namen der Organisation handelt. Die Agentur verwaltet das Vermögen der Organisation.

#### ARTIKEL 5

Die Kommission besteht aus Vertretern der Vertragsparteien. Jede Vertragspartei lässt sich durch zwei Delegierte vertreten, verfügt jedoch nur über eine Stimme.

#### ARTIKEL 6

(1) Aufgabe der Kommission ist es, in Zusammenarbeit mit den nationalen Militärbehörden die Annahme von Massnahmen sowie die Einrichtung und Inbetriebnahme von geeigneten Mitteln zu fördern, um in bestimmten Räumen, die der Staatshoheit der Vertragsparteien unterstehen oder für welche diesen die Luftverkehrs-Sicherungsdienste durch internationale Vereinbarungen übertragen wurden:

- die Sicherheit der Luftfahrt zu gewährleisten,
- einen geregelten und schnellen Ablauf des Luftverkehrs zu gewährleisten.

(2) Die Kommission ist zu diesem Zweck beauftragt,

- (a) ausgehend von den Richtlinien und Empfehlungen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation und unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Landesverteidigung die Vereinheitlichung der innerstaatlichen Vorschriften über den Luftverkehr und der Tätigkeit der Dienststellen zu untersuchen, welche die Sicherheit des Luftverkehrs zu gewährleisten und zu regeln haben;
- (b) ein gemeinsames Vorgehen auf dem Gebiet der funkelektrischen Hilfsmittel, der Fernmeldeeinrichtungen und der entsprechenden Bordausrüstungen zu fördern, welche die Sicherheit der Luftfahrzeuge gewährleisten sollen;
- (c) Untersuchungen über die Dienste und Einrichtungen der Luftfahrt zu fördern und zu koordinieren, um der technischen Entwicklung Rechnung zu tragen, und gegebenenfalls Änderungen an den Regionalplänen für die Luftfahrt zu prüfen, die der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zu unterbreiten sind;
- (d) nach Massgabe des Artikels 38 die Ausdehnung des Luftraums zu bestimmen, für den die Luftverkehrs-Sicherungsdienste der Agentur übertragen sind;  
die ihr aufgrund des Artikels 2 übertragenen Befugnisse auszuüben;
- (e) das Vorgehen der Agentur in bezug auf die Erhebung von Benutzergebühren festzulegen und gegebenenfalls die von der Agentur festgesetzten Gebührentarife und Bedingungen für die Gebührenerhebung zu genehmigen;

- (f) geeignete Massnahmen zur Erleichterung der Finanzierung von Investitionen zu prüfen, die für die Tätigkeit der Agentur oder allgemeiner für die Dienste der an der Sicherung der Luftfahrt beteiligten Vertragsparteien notwendig sind;
- (g) nach Artikel 20 dieses Übereinkommens und den Artikeln 8, 9, 10, 11, 12, 13 Absatz 3 Buchstabe (a), 14 Absatz 2, 17 Absatz 2, 23 Absätze 2 und 4, 28 Absatz 3, 29 Absätze 1 und 3, 30 Absatz 1, 34 Absatz 1 und 37 der als Anlage beigefügten Satzung eine Aufsicht über die Tätigkeit der Agentur auszuüben.

#### ARTIKEL 7

In Durchführung ihres Auftrags trifft die Kommission folgende Massnahmen:

- (a) Sie gibt in den Fällen der Artikel 6 Absatz 2 Buchstaben (a), (b) und (c) Empfehlungen ab;
- (b) sie fasst in den Fällen der Artikel 2 Absatz 1, 6 Absatz 2 Buchstabe (d), 9 Absatz 2, 12 Absatz 2 und 13 Beschlüsse;
- (c) sie gibt der Agentur in den Fällen der Artikel 6 Absatz 2 Buchstaben (e) und (f), 20 und 31 Richtlinien;
- (d) sie ergreift alle zweckdienlichen Massnahmen zur Wahrnehmung der ihr nach Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe (g) übertragenen Aufgaben;
- (e) sie ruft gegebenenfalls das in Artikel 33 Absatz 1 vorgesehene Schiedsgericht an.

#### ARTIKEL 8

(1) Die Empfehlungen bedürfen der Mehrheit der Mitglieder der Kommission. Die Vertreter der beteiligten Vertragsparteien schlagen den zuständigen Behörden ihrer Staaten alle geeigneten Massnahmen zur Anwendung der Empfehlungen vor, denen sie sich in der Kommission angeschlossen haben.

(2) Die Beschlüsse der Kommission bedürfen der Einstimmigkeit. Sie sind für jede Vertragspartei bindend.

(3) Die Richtlinien der Kommission bedürfen der Mehrheit der Stimmen der Vertragsparteien mit der Massgabe,

- dass die Stimmen der in der Tabelle des Artikels 9 vorgesehenen Wägung im Verhältnis zum Brutto-Sozialprodukt der Vertragsparteien unterliegen,
- dass diese Stimmen die Mehrheit der Vertragsparteien darstellen müssen.

(4) Die Schlussfolgerungen der aufgrund des Artikels 7 Buchstaben (d) und (e) erfolgenden Beratungen werden nach Massgabe des Absatzes 3 des vorliegenden Artikels angenommen, sofern nicht aufgrund ausdrücklicher Bestimmungen dieses Übereinkommens oder der ihm beigefügten Satzung eine andere Vorschrift anwendbar ist.

## ARTIKEL 9

(1) Die in Artikel 8 bezeichnete Wägungstabelle ist folgende:

WÄGUNGSTABELLE

<i>Brutto-Sozialprodukt (BSP)</i>		Stimmzahl
nach Kostenfaktoren und lfd. Preisen in Milliarden Neuer Französischer Franken		
unter	10 .....	1
von 10 bis 20	ausschl. ....	2
von 20 bis 30	ausschl. ....	3
von 30 bis 46½	ausschl. ....	4
von 46½ bis 63½	ausschl. ....	5
von 63½ bis 80	ausschl. ....	6
von 80 bis 110	ausschl. ....	7
von 110 bis 140	ausschl. ....	8
von 140 bis 200	ausschl. ....	9
von 200 bis 260	ausschl. ....	10
von 260 bis 320	ausschl. ....	11
von 320 bis 380	ausschl. ....	12

usw., wobei jede Erhöhung des vorstehend festgelegten BSP um einen ganzen oder angefangenen Abschnitt von 60 Milliarden Neuer Französischer Franken eine zusätzliche Stimme ergibt.

(2) Das hierbei berücksichtigte Brutto-Sozialprodukt (BSP) ergibt sich aus den Statistiken der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC)—oder, wenn diese nicht vorliegen, aus denjenigen einer anderen Stelle, die gleichwertige Garantien bietet und durch Beschluss der Kommission bezeichnet wurde—, indem das arithmetische Mittel der letzten drei Jahre errechnet wird, für welche diese Statistiken vorliegen. Es handelt sich um das Brutto-Sozialprodukt (BSP) nach Kostenfaktoren und laufenden Preisen.

(3) Die anfängliche Festsetzung der Stimmzahl erfolgt bei Inkraftsetzung dieses Übereinkommens nach der vorstehenden Wägungstabelle entsprechend der Vorschrift über die Festsetzung des BSP nach Absatz 2.

(4) Beim Beitritt eines neuen Staates wird die Stimmzahl der Vertragsparteien in der gleichen Weise neu festgesetzt.

(5) Ebenso wird die Stimmzahl unter denselben Bedingungen neu festgesetzt, wenn seit der letzten Festsetzung drei Jahre verstrichen sind.

## ARTIKEL 10

(1) Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung; für ihre Annahme ist Einstimmigkeit erforderlich.

(2) In der Geschäftsordnung sind insbesondere Vorschriften über die Präsidentschaft, über die Bildung von Arbeitsgruppen und über die Arbeitssprachen der Kommission vorzusehen.

#### ARTIKEL 11

Die Agentur stellt der Kommission das Personal und die sächlichen Mittel zur Verfügung, derer sie für ihre Tätigkeit bedarf.

#### ARTIKEL 12

(1) Die Kommission unterhält die der Verwirklichung des Zweckes der Organisation dienenden Beziehungen zu den in Betracht kommenden Staaten und internationalen Organisationen.

(2) Vorbehaltlich der nach Artikel 31 der Agentur zuerkannten Rechte ist die Kommission insbesondere allein zuständig, im Namen der Organisation mit den internationalen Organisationen, den Mitgliedstaaten der Organisation und dritten Staaten die Vereinbarungen zu treffen, die zur Erfüllung der ihr durch dieses Übereinkommen übertragenen Aufgaben und für die Tätigkeit der durch das Übereinkommen gegründeten oder zu seiner Anwendung eingesetzten Organe erforderlich sind.

#### ARTIKEL 13

Zwischen der Organisation und jedem Staat, der nicht Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, jedoch die Dienste der Agentur in Anspruch zu nehmen wünscht, können Vereinbarungen getroffen werden. In diesem Falle wird die Kommission aufgrund eines Berichtes der Agentur tätig.

#### ARTIKEL 14

Die Vertragsparteien übertragen der Agentur die Luftverkehrs-Sicherungsdienste in dem nach den Artikeln 6 Absatz 2 Buchstabe (d) und 38 bestimmten Luftraum.

#### ARTIKEL 15

(1) Für den Erwerb von unbeweglichem Eigentum, das zur Errichtung der Anlagen der Organisation erforderlich ist, wird, soweit dies nach innerstaatlichem Recht vorgesehen ist, das Vorliegen eines öffentlichen Interesses mit den Wirkungen anerkannt, die sich aus diesem Recht für eine Enteignung aus Gründen des öffentlichen Interesses ergeben; die Zustimmung der beteiligten Regierungen bleibt vorbehalten. Das Enteignungsverfahren aus Gründen des öffentlichen Interesses kann von den zuständigen Behörden des betreffenden Staates nach innerstaatlichem Recht zur Herbeiführung des Erwerbs in Fällen betrieben werden, in denen eine gütliche Einigung nicht zustande kommt.

(2) Im Hoheitsgebiet von Vertragsparteien, in dem das in Absatz 2 bezeichnete Verfahren nicht besteht, kann die Organisation das für Zivilluftfahrt und das Fernmeldewesen anwendbare Zwangserwerbsverfahren in Anspruch nehmen.

(3) Auf die für Rechnung der Organisation in den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien geleisteten Arbeiten und Dienste wenden die Vertragsparteien



zugunsten der Organisation die innerstaatlichen Vorschriften über Grundeigentumsbeschränkungen an, soweit solche im öffentlichen Interesse zugunsten innerstaatlicher Behörden mit gleicher Zielsetzung bestehen, insbesondere die Vorschriften, die sich auf Dienstbarkeiten im öffentlichen Interesse beziehen.

(4) Die Organisation trägt die aus der Anwendung dieses Artikels entstehenden Kosten, einschliesslich der Entschädigungen, die nach den Rechtsvorschriften des Staates gezahlt werden müssen, in dessen Hoheitsgebiet die Grundstücke belegen sind.

#### ARTIKEL 16

Die Vertragsparteien treffen im Rahmen ihrer Zuständigkeit die erforderlichen Massnahmen, insbesondere hinsichtlich der Zuteilung von Funkfrequenzen, damit die Organisation alle ihrem Zweck entsprechenden Arbeiten durchführen kann.

#### ARTIKEL 17

(1) Zur Durchführung ihrer Aufgaben wendet die Agentur bei der Kontrolle des Luftverkehrs die Bestimmungen an, die im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien und in dem Luftraum gelten, für den ihnen die Luftverkehrs-Sicherungsdienste durch internationale Vereinbarungen, denen sie angehören, übertragen wurden.

(2) Ergeben sich bei der Anwendung des Absatzes 1 Schwierigkeiten, so wendet sich die Agentur an die Kommission, die den Vertragsparteien nach Massgabe des Artikels 6 Absatz 2 Buchstabe (a), alle geeigneten Massnahmen empfiehlt.

#### ARTIKEL 18

Zur Durchführung ihres Auftrags erteilt die Agentur im Rahmen der den Luftverkehrs-Sicherungsdiensten übertragenen Rechte den Luftfahrzeugführern alle erforderlichen Weisungen. Abgesehen von den Fällen höherer Gewalt, die in den Artikel 17 erwähnten Bestimmungen geregelt sind, haben die Luftfahrzeugführer diese Weisungen zu beachten.

#### ARTIKEL 19

Zu widerhandlungen gegen die Luftverkehrsregeln in dem Luftraum, in dem die Luftverkehrs-Sicherungsdienste der Agentur übertragen sind, werden von Bediensteten, welche die Agentur hierzu besonders beauftragt hat, durch Aufnahme in ein Protokoll festgestellt; hierdurch wird das Recht auf Feststellung von Zu widerhandlungen gleicher Art, das den Bediensteten der Vertragsparteien nach innerstaatlichem Recht zusteht, nicht berührt. Die obengenannten Protokolle haben vor den innerstaatlichen Gerichten den gleichen Wert wie Protokolle der innerstaatlichen Bediensteten, die zur Feststellung von Zu widerhandlungen gleicher Art befugt sind.

#### ARTIKEL 20

Die Agentur setzt in Anwendung der Richtlinien, welche die Kommission aufgrund des Artikels 6 Absatz 2 Buchstabe (e) erlassen hat, gegebenenfalls Tarife und Anwendungsbedingungen für die Benutzergebühren fest, zu deren Erhebung die Organisation berechtigt ist. Sie bedürfen der Genehmigung durch die Kommission.

## ARTIKEL 21

(1) Die Organisation ist in dem Staat, in dem sie ihren Sitz hat, und im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien von allen Steuern und sonstigen Abgaben anlässlich ihrer Gründung, Auflösung und Liquidation befreit.

(2) Sie ist von allen Steuern und sonstigen Abgaben befreit, die anlässlich des Erwerbs von unbeweglichem Eigentum erhoben werden, das zur Durchführung ihrer Aufgabe erforderlich ist.

(3) Sie ist für sich selbst, ihr Eigentum, ihre Vermögenswerte und Einkünfte von allen direkten Steuern befreit.

(4) Sie ist von den indirekten steuerlichen Abgaben befreit, die bei der Begebung von Anleihen entstehen können, bei denen sie persönlich Schuldnerin ist.

(5) Sie ist von allen Steuern ausserordentlicher oder diskriminierender Art befreit.

(6) Die in diesem Artikel vorgesehenen Befreiungen erstrecken sich nicht auf Abgaben und Gebühren, die eine Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsbetriebe darstellen.

## ARTIKEL 22

(1) Die Organisation ist von allen Zöllen und sonstigen Abgaben gleicher Wirkung, soweit es sich nicht um Gebühren oder Abgaben für geleistete Dienste handelt, und von allen Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen für Baustoffe, Material, Ausstattungen und andere Gegenstände befreit, die zu ihrem Dienstgebrauch eingeführt und für ihre Liegenschaften, ihre Anlagen und ihren Betrieb bestimmt sind.

(2) Die so eingeführten Waren dürfen im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in das sie eingeführt worden sind, weder verkauft noch ausgeliehen noch entgeltlich oder unentgeltlich veräussert werden, es sei denn zu Bedingungen, welche die Regierung dieser Vertragspartei festsetzt.

(3) Es können alle für zweckdienlich erachteten Kontrollmassnahmen getroffen werden, um sicherzustellen, dass die Baustoffe, Materialien, Ausstattungen und anderen in Absatz 1 bezeichneten Gegenstände, die für die Organisation eingeführt wurden, an diese ausgeliefert und für ihre Liegenschaften, ihre dienstlichen Anlagen oder ihren Betrieb verwendet werden.

(4) Die Organisation ist ferner von allen Zöllen und allen Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen für die in Artikel 36 der beigefügten Satzung bezeichneten Veröffentlichungen befreit.

## ARTIKEL 23

(1) Die Organisation kann, soweit dies zur Durchführung der ihrem Zweck entsprechenden Geschäfte erforderlich ist, Devisen jeder Art besitzen und Konten in jeder Währung unterhalten.

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich, der Organisation die notwendigen Genehmigungen zu erteilen, um in Übereinstimmung mit den in den einschlägigen innerstaatlichen Regelungen und internationalen Vereinbarungen vorgesehenen Verfahren alle Transaktionen durchzuführen,

die mit der Gründung und der Tätigkeit der Organisation zusammenhängen, einschliesslich der Begebung und Bedienung von Anleihen, wenn die Regierung der beteiligten Vertragspartei deren Begebung genehmigt hat.

#### ARTIKEL 24

(1) Die Agentur kann Staatsangehörige der Vertragsparteien als qualifiziertes Personal zur Mitarbeit heranziehen.

(2) Die Vertragsparteien wenden auf die in Absatz 1 bezeichneten Personen ihre Einwanderungsbestimmungen und anderen Meldeförmlichkeiten für Ausländer so an, dass sie weder die Einreise noch die Ausübung einer Tätigkeit bei der Agentur oder die Rückkehr dieser Personen behindern.

(3) Ausnahmen von den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 sind nur aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheitspflege zulässig.

(4) Die von der Organisation beschäftigten Personen

(a) sind bei der Einfuhr ihrer persönlichen Gebrauchsgegenstände, Möbel und sonstigen gebrauchten Hausratsgüter, die sie bei ihrer erstmaligen Niederlassung aus dem Ausland mitbringen, sowie bei der Wiederausfuhr der gleichen Gebrauchsgegenstände, Möbel und sonstigen Hausratsgüter bei Beendigung ihrer Tätigkeit von Zöllen und sonstigen Abgaben befreit, soweit es sich nicht um Gebühren oder Abgaben für geleistete Dienste handelt;

(b) können bei Antritt ihres Dienstes im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ihr eigenes Kraftfahrzeug vorübergehend zollfrei einführen und es spätestens bei Beendigung ihrer Amtszeit zollfrei wieder ausführen, jedoch in beiden Fällen vorbehaltlich der Bedingungen, welche die Regierung der beteiligten Vertragspartei in jedem Einzelfall für erforderlich erachtet.

(5) Die Vertragsparteien sind nicht verpflichtet, die obengenannten Erleichterungen ihren eigenen Staatsangehörigen zu gewähren.

(6) Die beteiligten Regierungen ergreifen alle zweckdienlichen Massnahmen, um den freien Transfer der Netto-Bezüge sicherzustellen.

#### ARTIKEL 25

(1) Für die vertragliche Haftung der Organisation gilt das Recht, das auf den jeweiligen Vertrag anzuwenden ist.

(2) Im Bereich der ausservertraglichen Haftung ist die Organisation verpflichtet, die durch Verschulden ihrer Organe oder Bediensteten in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit verursachten Schäden in dem Masse zu ersetzen, wie sie diesen zuzurechnen sind. Andere Schadensersatzansprüche aufgrund des innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien werden hierdurch nicht ausgeschlossen.

#### ARTIKEL 26

(1) Die Anlagen und Archive der Organisation sind unverletzlich. Das Eigentum und die Vermögenswerte der Organisation dürfen von Verwaltungsbehörden weder beschlagnahmt noch eingezogen noch enteignet werden.

(2) Das Eigentum und die Vermögenswerte der Organisation können nur aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung beschlagnahmt werden oder Gegenstand von Zwangsvollstreckungsmassnahmen sein. Die Anlagen der Organisation können jedoch weder beschlagnahmt werden noch Gegenstand von Zwangsvollstreckungsmassnahmen sein.

(3) Dieser Artikel hindert die zuständigen Behörden eines Staates, in dem sich der Sitz oder Anlagen und Archive der Organisation befinden, nicht am Zugang zu diesen Anlagen und Archiven, um im Hoheitsgebiet dieses Staates gerichtliche Untersuchungen zu ermöglichen und die Durchführung von gerichtlichen Entscheidungen zu gewährleisten.

#### ARTIKEL 27

(1) Die Organisation arbeitet jederzeit mit den zuständigen Behörden der Vertragsparteien zusammen, um die reibungslose Ausübung der Gerichtsbarkeit zu erleichtern, die Beachtung der Polizeivorschriften zu gewährleisten und jeden Missbrauch zu verhindern, zu dem die in diesem Übereinkommen erwähnten Vorrechte, Befreiungen, Ausnahmen oder Erleichterungen Anlass geben können.

(2) Die Organisation erleichtert nach Möglichkeit alle Arbeiten im öffentlichen Interesse, die im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien innerhalb oder in der Nähe der von ihr benutzten Grundstücke auszuführen sind.

#### ARTIKEL 28

(1) Zur Durchführung ihres Auftrags kann die Agentur die erforderlichen Gebäude und Anlagen erstellen und die ihr übertragenen Luftverkehrs-Sicherungsdienste unmittelbar betrieben.

(2) Um jedoch die Ausgaben für Investitionen und für die Betriebsführung niedrig zu halten und um Doppelarbeit zu vermeiden, wird die Agentur nach Möglichkeit die innerstaatlichen technischen Dienste in Anspruch nehmen und die bestehenden innerstaatlichen Anlagen benutzen.

#### ARTIKEL 29

Die internationalen Vereinbarungen und die innerstaatlichen Vorschriften über Ein- und Überflug und über die Sicherheit des Hoheitsgebiets der Vertragsparteien sind für die Agentur verbindlich; sie trifft alle für ihre Anwendung notwendigen Massnahmen.

#### ARTIKEL 30

Die Agentur ist verpflichtet, den Vertragsparteien auf Verlangen alle Auskünfte über Luftfahrzeuge zu erteilen, die ihr in Ausübung ihrer Tätigkeit bekannt werden, damit die Vertragsparteien die Anwendung der innerstaatlichen Vorschriften und der internationalen Vereinbarungen überwachen können.

#### ARTIKEL 31

Die Agentur kann im Rahmen der von der Kommission erteilten Richtlinien die für die Koordinierung des Luftverkehrs und für die Tätigkeit ihrer eigenen Dienste unerlässlichen Verbindungen zu den in Frage kommenden öffentlichen und privaten technischen Diensten der Vertragsparteien, Nichtvertragsstaaten und internationalen Organe herstellen. Sie

kann zu diesem Zweck im Namen der Organisation und vorbehaltlich einer Mitteilung an die Kommission Verträge ausschliesslich verwaltungsmässiger, technischer oder kaufmännischer Art abschliessen, soweit dies für ihre Tätigkeit erforderlich ist.

#### ARTIKEL 32

Die Vertragsparteien erkennen an, dass die Agentur ihr finanzielles Gleichgewicht erlangen muss, und verpflichten sich, ihr unter Berücksichtigung ihrer eigenen Einnahmen nach Massgabe der beigelegten Satzung angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

#### ARTIKEL 33

(1) Jede Streitigkeit, die zwischen Vertragsparteien oder zwischen Vertragsparteien und der durch die Kommission vertretenen Organisation über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens und seiner Anlagen entsteht und nicht durch unmittelbare Verhandlungen oder auf andere Weise beigelegt werden kann, wird auf Antrag einer Partei einem Schiedsverfahren unterworfen.

(2) Zu diesem Zweck bestellt jede Partei für jeden Einzelfall einen Schiedsrichter; die Schiedsrichter einigen sich über die Bestellung eines dritten Schiedsrichters. Falls eine Partei nicht binnen zwei Monaten nach Zugang des Antrags der anderen Partei ihren Schiedsrichter bestellt oder die bestellten Schiedsrichter sich nicht binnen zwei Monaten über die Bestellung eines dritten Schiedsrichters einigen können, kann jede Partei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die Ernennungen vorzunehmen.

(3) Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

(4) Jede Partei trägt die Kosten ihres Schiedsrichters sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des dritten Schiedsrichters sowie die sonstigen Kosten werden von den Parteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann jedoch eine andere Aufteilung der Kosten vornehmen, wenn es dies für angemessen hält.

(5) Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sind für die streitenden Parteien verbindlich.

#### ARTIKEL 34

(1) Die Satzung der Agentur sowie alle Änderungen, denen sie nach Massgabe ihrer eigenen sowie der Bestimmungen dieses Übereinkommens unterworfen wird, sind im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien gültig und rechtswirksam.

(2) Jede Änderung der Satzung bedarf der Genehmigung durch die Kommission; hierfür ist Einstimmigkeit ihrer Mitglieder erforderlich.

(3) Die Artikel 1, 23 bis 26 und 30 der beigelegten Satzung dürfen jedoch nicht geändert werden.

#### ARTIKEL 35

Die Regierungen der beteiligten Vertragsparteien konsultieren sich über die im Falle einer Krise oder eines Krieges zu treffenden Massnahmen; hierbei finden die sich aus der Anwendung aller oder einiger Bestimmungen dieses Übereinkommens ergebenden Schwierigkeiten Berücksichtigung.

### ARTIKEL 36

Die Vertragsparteien verpflichten sich, zugunsten der Agentur diejenigen geltenden Rechtsvorschriften anzuwenden, durch welche die ununterbrochene Tätigkeit der öffentlichen Dienststellen gewährleistet werden soll.

### ARTIKEL 37

(1) Dieses Übereinkommen findet Anwendung

(a) (i) bezüglich der in Anlage II aufgeführten Vertragsparteien auf ihre dort bezeichneten Hoheitsgebiete;

(ii) bezüglich der anderen Vertragsparteien auf die Hoheitsgebiete, die sie bei ihrem Beitritt im Einvernehmen mit der einstimmig entscheidenden Kommission bezeichnen;

(b) auf jedes Hoheitsgebiet, für dessen internationale Beziehungen eine Vertragspartei verantwortlich ist und auf welches dieses Übereinkommen nach Absatz 2 erstreckt wird.

(2) (a) Das Vereinigte Königreich Grossbritannien und Nordirland kann bei der Unterzeichnung oder der Ratifikation dieses Übereinkommens oder zu einem späteren Zeitpunkt durch eine an die Regierung des Königreichs Belgien gerichtete schriftliche Notifikation erklären, dass das Übereinkommen auf alle oder einen Teil der Kanalinseln und die Insel Man erstreckt wird; das Übereinkommen wird sodann mit dem Tag des Eingangs der Notifikation oder von einem anderen darin angegebenen Zeitpunkt an auf die in der Notifikation bezeichneten Hoheitsgebiete erstreckt.

(b) Mit einstimmiger Zustimmung der Kommission und nach Abschluss einer Finanzvereinbarung mit der Organisation kann eine Vertragspartei jederzeit nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens seine Anwendung auf ein Hoheitsgebiet erstrecken, für dessen internationale Beziehungen sie verantwortlich ist. Sie notifiziert diese Erstreckung der Regierung des Königreichs Belgien; das Übereinkommen wird sodann mit dem Tag des Eingangs der Notifikation oder von einem anderen gegebenenfalls mit der Kommission vereinbarten Zeitpunkt an auf die in der Notifikation bezeichneten Hoheitsgebiete erstreckt.

(3) Die Regierung des Königreichs Belgien unterrichtet alle Vertragsparteien von jeder Erstreckung dieses Übereinkommens gemäss Absatz 2 und gibt in jedem Fall den Zeitpunkt an, zu dem die Erstreckung des Übereinkommens erfolgt.

### ARTIKEL 38

Die Agentur übt die Luftverkehrs-Sicherungsdienste aus

(a) im oberen Luftraum der in Artikel 37 bezeichneten Hoheitsgebiete sowie in dem angrenzenden Luftraum, für den die Luftverkehrs-Sicherungsdienste den Vertragsparteien durch internationale Vereinbarung übertragen sind, vorbehaltlich der nach Artikel 6 der Kommission zuerkannten Rechte;

(b) in dem nach Artikel 2 bestimmten unteren Luftraum;

(c) in dem Luftraum, der gemäss Artikel 13 Gegenstand von Vereinbarungen mit dritten Staaten ist.

### ARTIKEL 39

(1) Dieses Übereinkommen wird für die Dauer von 20 Jahren geschlossen, vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an gerechnet.

(2) Diese Geltungsdauer verlängert sich ohne weiteres um jeweils fünf Jahre, sofern eine Vertragspartei nicht spätestens zwei Jahre vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer durch eine an die Regierung des Königreichs Belgien gerichtete schriftliche Notifikation ihre Absicht bekundet, das Übereinkommen zu beenden.

(3) Wird die Organisation nach den vorstehenden Bestimmungen aufgelöst, so gilt sie für die Zwecke der Liquidation als fortbestehend.

#### ARTIKEL 40

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation.

(2) Die Ratifikationsurkunden sind bei der Regierung des Königreichs Belgien zu hinterlegen.

(3) Das Übereinkommen tritt am ersten Tage des Monats in Kraft, der auf die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde durch denjenigen Unterzeichnerstaat folgt, der diese Urkunde zuletzt hinterlegt.

(4) Sobald vier Unterzeichnerstaaten, deren Hoheitsgebiete hinsichtlich der Organisation der Luftverkehrs-Sicherungsdienste eine zusammenhängende Einheit bilden und zu denen der Staat gehören muss, in dem die Organisation ihren Sitz hat, das Übereinkommen ratifiziert haben, setzt sich die Regierung des Königreichs Belgien mit den betreffenden Regierungen in Verbindung, damit diese mit Rücksicht auf die Gebote der Sicherheit gegebenenfalls beschliessen, das Übereinkommen untereinander sofort in Kraft zu setzen. Für jeden Unterzeichnerstaat, dessen Ratifikationsurkunde erst nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens hinterlegt wird, tritt es erst mit dem Tage in Kraft, an dem eine Finanzvereinbarung zwischen diesem Unterzeichnerstaat und der Organisation unterzeichnet wird.

(5) Die Regierung des Königreichs Belgien teilt den Regierungen der anderen Unterzeichnerstaaten jede Hinterlegung einer Ratifikationsurkunde sowie den Tag des Inkrafttretens mit.

#### ARTIKEL 41

(1) Der Beitritt eines Nichtunterzeichnerstaates zu diesem Übereinkommen bedarf der einstimmigen Genehmigung durch die Kommission. Der Beitritt ist Gegenstand einer vorherigen Finanzvereinbarung zwischen dem Nichtunterzeichnerstaat und der Organisation gemäss Artikel 24 der beigefügten Satzung.

(2) Der Beschluss, dem Beitritt zuzustimmen, wird dem Nichtunterzeichnerstaat vom Präsidenten der Kommission notifiziert.

(3) Die Beitrittsurkunde wird bei der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt, welche die Regierungen der anderen Staaten hiervon unterrichtet, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind.

(4) Der Beitritt wird am ersten Tage des Monats wirksam, der auf die Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgt.

#### ARTIKEL 42

Die Regierung des Königreichs Belgien lässt das Übereinkommen bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation registrieren.

[For signatures see p. 59]

# **“EUROCONTROL” INTERNATIONAL CONVENTION RELATING TO CO-OPERATION FOR THE SAFETY OF AIR NAVIGATION**

**THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY,  
THE KINGDOM OF BELGIUM,  
THE FRENCH REPUBLIC,  
THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND,  
THE GRAND DUCHY OF LUXEMBOURG,  
THE KINGDOM OF THE NETHERLANDS,**

CONSIDERING that the entry into service and general employment of turbine-engined transport aircraft may give rise to far-reaching changes in the organisation of air traffic control,

CONSIDERING that, from the operational standpoint, modern types of aircraft are characterised:—

by high speeds,

by the necessity, for reasons of economical operation, of being able to make an uninterrupted climb at high speed to optimum operating altitudes and of remaining at those altitudes until a point as near as possible to the destination of the aircraft has been reached,

CONSIDERING that those characteristics imply not only the adaptation or reorganisation of existing control methods and procedures but also the creation, above a certain level, of new flight information regions organised in whole or in part into control areas,

CONSIDERING that, having regard to the rapid progress in the technical development of such aircraft, the control of air traffic at a high altitude can no longer be envisaged within the restricted framework of national frontiers, in the case of the majority of European countries,

CONSIDERING therefore that it is expedient to create an international control organisation operating in respect of air space which extends beyond the limits of the territory of a single State,

CONSIDERING that in so far as pertains to the lower air space it may be of advantage in certain cases to entrust the air traffic services in part of the territory of one Contracting Party to the aforesaid international organisation or to another Contracting Party,

CONSIDERING moreover that internationalised control presupposes the adoption of a common policy and the standardisation of regulations based on the Standards and Recommended Practices of the International Civil Aviation Organisation (I.C.A.O.), due regard being paid to the requirements of national defence,

CONSIDERING furthermore that it is highly desirable to co-ordinate the action taken by the States in respect of the training of personnel of the air navigation services and in the field of study and research relating to air traffic problems,

HAVE AGREED as follows:



## ARTICLE 1

1. The Contracting Parties agree to strengthen their co-operation in matters of air navigation and in particular to provide for the common organisation of the air traffic services in the upper air space.

2. For this purpose they hereby establish a "European Organisation for the Safety of Air Navigation" (EUROCONTROL), hereinafter called "the Organisation". The Organisation shall comprise two organs:—

a "permanent Commission for the safety of air navigation", hereinafter called "the Commission";

an "air traffic services Agency", hereinafter called "the Agency", of which the Statute is annexed to the present Convention.

3. The seat of the Organisation shall be at Brussels.

## ARTICLE 2

1. Any one of the Contracting Parties may, in respect of the lower air space, and having regard to practical operational requirements, request a decision from the Commission that the air traffic services for the whole or part of its lower air space be entrusted to the Organisation or to another Contracting Party.

2. In the latter case, the abstention of a third Contracting Party shall not form an obstacle to the validity of the decision of the Commission, notwithstanding the provisions of paragraph 2 of Article 8 of the present Convention.

3. The provisions of this Article which relate to the option of any one Contracting Party to entrust to another Contracting Party the air traffic services for the whole or part of its lower air space shall not be deemed to limit the right of the Contracting Parties to conclude with one another bilateral agreements for the same purpose.

## ARTICLE 3

For the purposes of the present Convention the expression "air traffic" comprises civil aircraft and those military, customs and police aircraft which conform to the procedures of the International Civil Aviation Organisation (I.C.A.O.).

## ARTICLE 4

The Organisation shall have legal personality. In the territory of the Contracting Parties it shall have the fullest legal capacity to which corporate bodies are entitled under national law; it shall *inter alia* have the right to acquire or transfer movable or immovable property and to go to law. Except as otherwise provided in the present Convention or the Statute annexed thereto, it shall be represented by the Agency which shall act in its name. The Agency shall administer the property of the Organisation.

## ARTICLE 5

The Commission shall be composed of representatives of the Contracting Parties. Each Contracting Party shall be entitled to two representatives but shall have one vote only.

## ARTICLE 6

1. The aim of the Commission shall be to promote, in co-operation with the national military authorities, the adoption of measures and the installation and operation of facilities designed to:—

ensure the safety of air navigation,

ensure an orderly and rapid flow of air traffic,

within defined air space under the sovereignty of the Contracting Parties or in respect of which the air traffic services have been entrusted to those Parties under international agreements.

2. For this purpose the Commission shall be responsible for:—

- (a) the study, on the basis of the Standards and Recommended Practices of the International Civil Aviation Organisation and having regard to the requirements of national defence, of the standardisation of national regulations governing air traffic and the standardisation of the operation of the services responsible for ensuring the safety and regulation of air traffic;
- (b) the promotion of a common policy to be followed in respect of radio aids, telecommunications and corresponding airborne equipment, destined to ensure the safety of aircraft;
- (c) the promotion and co-ordination of studies relating to air navigation services and installations in order to take account of technical developments, and, if necessary, the study of amendments to the Regional Air Navigation Plans to be submitted to the International Civil Aviation Organisation;
- (d) the determination, in accordance with the provisions of Article 38 of the present Convention, of the configuration of the air space in respect of which the air traffic services are entrusted to the Agency;  
the exercise of the powers which devolve upon the Commission under Article 2 of the present Convention;
- (e) the determination of the policy to be followed by the Agency in respect of remuneration for services rendered to users, and, where applicable, the approval of the tariffs and conditions of application of charges established by the Agency;
- (f) the study of measures designed to facilitate the financing of investments required for the functioning of the Agency or more generally of the services of the Contracting Parties which participate in the work of ensuring the safety of air navigation;

- (g) the exercise of the power of general supervision of the activities of the Agency in application of Article 20 of the present Convention and of Article 8, Article 9, Article 10, Article 11, Article 12, Article 13 paragraph 3 (a), Article 14 paragraph 2, Article 17 paragraph 2, Article 23 paragraphs 2 and 4, Article 28 paragraph 3, Article 29 paragraphs 1 and 3, Article 30 paragraph 1, Article 34 paragraph 1 and Article 37 of the Statute annexed hereto.

#### ARTICLE 7

For the accomplishment of its task, the Commission:

- (a) shall formulate recommendations in cases falling within the scope of paragraph 2 (a), (b) and (c) of Article 6 of the present Convention;
- (b) shall take decisions in cases falling within the scope of paragraph 1 of Article 2, paragraph 2 (d) of Article 6, paragraph 2 of Article 9, paragraph 2 of Article 12 and Article 13 of the present Convention;
- (c) shall give directives to the Agency in cases falling within the scope of paragraph 2 (e) and paragraph 2 (f) of Article 6 and of Article 20 and Article 31 of the present Convention;
- (d) shall take all the necessary measures for the exercise of the functions which devolve upon it under paragraph 2 (g) of Article 6 of the present Convention;
- (e) shall, where necessary, refer disputes to the arbitral tribunal for which provision is made in paragraph 1 of Article 33 of the present Convention.

#### ARTICLE 8

1. Recommendations shall be formulated by a majority of the members of the Commission. The representatives of the Contracting Parties concerned shall propose to the competent authorities of their respective countries all the necessary measures for the implementation of the recommendations which they have agreed to on the Commission.

2. Decisions shall require the unanimous vote of the Commission. They shall have binding effect for each of the Contracting Parties.

3. The directives of the Commission shall require a majority of the votes of the Contracting Parties, it being understood:—

that those votes shall be subject to the weighting prescribed in the table in Article 9 hereunder which weighting is based on the Gross National Products of the Contracting Parties,

that those votes shall represent the majority of the Contracting Parties.

4. The conclusions arising from deliberations under paragraphs (d) and (e) of Article 7 shall be adopted in accordance with the rules specified in paragraph 3 of this Article, except in cases where different rules are applicable under express provisions of the Convention or of the Statute annexed thereto.

## ARTICLE 9

1. The weight table referred to in the preceding Article is as follows:

WEIGHT TABLE

<i>Gross National Product (G.N.P.)</i> according to factor cost and current prices in thousands of millions of new French francs	Number of votes
Less than 10 .....	1
From 10 inclusive to 20 exclusive.....	2
From 20 inclusive to 30 exclusive.....	3
From 30 inclusive to 46½ exclusive.....	4
From 46½ inclusive to 63½ exclusive.....	5
From 63½ inclusive to 80 exclusive.....	6
From 80 inclusive to 110 exclusive.....	7
From 110 inclusive to 140 exclusive.....	8
From 140 inclusive to 200 exclusive.....	9
From 200 inclusive to 260 exclusive.....	10
From 260 inclusive to 320 exclusive.....	11
From 320 inclusive to 380 exclusive.....	12

and thereafter one additional vote for each additional increase of sixty thousand million new French francs, or fraction thereof, in the G.N.P. specified above.

2. The Gross National Product (G.N.P.) to be used for the calculations shall be obtained from the statistics compiled by the Organisation for European Economic Co-operation (O.E.E.C.)—or failing that by any other body affording equivalent guarantees and designated under a decision of the Commission—by calculating the arithmetical mean for the last three years for which those statistics are available. The value of the Gross National Product (G.N.P.) shall be that which is calculated on the basis of factor cost and current prices.

3. The numbers of votes shall be established initially by reference to the above weight table and in accordance with the rule, given in paragraph 2 of this Article, for determining the Gross National Product, and the numbers so established shall take effect from the date of entry into force of the present Convention.

4. In the case of the accession of a new State, the numbers of votes of the Contracting Parties shall be re-established in accordance with the same procedure.

5. The numbers of votes shall in all cases be re-established, under the same conditions, when three years have elapsed since the date on which those numbers were last established.

## ARTICLE 10

1. The Commission shall establish its rules of procedure which shall be adopted unanimously.

2. Those rules shall include *inter alia* the rules relating to the office of President, to the establishment of working groups and to the working languages of the Commission.

## ARTICLE 11

The staff and facilities required for the operation of the Commission shall be made available to it by the Agency.

## ARTICLE 12

1. The Commission shall maintain with the appropriate States and international Organisations the necessary relations for the realization of the aims of the organisation.

2. The Commission shall in particular, subject to the rights conferred upon the Agency under Article 31 of the present Convention, be alone empowered to conclude on behalf of the Organisation those agreements with international Organisations, member States of the Organisation or other States which are necessary for the execution of the tasks entrusted to it by the present Convention and for the functioning of the organs established by that Convention or created for the purpose of its application.

## ARTICLE 13

Agreements may be concluded between the Organisation and any State which is not a Party to the present Convention but which is desirous of using the services of the Agency. In such cases, action shall be taken by the Commission on a report being submitted by the Agency.

## ARTICLE 14

The Contracting Parties shall entrust to the Agency the air traffic services in the air space defined in accordance with the provisions of paragraph 2 (d) of Article 6 and of Article 38 of the present Convention.

## ARTICLE 15

1. The character of public interest shall where necessary be recognised, in accordance with national law and with the consequences which result from the provisions of that law relating to expropriation in the public interest, as regards the acquisition of immovable property necessary for the siting of the Organisation's installations, subject to the agreement of the Government concerned. The procedure of expropriation for reasons of public interest may be set in motion by the competent authorities of the State concerned, in accordance with its national law, for the purpose of acquiring such property failing amicable agreement.

2. In the territory of the Contracting Parties where the procedure referred to in the preceding paragraph is not in existence, the Organisation may have the benefit of those procedures for compulsory purchase which can be used for the benefit of civil aviation and telecommunications.

3. The Contracting Parties recognise the right of the Organisation to benefit, in respect of any installations and services established on its behalf in their respective territories, from the application of national law as to those restrictions on the rights of owners of immovable property which may exist in the public interest for the benefit of national services for the same purpose and in particular as to easements in the public interest.

4. The Organisation shall bear the expenses consequent upon the application of the provisions of this Article, including the compensation payable in accordance with the law of the State in the territory of which the property is situated.

#### ARTICLE 16

The Contracting Parties shall, to the extent that they are competent to do so, and in particular in respect of the allocation of radio frequencies, take the necessary measures to ensure that the Organisation can accomplish all those operations which fulfil its purpose.

#### ARTICLE 17

1. For the accomplishment of its task, the Agency shall apply for the purpose of air traffic control the regulations in force in the territories of the Contracting Parties and in the air space in respect of which the air traffic services have been entrusted to them under international agreements to which they are parties.

2. In case of difficulty in applying the provisions of the preceding paragraph, the Agency shall bring the matter before the Commission which shall make recommendations to the Contracting Parties regarding the necessary measures to be taken, under the conditions prescribed in paragraph 2 (a) of Article 6 of the present Convention.

#### ARTICLE 18

For the accomplishment of its task and within the limits of the powers conferred on the air traffic services, the Agency shall give all necessary instructions to aircraft commanders. The aircraft commanders shall be bound to comply with those instructions, except in the cases of *force majeure* provided for in the regulations referred to in the preceding Article.

#### ARTICLE 19

Infringements of the air navigation regulations committed in the air space in which the air traffic services have been entrusted to the Agency shall be recorded in reports by officers specially authorised by the Agency for that purpose, without prejudice to the right under national law of officers of the Contracting Parties to report infringements of the same nature. The reports referred to above shall have the same effect in national courts as those drawn up by national officers qualified to report infringements of the same nature.

## ARTICLE 20

The Agency shall establish, where applicable, in application of the directives of the Commission formulated in accordance with the provisions of paragraph 2 (e) of Article 6 of the present Convention, the tariffs and conditions of application of those charges which the Organisation is entitled to collect from users. The Agency shall submit those tariffs and conditions for the approval of the Commission.

## ARTICLE 21

1. The Organisation shall be exonerated, in the State in which its seat is located and in the territories of the Contracting Parties, from all duties, taxes and charges in respect of its creation, dissolution or liquidation.

2. The Organisation shall be exonerated from any duties, taxes and charges entailed by the acquisition of the immovable property required for the accomplishment of its task.

3. The Organisation shall be exonerated from all direct taxes applicable to it, its property, assets and income.

4. The Organisation shall be exonerated from any indirect fiscal charges consequential on the issue of loans and incident upon the Organisation.

5. It shall be exonerated from any taxation of an exceptional or discriminating nature.

6. The exonerations provided for in this Article shall not apply to taxes and charges collected as payment for public utility services.

## ARTICLE 22

1. The Organisation shall be exonerated from all customs duties and taxes or charges of equivalent effect, other than charges in respect of services rendered, and shall be exempt from any import or export prohibition or restriction in respect of materials, equipment, supplies and other articles imported for the official use of the Organisation and destined for the buildings and installations of the Organisation or for its functioning.

2. The goods so imported may not be sold, loaned or transferred, either without payment or against payment, in the territory of the Party into which they have been introduced, except under the conditions fixed by the Government of the Contracting Party concerned.

3. Any control measures deemed to be expedient may be taken to ensure that the materials, equipment, supplies and other articles referred to in paragraph 1 and imported for consignment to the Organisation have been effectively delivered to that Organisation and are effectively used for its official buildings and installations or for its functioning.

4. Furthermore, the Organisation shall be exonerated from all customs duties and exempt from any import or export prohibition or restriction in respect of the publications falling within the scope of Article 36 of the Statute annexed hereto.

## ARTICLE 23

1. The Organisation may hold any currency and have accounts in any currency in so far as is necessary for the execution of the transactions required for its purpose.

2. The Contracting Parties undertake to give the Organisation the necessary authorisations for all the transfers of funds, in accordance with the conditions prescribed under national regulations and international agreements as applicable, entailed by the establishment and activity of the Organisation, including the issue and service of loans when the issue of those loans has been authorised by the Government of the Contracting Party concerned.

## ARTICLE 24

1. The Agency may call upon the services of qualified persons who are *nationals of the Contracting Parties*.

2. The Contracting Parties shall apply to the persons referred to in the preceding paragraph the regulations relating to immigration, or other formalities regarding the registration of aliens, in such manner that the said regulations or formalities cannot place an obstacle in the way of admission to the country, exercise of a function at the Agency or repatriation.

3. No exception may be made to the provisions of paragraphs 1 and 2 of this Article except for reasons of public policy, public safety or public health.

4. Persons employed by the Organisation:

(a) shall be granted exemption from customs duties and charges, other than those in respect of services rendered, in the case of the importation of their personal effects, movable property and other household effects which are not new, which they bring from abroad on first taking up residence in the territory in question, and in the case of the re-exportation of those same effects and movable property, when they relinquish their duties;

(b) may, on taking up their duties in the territory of any one of the Contracting Parties, import their personal motor car temporarily with exemption from duty, and subsequently, and not later than on termination of their period of service, re-export that vehicle with exemption from duty, subject, however, in either event, to any conditions deemed to be necessary in each individual case by the Government of the Contracting Party concerned.

5. The Contracting Parties shall not be obliged to grant to their own nationals the facilities provided for above.

6. The Governments concerned shall take all the necessary measures to ensure the unrestricted transfer of net salaries.

## ARTICLE 25

1. The contractual liability of the Organisation shall be governed by the law applicable to the contract concerned.



2. With regard to non-contractual liability, the Organisation shall make reparation for damage caused by the negligence of its organs, or of its servants in the scope of their employment, in so far as that damage can be attributed to them. The foregoing provision shall not preclude the right to other compensation under the national law of the Contracting Parties.

#### ARTICLE 26

1. The installations and archives of the Organisation shall be inviolable. *The property and assets of the Organisation shall be exempt from any measure of requisition, expropriation or confiscation by administrative action.*

2. The property and assets of the Organisation may not be seized nor may execution be levied upon them, except by a judicial decision. The installations of the Organisation shall not, however, be seized nor shall execution be levied upon them.

3. The provisions of this Article shall not prejudice access to the installations and archives of the Organisation by the competent authorities of the State in which the Organisation has its seat, and of other countries in which those installations and archives may be situated, in order to enable judicial inquiries to be carried out and to ensure the execution of judicial decisions in their respective territories.

#### ARTICLE 27

1. The Organisation shall collaborate at all times with the competent authorities of the Contracting Parties in order to facilitate the good administration of justice, to ensure the observance of police regulations and to prevent any abuse to which the privileges, immunities, exemptions or facilities specified in the present Convention could give rise.

2. The Organisation shall facilitate as far as possible the execution of public works inside or in the vicinity of any immovable property allocated for its use in the territories of the Contracting Parties.

#### ARTICLE 28

1. For the accomplishment of its task the Agency shall be empowered to construct the buildings and installations which it requires and to operate directly the air traffic services which are entrusted to it.

2. In order, however, to reduce expenditure relating to both investment and administration, the Agency shall call upon national technical services and make use of existing national installations, whenever this is possible, in order to avoid any duplication.

#### ARTICLE 29

International agreements and national regulations relating to the admission to, flight over and security of the territory of the Contracting Parties shall be binding on the Agency which shall take all the necessary measures to ensure the application of such agreements and regulations.

### ARTICLE 30

In order that the Contracting Parties may be able to verify that national regulations and international agreements are being applied, the Agency shall be bound to give those Contracting Parties which so request all the necessary information relating to the aircraft of which it has cognizance in the exercise of its functions.

### ARTICLE 31

Within the scope of the directives given by the Commission, those relations which are essential for the co-ordination of air traffic and for the operation of the services of the Agency may be established by the Agency with the appropriate technical services, public or private, of the Contracting Parties, of non-contracting States or of international organisations. For that purpose, contracts of a purely administrative, technical or commercial nature, in so far as they are required for the operation of the Agency, may be entered into by the Agency, *in the name of the Organisation, on condition that the Agency so informs the Commission.*

### ARTICLE 32

The Contracting Parties recognize that it is necessary for the Agency to achieve financial equilibrium and undertake to make available to it, taking into account its own revenue, the appropriate financial resources within the limits and conditions defined in the Statute annexed hereto.

### ARTICLE 33

1. Any dispute which may arise either between the Contracting Parties, or between the Contracting Parties and the Organisation represented by the Commission, relating to the interpretation or application of the present Convention or of its Annexes and which it has not been possible to settle by direct negotiation or by any other method, shall be referred to arbitration on the request of any one of the parties.

2. For that purpose, each of the parties shall in each case nominate an arbitrator, and the arbitrators shall agree on the nomination of a third arbitrator. Should one of the parties not have nominated its arbitrator within two months of the date of receipt of the request of the other party, or should the nominated arbitrators fail, within those two months, to agree on the nomination of the third arbitrator, any party may request the President of the International Court of Justice to make the nominations.

3. The arbitral tribunal shall determine its own procedure.

4. Each party shall bear the costs of its own arbitrator and its representation in the proceedings before the tribunal; the costs of the third arbitrator and the other costs shall be borne equally by the parties to the dispute. The arbitral tribunal may however determine a different sharing of costs if it thinks fit.

5. The decisions of the arbitral tribunal shall be binding on the parties to the dispute.

#### ARTICLE 34

1. The Statute of the Agency, likewise any modifications which, subject to the conditions prescribed in the present Convention and in the Statute annexed thereto, are made to the aforesaid Statute shall be valid and have effect in the territory of the Contracting Parties.

2. Any modification of the provisions of the Statute shall be subject to the approval of the Commission, carried by the unanimous vote of its members.

3. The provisions of Articles 1, 22 to 26 inclusive and 30 of the Statute annexed hereto shall not, however, be subject to modification.

#### ARTICLE 35

The Governments of the Contracting Parties concerned shall consult together on the measures to be taken to meet any emergency or war, having regard to the difficulties of applying the provisions of the present Convention in whole or in part.

#### ARTICLE 36

The Contracting Parties undertake to ensure the application to the Agency of current statutory provisions designed to ensure the continuity of public services.

#### ARTICLE 37

1. The present Convention shall apply:

- (a) (i) with respect to the Contracting Parties listed in Annex II, to their territories as defined in the said Annex;
- (ii) with respect to the other Contracting Parties, to their territories as defined by them, with the agreement of the Commission carried by a unanimous vote, at the time of the accession of those Parties;
- (b) to any territory for the international relations of which a Contracting Party is responsible and to which the Convention has been extended under paragraph 2 of this Article.

2.—(a) The United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland may, at the time of signature or of ratification of the present Convention or at any subsequent time, declare by a written notification addressed to the Government of the Kingdom of Belgium that the Convention shall extend to all or part of the Channel Islands and to the Isle of Man; the Convention shall then extend to the territories indicated in the notification, from the date of receipt of that notification or from any other date which may be specified therein.

(b) Subject to the unanimous agreement of the Commission and to the conclusion of a preliminary financial agreement with the Organisation, any Contracting Party may, at any time after the entry into force of the present Convention, extend the application of the Convention to any territory for the international relations of which it is responsible. It shall notify the Government of the Kingdom of Belgium of that extension; the Convention shall then extend to the territories indicated in the notification, from the date of receipt of that notification or from any other date which may be agreed with the Commission.

3. The Government of the Kingdom of Belgium shall inform all the Contracting Parties of any extension of the Convention under paragraph 2 of this Article, and shall indicate in each case the date on which the Convention has been so extended.

#### ARTICLE 38

The Agency shall provide the air traffic services:—

- (a) in the upper air space above the territories referred to in the preceding Article and also in the upper air space contiguous to the aforesaid air space and in respect of which the air traffic services have been entrusted to the Contracting Parties by international agreement, subject to the rights of the Commission under Article 6 of the present Convention;
- (b) in the lower air space as determined under Article 2 of the present Convention;
- (c) in air space which forms the subject of agreements with third States, in application of the provisions of Article 13 of the present Convention.

#### ARTICLE 39

1. The present Convention shall remain in force for a period of twenty years from the date of its entry into force.

2. That period shall be automatically prolonged for periods of five years, provided that no Contracting Party has, by written notice to the Government of the Kingdom of Belgium at least two years before the expiry of the current period, expressed its intention of denouncing the Convention.

3. If, in application of the foregoing, the Organisation is dissolved, it shall be deemed to exist for the purposes of its liquidation.

#### ARTICLE 40

1. The present Convention shall be ratified.

2. The instruments of ratification shall be deposited with the Government of the Kingdom of Belgium.

3. The Convention shall come into force on the first day of the month following the deposit of the instrument of ratification of the last signatory State to complete that formality.<sup>(1)</sup>

4. Nevertheless, as soon as the Convention has been ratified by four signatory States whose territories form a coherent whole from the standpoint of the organisation of air traffic services, one of which shall be the State in which the seat of the Organisation is located, the Government of the Kingdom of Belgium shall enter into communication with the Governments concerned in order that they may decide, if they think fit, having regard to the requirements of safety, to bring the Convention into force immediately between themselves. In the case of any signatory State whose instrument of ratification

---

<sup>(1)</sup> The Convention entered into force on March 1, 1963.

is not deposited until after the entry into force of the Convention, the latter shall take effect in respect of that State only from the date of the signing of a financial agreement between that signatory State and the Organisation.

5. The Government of the Kingdom of Belgium shall notify the Governments of the other signatory States of any deposit of an instrument of ratification and of the date of entry into force.

#### ARTICLE 41

1. The accession to the present Convention of any non-signatory State shall be subject to the agreement of the Commission carried by a unanimous vote. Such accession shall form the subject of a preliminary financial agreement between the non-signatory State and the Organisation, in accordance with Article 24 of the Statute annexed hereto.

2. The President of the Commission shall notify the non-signatory State of the decision to accept the accession.

3. The instrument of accession shall be deposited with the Government of the Kingdom of Belgium which shall notify the Governments of the other signatory and acceding States.

4. Accession shall take effect from the first day of the month following the deposit of the instrument of accession.

#### ARTICLE 42

The Government of the Kingdom of Belgium shall cause the present Convention to be registered with the International Civil Aviation Organisation.

[For signatures see p. 59]

# CONVENTION INTERNATIONALE DE COOPERATION POUR LA SECURITE DE LA NAVIGATION AERIENNE "EUROCONTROL"

LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE,  
LE ROYAUME DE BELGIQUE,  
LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,  
LE ROYAUME UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD,  
LE GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG,  
LE ROYAUME DES PAYS-BAS

CONSIDÉRANT que la mise en service d'avions de transport à turbines et la généralisation de leur emploi sont susceptibles d'entraîner une modification profonde de l'organisation du contrôle de la circulation aérienne,

CONSIDÉRANT en effet que, sur le plan opérationnel, les matériels nouveaux se caractérisent :—

par des vitesses élevées,

par la nécessité, pour des raisons d'économie d'exploitation, de pouvoir effectuer une montée rapide et ininterrompue jusqu'aux altitudes de meilleure utilisation et d'être maintenus à ces altitudes jusqu'à un point aussi proche que possible de leur destination,

CONSIDÉRANT que ces caractéristiques impliquent, outre une adaptation ou une réorganisation des méthodes et procédures de contrôle existantes, la création au-dessus d'un certain niveau de nouvelles Régions d'Information de Vol organisées, en tout ou en partie, en Régions de Contrôle,

CONSIDÉRANT que, compte tenu de la rapidité d'évolution des matériels en cause, le contrôle de la circulation aérienne à haute altitude ne peut plus se concevoir pour la plupart des pays européens dans le cadre des frontières nationales,

CONSIDÉRANT dès lors qu'il convient de créer un organisme international de contrôle exerçant son action sur des espaces aériens qui débordent les limites du territoire d'un Etat,

CONSIDÉRANT qu'en ce qui concerne l'espace aérien inférieur il peut y avoir intérêt, dans certains cas, à confier les services de la circulation aérienne sur une partie du territoire de l'une des Parties Contractantes à l'organisme international susvisé ou à une autre Partie Contractante,

CONSIDÉRANT d'autre part que l'internationalisation du contrôle postule l'adoption d'une politique commune et l'uniformisation des réglementations fondées sur les Normes et Pratiques recommandées de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale (O.A.C.I.), en tenant compte des nécessités de la défense nationale,

CONSIDÉRANT par ailleurs qu'il est hautement souhaitable de coordonner l'action des Etats dans le domaine de la formation du personnel des services de la navigation aérienne et celui des études et recherches sur les problèmes de circulation aérienne,

SONT CONVENUS des dispositions qui suivent :

## ARTICLE 1

1. Les Parties Contractantes conviennent de renforcer leur coopération dans le domaine de la navigation aérienne, et notamment d'organiser en commun les services de la circulation aérienne dans l'espace aérien supérieur.

2. Elles instituent à cet effet une " Organisation européenne pour la sécurité de la navigation aérienne " (EUROCONTROL), ci-après dénommée " l'Organisation ". Celle-ci comporte deux organes:—

une " Commission permanente pour la sécurité de la navigation aérienne ",  
ci-après dénommée la " Commission ";

une " Agence des services de la circulation aérienne ", ci-après dénommée  
" l'Agence ", dont les Statuts sont annexés à la présente Convention.

3. Le siège de l'Organisation est fixé à Bruxelles.

## ARTICLE 2

1. En ce qui concerne l'espace aérien inférieur et suivant les nécessités pratiques d'exploitation, l'une quelconque des Parties Contractantes peut demander à la Commission de décider que les services de la circulation aérienne pour tout ou partie de son espace aérien inférieur soient confiés à l'Organisation ou à une autre Partie Contractante.

2. Pour ce dernier cas, et par dérogation au paragraphe 2 de l'article 8 de la présente Convention, l'abstention d'une tierce Partie Contractante ne fait pas obstacle à la validité de la décision de la Commission.

3. Les dispositions du présent article relatives à la faculté pour l'une des Parties Contractantes de confier à une autre Partie Contractante les services de la circulation aérienne pour tout ou partie de son espace aérien inférieur ne doivent pas être interprétées comme limitant le droit des Parties Contractantes de conclure entre elles des accords bilatéraux relatifs au même objet.

## ARTICLE 3

Au sens de la présente Convention l'expression " circulation aérienne " s'applique aux aéronefs civils, ainsi qu'aux aéronefs militaires, de douane et de police qui se conforment aux procédures de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale (O.A.C.I.).

## ARTICLE 4

L'Organisation a la personnalité juridique. Sur le territoire des Parties Contractantes elle possède la capacité juridique la plus large reconnue aux personnes morales par les législations nationales; elle peut notamment acquérir ou aliéner des biens mobiliers ou immobiliers et ester en justice.

Sauf dispositions contraires de la présente Convention ou des Statuts ci-annexés, elle est représentée par l'Agence, qui agit au nom de l'Organisation. L'Agence gère le patrimoine de l'Organisation.

#### ARTICLE 5

La Commission est composée de représentants des Parties Contractantes. Chaque Partie Contractante se fait représenter par deux délégués, mais ne dispose que d'une voix.

#### ARTICLE 6

1. La Commission a pour objet de promouvoir, en coopération avec les Autorités Militaires nationales, l'adoption de mesures ainsi que l'installation et la mise en œuvre de moyens propres :—

à assurer la sécurité de la navigation aérienne,

à assurer un écoulement ordonné et rapide de la circulation aérienne,

dans des espaces définis relevant de la souveraineté des Parties Contractantes, ou pour lesquels les services de la circulation aérienne leur ont été confiés en vertu d'accords internationaux.

2. La Commission est chargée à cet effet :

(a) d'étudier, à partir des Normes et Pratiques recommandées de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale et compte tenu des nécessités de la défense nationale, l'uniformisation des réglementations nationales régissant la circulation aérienne et de l'action des services chargés d'en assurer la sécurité et de l'ordonner;

(b) de promouvoir la politique commune à suivre en matière d'aides radioélectriques, de télécommunications et d'équipements de bord correspondants, destinés à assurer la sécurité des aéronefs;

(c) de promouvoir et de coordonner les études en ce qui concerne les services et installations de navigation aérienne pour tenir compte de l'évolution technique et, s'il y a lieu, d'étudier les amendements aux Plans Régionaux de navigation aérienne à soumettre à l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale;

(d) de déterminer en conformité avec les dispositions de l'article 38 de la présente Convention la configuration de l'espace aérien pour lequel les services de la circulation aérienne sont confiés à l'Agence;

d'exercer les pouvoirs qui lui sont dévolus en vertu de l'article 2 de la présente Convention;

(e) de déterminer la politique à suivre par l'Agence en ce qui concerne la rémunération des services rendus aux usagers et, le cas échéant, d'approuver les tarifs et les conditions d'application des redevances établis par l'Agence;

(f) d'étudier les mesures propres à faciliter le financement des investissements nécessaires au fonctionnement de l'Agence ou plus généralement



des services des Parties Contractantes qui concourent à la sécurité de la navigation aérienne;

- (g) d'exercer un pouvoir de tutelle sur les activités de l'Agence en application de l'article 20 de la présente Convention, et des articles 8, 9, 10, 11, 12, 13 paragraphe 3 (a), 14 paragraphe 2, 17 paragraphe 2, 23 paragraphes 2 et 4, 28 paragraphe 3, 29 paragraphes 1 et 3, 30 paragraphe 1, 34 paragraphe 1, 37 des Statuts ci-annexés.

#### ARTICLE 7

Pour l'accomplissement de sa mission, la Commission :

- (a) formule des recommandations dans les cas visés au paragraphe 2 (a), (b), (c) de l'article 6 de la présente Convention;
- (b) prend des décisions dans les cas visés au paragraphes 1 de l'article 2, 2 (d) de l'article 6, 2 de l'article 9, 2 de l'article 12 et à l'article 13 de la présente Convention;
- (c) donne des directives à l'Agence dans les cas visés aux paragraphes 2 (e) et (f) de l'article 6, ainsi qu'aux articles 20 et 31 de la présente Convention;
- (d) prend toutes les mesures utiles pour l'exercice des fonctions qui lui sont dévolues en vertu du paragraphe 2 (g) de l'article 6 de la présente Convention;
- (e) introduit, le cas échéant, les recours devant le tribunal arbitral prévu au paragraphe 1 de l'article 33 de la présente Convention.

#### ARTICLE 8

1. Les recommandations sont formulées à la majorité des membres de la Commission. Les représentants des Parties Contractantes intéressées proposent aux Autorités compétentes de leurs pays respectifs toutes mesures adéquates en vue de mettre en application les recommandations auxquelles ils se sont ralliés au sein de la Commission.

2. Les décisions sont prises par la Commission statuant à l'unanimité. Elles sont obligatoires pour chacune des Parties Contractantes.

3. Les directives sont formulées par la Commission à la majorité des voix des Parties Contractantes étant entendu :—

que ces voix sont affectées de la pondération prévue au tableau figurant à l'article 9 ci-après, par référence aux Produits Nationaux Bruts des Parties Contractantes,

et que ces voix doivent représenter la majorité des Parties Contractantes.

4. Les conclusions des délibérations prises en application des paragraphes (d) et (e) de l'article 7 sont adoptées suivant les règles définies au paragraphe 3 du présent article, sauf les cas où une règle différente est applicable en vertu de dispositions expresses de la Convention ou des Statuts ci-annexés.

## ARTICLE 9

1. Le tableau de pondération visé à l'article précédent est le suivant:—

TABLEAU DE PONDERATION

<i>Produit National Brut (P.N.B.)</i>			Nombre de voix
évalué au coût des facteurs et aux prix courants en milliards de nouveaux francs français			
Inférieur	à 10	.....	1
De 10	inclus à 20	exclu.....	2
De 20	inclus à 30	exclu.....	3
De 30	inclus à 46½	exclu.....	4
De 46½	inclus à 63½	exclu.....	5
De 63½	inclus à 80	exclu.....	6
De 80	inclus à 110	exclu.....	7
De 110	inclus à 140	exclu.....	8
De 140	inclus à 200	exclu.....	9
De 200	inclus à 260	exclu.....	10
De 260	inclus à 320	exclu.....	11
De 320	inclus à 380	exclu.....	12

et ainsi de suite à raison d'une voix de plus par tranche ou partie de tranche supplémentaire de soixante milliards de nouveaux francs du P.N.B. ci-dessus défini.

2. Le Produit National Brut (P.N.B.) qui est pris en compte est celui qui résulte des statistiques établies par l'Organisation Européenne de Coopération Economique (O.E.C.E.)—ou à défaut par tout organisme offrant des garanties équivalentes et désigné en vertu d'une décision de la Commission—en calculant la moyenne arithmétique des trois dernières années pour lesquelles ces statistiques sont disponibles. Il s'agit du Produit National Brut (P.N.B.) au coût des facteurs et aux prix courants.

3. La fixation initiale du nombre des voix est faite à dater de la mise en vigueur de la présente Convention, par référence au tableau de pondération ci-dessus et conformément à la règle de détermination du P.N.B. figurant au paragraphe 2 du présent article.

4. En cas d'adhésion d'un nouvel Etat, il est procédé de la même manière à une nouvelle fixation du nombre de voix des Parties Contractantes.

5. Il est procédé dans tous les cas à une nouvelle fixation du nombre de voix, dans les mêmes conditions, s'il s'est écoulé trois ans depuis qu'a eu lieu la dernière fixation.

## ARTICLE 10

1. La Commission établit son règlement intérieur qui doit être adopté à l'unanimité.

2. Ce règlement doit prévoir notamment les règles relatives à la Présidence, à la création de groupes de travail et aux langues de travail de la Commission.

#### ARTICLE 11

L'Agence met à la disposition de la Commission le personnel et les moyens matériels nécessaires à son fonctionnement.

#### ARTICLE 12

1. La Commission assure avec les Etats et les Organisations internationales intéressés les relations utiles à la réalisation de l'objet de l'Organisation.

2. Elle est notamment, sous réserve des droits reconnus à l'Agence aux termes de l'article 31 de la présente Convention, seule compétente pour conclure au nom de l'Organisation, avec les Organisations internationales, les Etats membres de l'Organisation ou des Etats tiers, les accords nécessaires à l'exécution des tâches qui lui sont confiées par la présente Convention et au fonctionnement des organes institués par celle-ci ou créés pour son application.

#### ARTICLE 13

Des accords peuvent intervenir entre l'Organisation et tout Etat qui n'est pas partie à la présente Convention mais qui serait désireux d'utiliser les services de l'Agence. Dans ce cas la Commission agit sur rapport de l'Agence.

#### ARTICLE 14

Les Parties Contractantes confient à l'Agence les services de la circulation aérienne dans l'espace aérien défini conformément aux dispositions du paragraphe 2 (d) de l'article 6 et de l'article 38 de la présente Convention.

#### ARTICLE 15

1. Le caractère d'utilité publique est reconnu, le cas échéant, conformément aux législations nationales, avec les effets qui découlent des dispositions de celles-ci relatives à l'expropriation pour cause d'utilité publique, aux acquisitions immobilières nécessaires à l'implantation des installations de l'Organisation, sous réserve de l'accord des Gouvernements intéressés. La procédure d'expropriation pour cause d'utilité publique pourra être diligentée par les autorités compétentes de l'Etat en cause, conformément à sa législation nationale, en vue de réaliser ces acquisitions à défaut d'accord amiable.

2. Sur le territoire des Parties Contractantes où la procédure visée au paragraphe précédent n'existe pas, l'Organisation peut bénéficier des procédures d'acquisition forcée utilisables au profit de l'aviation civile et des télécommunications.

3. Les Parties Contractantes reconnaissent à l'Organisation, pour les ouvrages et services établis pour son compte sur leurs territoires respectifs, le

bénéfice de l'application des réglementations nationales relatives aux limitations du droit de propriété immobilière qui existeraient dans l'intérêt public au profit des services nationaux pour le même objet et notamment de celles qui concernent les servitudes d'utilité publique.

4. L'Organisation supportera les frais découlant de l'application des dispositions du présent article, y compris le montant des indemnités dues conformément à la législation de l'Etat sur le territoire duquel les biens sont situés.

#### ARTICLE 16

Les Parties Contractantes prennent, dans le cadre de leur compétence, et notamment en ce qui concerne l'attribution des fréquences radioélectriques, les mesures nécessaires pour que l'Organisation puisse effectuer toutes opérations répondant à son objet.

#### ARTICLE 17

1. Pour l'exercice de sa mission, l'Agence applique au contrôle de la circulation aérienne les règlements en vigueur sur les territoires des Parties Contractantes et dans les espaces aériens pour lesquels les services de la circulation aérienne leur sont confiés en vertu des accords internationaux auxquels elles sont parties.

2. En cas de difficulté dans l'application des dispositions figurant au paragraphe précédent, l'Agence saisit la Commission qui recommande aux Parties Contractantes toutes mesures utiles dans les conditions prévues au paragraphe 2 (a) de l'article 6 de la présente Convention.

#### ARTICLE 18

Pour l'exercice de sa mission et dans la limite des droits conférés aux services de la circulation aérienne, l'Agence donne aux commandants d'aéronefs toutes instructions nécessaires. Ils sont tenus de s'y conformer, hormis les cas de force majeure envisagés dans les règlements mentionnés à l'article précédent.

#### ARTICLE 19

Les infractions à la réglementation de la navigation aérienne commises dans l'espace où les services de la circulation aérienne ont été confiés à l'Agence sont constatées dans des procès-verbaux par des agents spécialement commissionnés par elle à cet effet, sans préjudice du droit reconnu par les législations nationales aux agents des Parties Contractantes de constater les infractions de même nature. Les procès-verbaux visés ci-dessus ont devant les tribunaux nationaux la même valeur que ceux dressés par les agents nationaux qualifiés pour constater les infractions de même nature.

#### ARTICLE 20

L'Agence établit, le cas échéant, en application des directives de la Commission formulées en vertu des dispositions du paragraphe 2 (e) de l'article 6 de la présente Convention, les tarifs et conditions d'application des redevances que l'Organisation a le droit de percevoir des usagers. Elle les soumet à l'approbation de la Commission.

## ARTICLE 21

1. L'Organisation est exonérée, dans l'Etat du siège et sur le territoire des Parties Contractantes, de tous droits et taxes à l'occasion de sa constitution, de sa dissolution et de sa liquidation.

2. Elle est exonérée des droits et taxes auxquels donneraient lieu les acquisitions de biens immobiliers nécessaires à l'accomplissement de sa mission.

3. Elle est exonérée de tous impôts directs susceptibles de s'appliquer à elle-même, à ses biens, avoirs et revenus.

4. Elle est exonérée des perceptions fiscales indirectes que pourraient entraîner les émissions d'emprunts et dont elle serait personnellement débitrice.

5. Elle est exonérée de tout impôt de caractère exceptionnel ou discriminatoire.

6. Les exonérations prévues au présent article ne s'étendent pas aux impôts et taxes perçus en rémunération de services d'utilité générale.

## ARTICLE 22

1. L'Organisation est exonérée de tous droits de douane et taxes d'effet équivalent, autres que des redevances ou impositions représentatives de services rendus, et exemptée de toute prohibition et restriction d'importation ou d'exportation en ce qui concerne les matériaux, matériels, fournitures et autres objets importés pour l'usage officiel de l'Organisation et destinés aux immeubles et installations de l'Organisation ou à son fonctionnement.

2. Les marchandises ainsi importées ne peuvent être ni vendues, ni prêtées ou cédées, soit à titre gratuit soit à titre onéreux, sur le territoire de la Partie dans laquelle elles auront été introduites, à moins que ce ne soit dans des conditions fixées par le Gouvernement de la Partie Contractante intéressée.

3. Toutes mesures de contrôle jugées utiles pourront être prises pour s'assurer que les matériaux, matériels, fournitures et autres objets indiqués au premier paragraphe et importés à destination de l'Organisation ont bien été livrés à ladite Organisation et affectés aux immeubles et installations officielles ou à son fonctionnement.

4. L'Organisation est en outre exonérée de tous droits de douane et exemptée de toute prohibition ou restriction d'importation ou d'exportation en ce qui concerne les publications visées à l'article 36 des Statuts ci-annexés.

## ARTICLE 23

1. L'Organisation peut détenir toutes devises et avoir des comptes en toutes monnaies dans la mesure nécessaire à l'exécution des opérations répondant à son objet.

2. Les Parties Contractantes s'engagent à lui accorder les autorisations nécessaires pour effectuer, suivant les modalités prévues dans les règlements

nationaux et accords internationaux applicables, tous les mouvements de fonds auxquels donneront lieu la constitution et l'activité de l'Organisation y compris l'émission et le service des emprunts lorsque l'émission de ces derniers aura été autorisée par le Gouvernement de la Partie Contractante intéressée.

#### ARTICLE 24

1. L'Agence peut faire appel au concours de personnes qualifiées ressortissantes des Parties Contractantes.

2. Les Parties Contractantes appliquent aux personnes visées au paragraphe précédent les dispositions relatives à l'immigration ou autres formalités d'enregistrement des étrangers de manière telle qu'elles ne puissent mettre obstacle ni à l'entrée dans le pays ni à l'exercice d'une fonction à l'Agence ni au rapatriement.

3. Il ne peut être fait exception aux dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article que pour des motifs tirés de l'ordre, de la sécurité ou de la santé publics.

4. Les personnes employées par l'Organisation :

(a) bénéficient de la franchise des droits et taxes de douane autres que les redevances ou impositions représentatives de services rendus, pour l'importation de leurs effets personnels, meubles et autres objets de ménage usagés qu'elles apportent de l'étranger lors de leur premier établissement et pour la réexportation de ces mêmes effets, meubles et objets, lors de la cessation de leurs fonctions;

(b) peuvent à l'occasion de leur prise de fonction sur le territoire de l'une des Parties Contractantes, importer temporairement en franchise leur voiture automobile personnelle et ensuite, au plus tard à la fin de leur temps de service, réexporter ce véhicule en franchise, sous réserve, dans l'une et l'autre hypothèse, des conditions jugées nécessaires dans tous les cas particuliers, par le Gouvernement de la Partie Contractante intéressée.

5. Il n'est pas fait obligation aux Parties Contractantes d'accorder à leurs propres ressortissants les facilités prévues ci-dessus.

6. Les Gouvernements intéressés prennent toutes mesures utiles pour assurer la liberté de transfert des salaires nets.

#### ARTICLE 25

1. La responsabilité contractuelle de l'Organisation est réglée par la loi applicable au contrat en cause.

2. En ce qui concerne la responsabilité non contractuelle, l'Organisation doit réparer les dommages causés par la faute de ses organes ou de ses agents dans l'exercice de leurs fonctions dans la mesure où ces dommages leur sont imputables. La disposition qui précède n'est pas exclusive du droit à d'autres réparations fondé sur la législation nationale des Parties Contractantes.

## ARTICLE 26

1. Les installations et les archives de l'Organisation sont inviolables. Les biens et avoirs de l'Organisation sont exemptés de toute réquisition, expropriation et confiscation administrative.

2. Les biens et avoirs de l'Organisation ne peuvent être saisis ni faire l'objet de mesures d'exécution forcée, si ce n'est par décision de justice. Toutefois, les installations de l'Organisation ne peuvent être saisies ni faire l'objet de mesures d'exécution forcée.

3. Les dispositions du présent article ne mettent pas obstacle à l'accès, aux installations et archives de l'Organisation, des Autorités compétentes de l'Etat du siège et des autres pays où seront situées ces installations et archives, pour permettre d'effectuer les enquêtes judiciaires et assurer l'exécution des décisions de justice dans leurs territoires respectifs.

## ARTICLE 27

1. L'Organisation collabore en tout temps avec les Autorités compétentes des Parties Contractantes en vue de faciliter la bonne administration de la justice, d'assurer l'observation des règlements de police, et d'éviter tout abus auquel pourraient donner lieu les privilèges, immunités, exemptions ou facilités énumérés dans la présente Convention.

2. L'Organisation facilite dans la mesure du possible la réalisation des travaux d'intérêt public à exécuter sur le territoire des Parties Contractantes à l'intérieur ou dans le voisinage des immeubles qui lui sont affectés.

## ARTICLE 28

1. Pour l'exercice de sa mission l'Agence est habilitée à construire les bâtiments et installations qui lui sont nécessaires et à exploiter directement les services de circulation aérienne qui lui sont confiés.

2. Toutefois, dans le but de réduire tant les dépenses d'investissement que les dépenses de gestion, l'Agence fait appel aux services techniques nationaux et utilise les installations nationales existantes, chaque fois que la chose est possible, afin d'éviter tout double emploi.

## ARTICLE 29

Les accords internationaux et les réglementations nationales relatives à l'accès, au survol et à la sécurité du territoire des Parties Contractantes sont obligatoires pour l'Agence, qui prend toutes mesures nécessaires à leur application.

## ARTICLE 30

Pour permettre aux Parties Contractantes de contrôler l'application des règlements nationaux et accords internationaux, l'Agence est tenue de donner aux Parties Contractantes qui en formulent la demande toutes les informations relatives aux aéronefs dont elle a connaissance dans l'exercice de ses fonctions.

### ARTICLE 31

Dans le cadre des directives données par la Commission, l'Agence peut établir avec les services techniques intéressés, publics ou privés, relevant des Parties Contractantes, d'Etats non contractants ou d'organismes internationaux, les relations indispensables à la coordination de la circulation aérienne et au fonctionnement de ses propres services. Elle peut conclure à cet effet, au nom de l'Organisation, sous réserve d'en informer la Commission, des contrats de caractère purement administratif, technique ou commercial dans la mesure où ils sont nécessaires à son fonctionnement.

### ARTICLE 32

Les Parties Contractantes reconnaissent la nécessité pour l'Agence de réaliser son équilibre financier, et s'engagent à mettre à sa disposition, compte tenu de ses recettes propres, les moyens financiers appropriés dans les limites et conditions définies par les Statuts ci-annexés.

### ARTICLE 33

1. Tout différend qui pourra naître soit entre les Parties Contractantes, soit entre les Parties Contractantes et l'Organisation représentée par la Commission, relatif à l'interprétation ou l'application de la présente Convention ou de ses Annexes et qui n'aura pu être réglé par voie de négociations directes ou par tout autre mode de règlement sera soumis à arbitrage à la requête de l'une quelconque des parties.

2. A cet effet chacune des parties désignera dans chaque cas un arbitre, et les arbitres se mettront d'accord sur la désignation d'un tiers arbitre. Dans le cas où une partie n'aurait pas désigné son arbitre dans les deux mois de la date de réception de la requête de l'autre partie, ou dans le cas où les arbitres désignés n'auraient pu, dans les deux mois, se mettre d'accord sur la désignation du tiers arbitre, toute partie pourra demander au Président de la Cour Internationale de Justice de procéder à ces désignations.

3. Le tribunal arbitral déterminera sa propre procédure.

4. Chaque partie prendra à sa charge les frais concernant son arbitre et sa représentation dans la procédure devant le tribunal; les frais afférents au tiers arbitre ainsi que les autres frais seront supportés par les parties pour une part égale. Le tribunal arbitral peut toutefois fixer une répartition différente des frais s'il le juge approprié.

5. Les décisions du tribunal arbitral seront obligatoires pour les parties au différend.

### ARTICLE 34

1. Les Statuts de l'Agence, ainsi que toutes modifications qui leur seraient apportées dans les conditions prévues à la présente Convention et aux Statuts y annexés, sont valables et ont effet sur le territoire des Parties Contractantes.

2. Toute modification aux dispositions des Statuts est subordonnée à l'approbation de la Commission, statuant à l'unanimité de ses membres.



3. Toutefois les dispositions prévues aux articles 1, 22 à 26 et 30 inclus des Statuts ci-annexés ne sont pas susceptibles de modification.

#### ARTICLE 35

Les Gouvernements des Parties Contractantes intéressées se consulteront sur les mesures à prendre pour les cas de crise ou de guerre, compte tenu des difficultés d'application de tout ou partie des dispositions de la présente Convention.

#### ARTICLE 36

Les Parties Contractantes s'engagent à faire bénéficier l'Agence des dispositions légales en vigueur destinées à assurer la continuité des services publics.

#### ARTICLE 37

1. La présente Convention s'applique :

- (a) (i) en ce qui concerne les Parties Contractantes énumérées à l'Annexe II, à leurs territoires tels qu'ils sont définis à ladite Annexe;
- (ii) en ce qui concerne les autres Parties Contractantes, à leurs territoires tels qu'il seront définis par elles, en accord avec la Commission statuant à l'unanimité, au moment de leur accession;
- (b) à tout territoire à l'égard duquel une Partie Contractante assure la responsabilité des relations internationales et auquel la Convention aura été étendue en vertu du paragraphe 2 du présent article.

2. (a) Le Royaume-Uni de Grande Bretagne et d'Irlande du Nord peut, à la date de la signature ou de la ratification de la présente Convention ou à toute date ultérieure, déclarer par une notification écrite adressée au Gouvernement du Royaume de Belgique que la Convention s'étendra à tout ou partie des Iles Anglo-Normandes et de l'Île de Man; la Convention s'étendra alors aux territoires visés dans la notification, à compter de la date de réception de celle-ci ou de toute autre date qui pourra y être spécifiée.

(b) Avec l'accord unanime de la Commission, et sous réserve de la conclusion d'un accord financier préalable avec l'Organisation, une Partie Contractante peut, à toute époque postérieure à l'entrée en vigueur de la présente Convention, étendre l'application de la Convention à tout territoire à l'égard duquel elle assure la responsabilité des relations internationales. Elle notifiera cette extension au Gouvernement du Royaume de Belgique; la Convention s'étendra alors aux territoires visés dans la notification, à compter de la date de réception de celle-ci ou de toute autre date qui pourra être convenue avec la Commission.

3. Le Gouvernement du Royaume de Belgique informera toutes les Parties Contractantes de toute extension de la Convention en application du paragraphe 2 du présent article, en indiquant dans chaque cas la date à partir de laquelle la Convention aura été ainsi étendue.

### ARTICLE 38

L'Agence assure les services de la circulation aérienne :

- (a) dans les espaces aériens supérieurs situés au-dessus des territoires visés à l'article précédent ainsi que dans les espaces aériens supérieurs contigus aux précédents pour lesquels les services de la circulation aérienne ont été confiés aux Parties Contractantes par accord international, sous réserve des droits reconnus à la Commission en vertu de l'article 6 de la présente Convention;
- (b) dans les espaces aériens inférieurs définis en application de l'article 2 de la présente Convention;
- (c) dans les espaces aériens faisant l'objet, en application des dispositions de l'article 13 de la présente Convention, d'accords avec des Etats tiers.

### ARTICLE 39

1. La présente Convention est conclue pour une durée de vingt ans décomptés à partir de son entrée en vigueur.

2. Cette durée sera automatiquement prolongée par périodes de cinq années à moins qu'une Partie Contractante n'ait manifesté, par une notification écrite au Gouvernement du Royaume de Belgique, son intention de mettre fin à la Convention, au moins deux ans avant l'expiration de la période en cours.

3. Si, en application de ce qui précède, l'Organisation est dissoute, elle est réputée exister pour les besoins de sa liquidation.

### ARTICLE 40

1. La présente Convention sera ratifiée.

2. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement du Royaume de Belgique.

3. Elle entrera en vigueur le premier jour du mois suivant le dépôt de l'instrument de ratification de l'Etat signataire qui procédera le dernier à cette formalité.

4. Toutefois dès que quatre Etats signataires dont les territoires constituent un ensemble cohérent du point de vue de l'organisation des services de la circulation aérienne, parmi lesquels devra figurer l'Etat du siège, auront ratifié la Convention, le Gouvernement du Royaume de Belgique se mettra en rapport avec les Gouvernements intéressés, afin qu'ils décident éventuellement, compte tenu des impératifs de sécurité, de mettre immédiatement la Convention en vigueur entre eux. Pour tout Etat signataire dont l'instrument de ratification ne serait déposé qu'après l'entrée en vigueur de la Convention, celle-ci ne prendra effet, en ce qui le concerne, qu'à dater de la signature d'un accord financier entre cet Etat signataire et l'Organisation.

5. Le Gouvernement du Royaume de Belgique avisera les Gouvernements des autres Etats signataires de tout dépôt d'instrument de ratification et de la date d'entrée en vigueur.

#### ARTICLE 41

1. L'adhésion à la présente Convention de tout Etat non signataire est subordonnée à l'accord de la Commission statuant à l'unanimité. Cette adhésion fait l'objet d'un accord financier préalable entre l'Etat non signataire et l'Organisation conformément à l'article 24 des Statuts ci-annexés.

2. La décision d'accepter l'adhésion est notifiée à l'Etat non signataire par le Président de la Commission.

3. L'instrument d'adhésion est déposé auprès du Gouvernement du Royaume de Belgique qui en avisera les Gouvernements des autres Etats signataires et adhérents.

4. L'adhésion prendra effet le premier jour du mois suivant le dépôt de l'instrument d'adhésion.

#### ARTICLE 42

Le Gouvernement du Royaume de Belgique fera enregistrer la présente Convention à l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale.

[For signatures see p. 59]

**INTERNATIONAAL VERDRAG TOT SAMENWERKING  
IN HET BELANG VAN DE VEILIGHEID VAN DE LUCHTVAART  
“EUROCONTROL”**

DE BONDSREPUBLICK DUITSLAND,  
HET KONINKRIJK BELGIË,  
DE FRANSE REPUBLICK,  
HET VERENIGD KONINKRIJK VAN GROOT-BRITTANNIË EN NOORD-  
IERLAND,  
HET GROOTHERTOGDOM LUXEBURG,  
HET KONINKRIJK DER NEDERLANDEN

OVERWEGENDE dat het op steeds grotere schaal indienststellen van turbinevliegtuigen voor het vervoer van personen en goederen een ingrijpende wijziging van de organisatie van de luchtverkeersleiding ten gevolge zal kunnen hebben;

OVERWEGENDE dat op het gebied van de vluchtuitvoering het nieuwe materieel zich kenmerkt door:

- hoge snelheden,
- de noodzaak om in het belang van een economische exploitatie een snelle en ononderbroken stijging te kunnen uitvoeren tot op de meest rendabele hoogten en op deze hoogten te kunnen blijven tot zo dicht mogelijk bij de plaats van bestemming;

OVERWEGENDE dat deze kenmerken, behalve een aanpassing of reorganisatie van de bestaande methoden en vormen van controle, medebrengen dat er boven een bepaalde hoogte nieuwe vluchtinlichtingengebieden in het leven moeten worden geroepen, die geheel of ten dele in verkeersgebieden worden onderverdeeld;

OVERWEGENDE dat, rekening houdende met de snelheid waarmee het bedoelde materieel zich ontwikkelt, de luchtverkeersleiding op grote hoogte voor het merendeel der Europese landen niet langer denkbaar is binnen de nationale grenzen;

OVERWEGENDE derhalve dat het raadzaam is een internationale controle-instantie in het leven te roepen, die haar werkzaamheden zal uitoefenen in delen van het luchtruim die tot buiten de landsgrenzen van een staat reiken;

OVERWEGENDE dat het, wat het lager gelegen luchtruim betreft, in bepaalde gevallen van belang zou kunnen zijn om de luchtverkeersleiding boven een deel van het grondgebied van een der Verdragssluitende Partijen te doen verrichten door bovengenoemde internationale instantie of door een andere Verdragssluitende Partij;

OVERWEGENDE anderzijds dat de internationalisatie van de controle het voeren van een gemeenschappelijke politiek noodzakelijk maakt alsmede de eenmaking van de wettelijke bepalingen gebaseerd op de Normen en Aanbevolen Werkwijzen van de Internationale Burgerluchtvaartorganisatie (ICAO), daarbij rekening houdende met de eisen van de nationale verdediging;

OVERWEGENDE bovendien dat het zeer gewenst is om het werk van de staten op het terrein van de personeelsopleiding voor de luchtvaartdiensten en van het bestuderen en onderzoeken van luchtverkeersvraagstukken te coördineren;

ZIJN OVEREENGEKOMEN ALS VOLGT:

#### ARTIKEL 1

1. De Verdragsluitende Partijen komen overeen hun samenwerking op het terrein van de luchtvaart te versterken en, in het bijzonder, gezamenlijk de luchtverkeersleiding in het hoger gelegen luchtruim te organiseren.

2. Zij stichten daartoe een "Europese Organisatie voor de Veiligheid van de Luchtvaart" (EUROCONTROL), hierna genoemd de "Organisatie". Deze omvat twee organen:

- een "Permanente Commissie voor de Veiligheid van de Luchtvaart", hierna genoemd de "Commissie",
- een "Agentschap voor de Luchtverkeersleiding", hierna genoemd het "Agentschap", waarvan de Statuten bij dit Verdrag zijn gevoegd.

3. De zetel van de Organisatie is te Brussel gevestigd.

#### ARTIKEL 2

1. Wat betreft het lager gelegen luchtruim en gezien de praktische eisen van bedrijfsvoering kan elk van de Verdragsluitende Partijen de Commissie verzoeken te beslissen dat de luchtverkeersleiding voor het geheel of voor een deel van haar lager gelegen luchtruim zal worden verricht door de Organisatie of door een andere Verdragsluitende Partij.

2. In het laatste geval, en in afwijking van lid 2 van artikel 8 van dit Verdrag, zal de beslissing van de Commissie rechtsgeldig zijn zelfs indien een derde Verdragsluitende Partij zich van stemming onthoudt.

3. De bepalingen van dit artikel inzake de bevoegdheid van een der Verdragsluitende Partijen om de luchtverkeersleiding voor een deel of voor het geheel van haar lager gelegen luchtruim te doen verrichten door een andere Verdragsluitende Partij mogen niet worden uitgelegd als een beperking van het recht van Verdragsluitende Partijen om onderling bilaterale overeenkomsten te sluiten, welke hetzelfde doel beogen.

#### ARTIKEL 3

In dit Verdrag is de uitdrukking "luchtverkeer" van toepassing op burgerluchtvaartuigen, alsmede op de militaire, douane- en politie-luchtvaartuigen die zich houden aan de voorschriften van de Internationale Burgerluchtvaartorganisatie (I.C.A.O.).

#### ARTIKEL 4

De Organisatie bezit rechtspersoonlijkheid. Zij bezit op het grondgebied van de Verdragsluitende Partijen de ruimste handelingsbevoegdheid welke door de nationale wetgevingen aan rechtspersonen wordt toegekend; zij kan, met name, roerende en onroerende goederen verwerven of vervreemden en in rechte optreden. Behoudens voor zover in dit Verdrag of in de bijgevoegde

Statuten anders wordt bepaald, wordt zij vertegenwoordigd door het "Agentschap", dat in haar naam handelt. Het "Agentschap" beheert het vermogen van de Organisatie.

#### ARTIKEL 5

De Commissie bestaat uit vertegenwoordigers van de Verdragsluitende Partijen. Elke Verdragsluitende Partij laat zich vertegenwoordigen door twee afgevaardigden maar beschikt slechts over één stem.

#### ARTIKEL 6

1. De Commissie heeft tot taak om in samenwerking met de nationale militaire autoriteiten te bevorderen dat maatregelen worden genomen en installaties worden gevestigd en in bedrijf gesteld welke dienen om

- de veiligheid van de luchtvaart te verzekeren,
- een ordelijk en snel verloop van het luchtverkeer te verzekeren,

in aangewezen delen van het luchtruim die onder de soevereiniteit van de Verdragsluitende Partijen staan, of met betrekking tot welke aan die Verdragsluitende Partijen de luchtverkeersleiding werd toegewezen krachtens internationale overeenkomsten.

2. Te dien einde heeft de Commissie tot taak:

- (a) op basis van de Normen en Aanbevolen Werkwijzen van de Internationale Burgerluchtvaartorganisatie en rekening houdende met de eisen van de nationale verdediging, een studie te maken van de eenmaking van de nationale wettelijke bepalingen waaraan het luchtverkeer is onderworpen, en van de werkzaamheden van de diensten belast met het regelen, en het verzekeren van de veiligheid, van het luchtverkeer;
- (b) de te volgen gemeenschappelijke gedragslijn te ontwikkelen wat betreft radioëlektronische hulpmiddelen, telecommunicatiemiddelen en overeenkomstige boorduitrustingen, bestemd om de veiligheid van de luchtvaartuigen te verzekeren;
- (c) studies op het gebied van de luchtvaartdiensten en -installaties te bevorderen en te coördineren, teneinde rekening te houden met de technische vooruitgang en, zonodig, wijzigingen van de regionale luchtvaartplannen in studie te nemen, die aan de Internationale Burgerluchtvaartorganisatie dienen te worden voorgelegd.
- (d) overeenkomstig de bepalingen van artikel 38 van dit Verdrag de grenzen aan te geven van het luchtruim ten aanzien waarvan de luchtverkeersleiding aan het Agentschap is toegewezen; de bevoegdheden uit te oefenen, die haar zijn toegekend krachtens artikel 2 van dit Verdrag;
- (e) de gedragslijn te bepalen die het Agentschap dient te volgen ten aanzien van de vergoeding voor de diensten aan de gebruikers bewezen en, zo nodig, de tarieven goed te keuren van de door het Agentschap vast te stellen kostenbijdragen alsmede de regels volgens welke deze bijdragen worden geheven.
- (f) maatregelen te bestuderen ter vergemakkelijking van de financiering van de investeringen die nodig zijn voor het functioneren van het

Agentschap of, meer in het algemeen, van de diensten van de Verdragsluitende Partijen die bijdragen tot de veiligheid van de luchtvaart.

- (g) toezicht uit te oefenen op de werkzaamheden van het Agentschap uit hoofde van artikel 20 van dit Verdrag en van de artikelen 8, 9, 10, 11, 12, 13 lid 3 (a), 14 lid 2, 17 lid 2, 23 lid 2 en 4, 28 lid 3, 29 lid 1 en 3, 30 lid 1, 34 lid 1, en 37 van de hierbijgevoegde Statuten.

#### ARTIKEL 7

Ter vervulling van haar taak zal de Commissie:

- (a) aanbevelingen uitbrengen in de gevallen bedoeld in lid 2 (a), (b), (c) van article 6 van dit Verdrag;
- (b) beschikkingen geven in de gevallen bedoeld in lid 1 van artikel 2, lid 2 (d) van artikel 6, lid 2 van artikel 9, lid 2 van artikel 12 en in artikel 13 van dit Verdrag;
- (c) richtlijnen geven aan het Agentschap in de gevallen bedoeld in lid 2 (e) en (f) van artikel 6, en in de artikelen 20 en 31 van dit Verdrag;
- (d) alle maatregelen nemen dienstig voor het uitoefenen van de taken welke haar zijn opgedragen krachtens lid 2 (g) van artikel 6 van dit Verdrag;
- (e) zo nodig in beroep gaan bij het scheidsgerecht bedoeld in lid 1 van artikel 33 van dit Verdrag.

#### ARTIKEL 8

1. De aanbevelingen worden opgesteld met een meerderheid van stemmen van de leden der Commissie. De vertegenwoordigers van de betrokken Verdragsluitende Partijen stellen, met het oog op de toepassing van de aanbevelingen waarmee zij zich in de Commissie konden verenigen, aan de bevoegde autoriteiten van hun onderscheidene landen alle passende maatregelen voor.

2. De beschikkingen worden door de Commissie met algemene stemmen vastgesteld. Zij zijn verbindend voor elk der Verdragsluitende Partijen.

3. De richtlijnen worden door de Commissie opgesteld met een meerderheid van stemmen van de Verdragsluitende Partijen, met dien verstande:

- dat deze stemmen worden gewogen met inachtneming van de tabel voorkomende in artikel 9, gebaseerd op de bruto nationale produkten van de Verdragsluitende Partijen,
- en dat deze stemmen de meerderheid van de Verdragsluitende Partijen moeten vertegenwoordigen.

4. De uiteindelijke beslissingen op grond van het bepaalde in artikel 7 onder (d) en (e) worden genomen volgens de regels neergelegd in lid 3 van dit artikel, uitgezonderd de gevallen waarin een afwijkende regeling geldt krachtens uitdrukkelijke bepalingen van het Verdrag of van de hierbijgevoegde Statuten.

## ARTIKEL 9

### 1. De in artikel 8 bedoelde tabel volgt hieronder :

TABEL VAN STEMWEGING

<i>Bruto Nationaal Produkt</i>		Aantal stemmen
berekend tegen factorkosten en lopende prijzen in miljarden nieuwe Franse Francs		
Minder dan 10 .....		1
Van 10 tot 20 .....		2
Van 20 tot 30 .....		3
Van 30 tot 46½ .....		4
Van 46½ tot 63½ .....		5
Van 63½ tot 80 .....		6
Van 80 tot 110 .....		7
Van 110 tot 140 .....		8
Van 140 tot 200 .....		9
Van 200 tot 260 .....		10
Van 260 tot 320 .....		11
Van 320 tot 380 .....		12

en vervolgens telkens 1 stem meer per aanvullende eenheid of gedeelte van een aanvullende eenheid van 60 miljard nieuwe Franse Francs van het bruto nationaal produkt hierboven bepaald.

2. Het hier bedoelde bruto nationale produkt is het nationale produkt zoals dat blijkt uit de statistieken opgesteld door de Organisatie voor Europese Economische Samenwerking (OEES) of, bij gebreke daarvan, door een andere instantie die gelijkwaardige garanties biedt en aangewezen is krachtens een beslissing van de Commissie door het rekenkundig gemiddelde te berekenen over de laatste drie jaren waarover zulke statistieken ter beschikking staan. Bedoeld wordt het bruto nationaal produkt berekend naar factorkosten en lopende prijzen.

3. Het aantal stemmen wordt de eerste keer bepaald bij de inwerking-treding van dit Verdrag, onder verwijzing naar bovenstaande tabel en volgens de regel ter vaststelling van het bruto nationaal produkt vervat in lid 2 van dit artikel.

4. Ingeval van toetreding van een nieuwe staat wordt op dezelfde wijze tewerkgegaan bij het opnieuw bepalen van het aantal stemmen van de Verdragsluitende Partijen.

5. In ieder geval wordt, onder dezelfde voorwaarden, het aantal stemmen opnieuw vastgesteld indien er sinds de laatste vaststelling drie jaar zijn verstreken.



## ARTIKEL 10

1. De Commissie stelt haar huishoudelijk reglement vast, dat met algemeen stemmen moet worden aangenomen.

2. Dit reglement moet met name voorschriften bevatten met betrekking tot het voorzitterschap, de instelling van werkgroepen, en de voertalen van de Commissie.

## ARTIKEL 11

Het Agentschap stelt aan de Commissie het personeel en de materiële middelen ter beschikking die nodig zijn voor het uitoefenen van haar taak.

## ARTIKEL 12

1. De Commissie onderhoudt met de staten en met de belanghebbende internationale organisaties de betrekkingen die nodig zijn voor de verwezenlijking van het doel der Organisatie.

2. Behoudens de volgens artikel 31 van dit Verdrag aan het Agentschap toegekende rechten, is de Commissie bij uitsluiting bevoegd om in naam van de Organisatie met de internationale organisaties, de lid-staten van de organisatie of derde staten, de overeenkomsten te sluiten die nodig zijn voor de tenuitvoerlegging van de taken die haar bij dit Verdrag zijn opgedragen en voor het functioneren van de lichamen die bij dit Verdrag zijn ingesteld of in verband met de toepassing van dit Verdrag in het leven zijn geroepen.

## ARTIKEL 13

Tussen de Organisatie en elke staat die geen partij is bij dit Verdrag doch gaarne van de diensten van het Agentschap gebruik wil maken kunnen overeenkomsten worden gesloten. In dat geval handelt de Commissie op aanwijzing van het Agentschap.

## ARTIKEL 14

De Verdragsluitende Partijen wijzen aan het Agentschap de luchtverkeersleiding toe in het luchtruim als aangegeven overeenkomstig de bepalingen van artikel 6 lid 2 onder (d) en artikel 38 van dit Verdrag.

## ARTIKEL 15

1. Indien de nationale wetgeving terzake bepalingen bevat, wordt overeenkomstig die wetgeving en behoudens goedkeuring van de betrokken regeringen de verwerving van de onroerende goederen nodig voor het vestigen van inrichtingen van de Organisatie, aangemerkt als van algemeen nut. Hieraan zijn de rechtsgevolgen verbonden die de nationale wetgeving aan onteigeningen ten algemenen nutte verbindt. Indien omtrent de eerder bedoelde verwervingen geen overeenstemming tussen de partijen kan worden bereikt, kunnen de bevoegde autoriteiten van de betrokken staat terzake overeenkomstig hun nationale wetgeving de onteigeningsprocedure ten algemenen nutte toepassen.

2. Op het grondgebied van de Verdragsluitende Partijen waar de in het voorgaande lid bedoelde procedure niet bestaat, kunnen de procedures tot

vordering waarvan gebruik kan worden gemaakt in het belang van de burgerluchtvaart en de verreberichtgeving, ten behoeve van de Organisatie worden aangewend.

3. De Verdragsluitende Partijen kennen aan de Organisatie, ten aanzien van de inrichtingen en ten behoeve van de diensten, voor haar rekening op hun onderscheidene grondgebieden aangelegd of ingesteld, het voorrecht toe van toepassing van de nationale wettelijke regelingen inzake de beperkingen van het eigendomsrecht van onroerende goederen welke in het openbaar belang mochten bestaan ten gunste van nationale diensten die hetzelfde doel beogen en in het bijzonder die regelingen die betrekkingen hebben op servituten in het algemeen belang.

4. De uit de toepassing van de bepalingen van dit artikel voortvloeiende kosten, met inbegrip van de schadeloosstelling die overeenkomstig de wetgeving van de staat op wiens grondgebied de eigendommen zijn gelegen, verschuldigd is, komen ten laste van de Organisatie.

#### ARTIKEL 16

De Verdragsluitende Partijen nemen, binnen het kader van hun bevoegdheid, en in het bijzonder wat betreft de toewijzing van radio-frequenties, de maatregelen die nodig zijn om de Organisatie in staat te stellen al die handelingen te verrichten die voor het bereiken van haar doelstelling van belang zijn.

#### ARTIKEL 17

1. Ter uitoefening van zijn taak past het Agentschap bij de luchtverkeersleiding de regelingen toe, die van kracht zijn op de grondgebieden van de Verdragsluitende Partijen en in de delen van het luchtruim waarvoor de luchtverkeersleiding aan hen is toegewezen krachtens de internationale overeenkomsten bij welke zij partij zijn.

2. Indien zich bij de toepassing van de bepalingen van het vorig lid moeilijkheden voordoen, legt het Agentschap de zaak voor aan de Commissie, die aan de Verdragsluitende Partijen alle maatregelen aanbeveelt die dienstig zijn met inachtneming van het bepaalde in artikel 6 lid 2 onder (a) van dit Verdrag.

#### ARTIKEL 18

Ter uitoefening van zijn taak en binnen de grenzen van de aan de luchtverkeersleidingsdiensten toegekende rechten, geeft het Agentschap aan de gezagvoerders van de luchtvaartuigen alle nodige aanwijzingen. Deze zijn verplicht zich daaraan te houden, behalve in de gevallen van overmacht bedoeld in de in het voorgaande artikel genoemde regelingen.

#### ARTIKEL 19

Overtredingen van de luchtvaartwetgeving die zijn begaan in het luchtruim waarin de luchtverkeersleiding is toevertrouwd aan het Agentschap, worden door speciaal hiervoor door het Agentschap aangestelde personen in processen-verbaal geconstateerd, onverminderd het door de nationale wetgevingen aan de opsporingsambtenaren van de Verdragsluitende Partijen

toegekende recht om overtredingen van dezelfde aard te constateren. De bovengenoemde processen-verbaal hebben voor de nationale rechter dezelfde waarde als die, welke door de nationale opsporingsambtenaren, die bevoegd zijn om overtredingen van dezelfde aard te constateren, werden opgemaakt.

#### ARTIKEL 20

Zo nodig stelt het Agentschap krachtens de door de Commissie op grond van de bepalingen van artikel 6 lid 2 onder (e) van dit Verdrag gegeven richtlijnen, de tarieven vast van de kostenbijdragen welke de Organisatie van de gebruikers kan vorderen, alsmede de regels volgens welke deze bijdragen worden geheven. Zij legt deze tarieven en regels ter goedkeuring aan de Commissie voor.

#### ARTIKEL 21

1. De Organisatie is in de staat waar zich de zetel bevindt, en binnen het grondgebied van de Verdragsluitende Partijen, vrijgesteld van alle rechten en belastingen bij haar oprichting, ontbinding en liquidatie.

2. Zij is vrijgesteld van rechten en belastingen die zij verschuldigd zou kunnen worden bij het verwerven van onroerende goederen welke nodig zijn voor de uitvoering van haar taak.

3. Zij is vrijgesteld van alle directe belastingen welke zouden kunnen worden geheven ten aanzien van haarzelf, haar eigendommen, bezittingen en inkomsten.

4. Zij is vrijgesteld van indirecte belastingen welke de uitgiften van leningen met zich mede zouden kunnen brengen en ten aanzien waarvan zij persoonlijk als schuldenares aansprakelijk zou zijn.

5. Zij is vrijgesteld van elke belasting van uitzonderlijke of discriminerende aard.

6. De in dit artikel nedergelegde vrijstellingen strekken zich niet uit tot de belastingen en heffingen die worden geheven als vergoeding voor algemene door de overheid verrichte diensten.

#### ARTIKEL 22

1. De Organisatie is vrijgesteld van alle douanerechten en heffingen van gelijke werking, waaronder niet begrepen kostenbijdragen of heffingen wegens verleende diensten, en zij is ontheven van elk verbod of elke beperking op in- en uitvoer van grondstoffen, materialen, benodigdheden en andere goederen die worden ingevoerd voor het officieel gebruik door de Organisatie en bestemd zijn voor de onroerende goederen en inrichtingen van de Organisatie of die nodig zijn om haar te doen functioneren.

2. De aldus ingevoerde goederen mogen binnen het grondgebied van de Partij waar zij ingevoerd zijn, noch worden verkocht, noch uitgeleend of afgestaan, hetzij gratis, hetzij onder bezwarende titel, behalve onder de voorwaarden, welke door de regering van de betrokken Verdragsluitende Partij zijn vastgesteld.

3. Alle nuttig geachte controlemaatregelen kunnen worden getroffen om te verzekeren dat grondstoffen, materialen, benodigdheden en andere in het eerste lid aangeduide goederen die zijn ingevoerd ten behoeve van de Organisatie, inderdaad aan genoemde Organisatie zijn afgeleverd en zijn aangewend voor de officiële onroerende goederen en inrichtingen of nodig zijn om haar te doen functioneren.

4. Bovendien is de Organisatie vrijgesteld van alle douanerechten en ontheven van elk verbod of elke beperking van in- en uitvoer, ten aanzien van de publikaties bedoeld in artikel 36 van de hierbijgevoegde Statuten.

#### ARTIKEL 23

1. De Organisatie kan alle soorten valuta's bezitten en rekeningen aanhouden in alle geldsoorten, voorzover dit nodig is ter uitvoering van de werkzaamheden die voor het bereiken van haar doelstelling van belang zijn.

2. De Verdragsluitende Partijen verplichten zich om haar alle volmachten te verlenen die nodig zijn om, in overeenstemming met de desbetreffende nationale voorschriften en internationale overeenkomsten, alle overboekingen van gelden te verrichten waartoe de oprichting en de werkzaamheden van de Organisatie aanleiding kunnen geven, waaronder de uitgifte, aflossing van, en rentebetaling op leningen, indien de uitgifte hiervan door de regering van de betrokken Verdragsluitende Partij is toegestaan.

#### ARTIKEL 24

1. Het Agentschap kan een beroep doen op de medewerking van daartoe geschikte onderdanen van de Verdragsluitende Partijen.

2. Der Verdragsluitende Partijen passen op de in het voorgaande lid bedoelde personen de bepalingen die betrekking hebben op immigratie of andere registratieformaliteiten voor vreemdelingen, op zodanige wijze toe dat deze de binnenkomst in het land, de uitoefening van een functie bij het Agentschap en de repatriëring niet belemmeren.

3. Van de bepalingen van lid 1 en 2 van dit artikel kan slechts worden afgeweken om redenen van openbare orde, veiligheid of volksgezondheid.

4. De personen die bij de Organisatie in dienst zijn:

(a) zijn vrijgesteld van douanerechten en heffingen, waaronder niet begrepen bijdragen of heffingen op verleende diensten, op de invoer van hun persoonlijke bezittingen, meubelen en andere gebruikte huishoudelijke gebruiksvoorwerpen, die zij bij hun eerste vestiging uit het buitenland meebrengen, alsmede ten aanzien van de wederuitvoer van deze zelfde bezittingen, meubelen en voorwerpen bij het beëindigen van hun functie;

(b) kunnen bij hun indiensttreding op het grondgebied van een der Verdragsluitende Partijen hun persoonlijk motorrijtuig tijdelijk vrij van rechten invoeren en vervolgens, uiterlijk aan het einde van hun diensttijd, vrij van rechten weer uitvoeren, met dien verstande dat de regering van de betrokken Verdragsluitende Partij, zowel ten aanzien van de invoer als de uitvoer de voorwaarden kan stellen die zij in elk afzonderlijk geval noodzakelijk acht.

5. De Verdragsluitende Partijen zijn niet verplicht om aan hun eigen onderdanen de bovengenoemde faciliteiten te verlenen.

6. De betrokken regeringen nemen alle maatregelen die nodig zijn om te verzekeren dat de netto-salarissen vrij kunnen worden overgemaakt.

#### ARTIKEL 25

1. De contractuele aansprakelijkheid van de Organisatie wordt beheerst door de wet die op het betrokken contract van toepassing is.

2. Wat de niet-contractuele aansprakelijkheid aangaat, moet de Organisatie de schade veroorzaakt door de schuld van haar organen of door die van haar personeelsleden in de uitoefening van hun functies, vergoeden voor zover deze schade aan hen te wijten is. De voorgaande bepaling laat rechten op andere schadevergoedingen die hun grondslag vinden in de nationale wetgeving van de Verdragsluitende Partijen, onverlet.

#### ARTIKEL 26

1. De inrichtingen en archieven van de Organisatie zijn onschendbaar. De eigendommen en bezittingen van de Organisatie zijn vrijgesteld van elke vordering, onteigening en administratieve inbeslagname.

2. De eigendommen en bezittingen van de Organisatie kunnen niet in beslag worden genomen, noch aan maatregelen van gedwongen tenuitvoerlegging worden onderworpen, behalve bij rechterlijke uitspraak. In geen geval kunnen de inrichtingen van de Organisatie in beslag worden genomen, noch aan maatregelen van gedwongen tenuitvoerlegging worden onderworpen.

3. Niettegenstaande de bepalingen van dit artikel hebben de bevoegde autoriteiten van de staat waar de zetel zich bevindt en de autoriteiten van de andere landen waar de installaties en archieven van de Organisatie zullen zijn gevestigd toegang tot deze installaties en archieven teneinde gerechtelijke onderzoeken te kunnen uitvoeren en de tenuitvoerlegging van de rechterlijke uitspraken op hun onderscheidene grondgebieden te verzekeren.

#### ARTIKEL 27

1. De Organisatie werkt te allen tijde samen met de bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Partijen om een goede rechtsbedeling te vergemakkelijken, het nakomen van politieverordeningen te verzekeren en elk misbruik te voorkomen waartoe de in dit Verdrag genoemde voorrechten, immuniteiten, vrijstellingen of faciliteiten aanleiding zouden kunnen geven.

2. De Organisatie vergemakkelijkt zoveel mogelijk de totstandkoming van werken die van algemeen belang zijn en die op het grondgebied van de Verdragsluitende Partijen worden uitgevoerd op of in de nabijheid van de percelen die aan de Organisatie zijn toegewezen.

#### ARTIKEL 28

1. Voor de uitoefening van zijn taak is het Agentschap gerechtigd om de gebouwen en inrichtingen die het nodig heeft, op te richten en zelf de hem toevertrouwde luchtverkeersdiensten te doen functioneren.

2. Met het doel om zowel de investeringskosten als de beheerskosten te drukken, doet het Agentschap, teneinde dubbel werk te vermijden echter een beroep op de nationale technische diensten en gebruikt de bestaande nationale inrichtingen zo dikwijls als dat mogelijk is.

#### ARTIKEL 29

De internationale overeenkomsten en de nationale wettelijke regelingen die betrekking hebben op de toegang tot, het overvliegen en de veiligheid van, het grondgebied van de Verdragsluitende Partijen, zijn bindend voor het Agentschap dat alle maatregelen neemt die nodig zijn voor toepassing van die overeenkomsten.

#### ARTIKEL 30

Teneinde de Verdragsluitende Partijen in staat te stellen toezicht uit te oefenen op de toepassing van de nationale regelingen en internationale overeenkomsten is het Agentschap verplicht om aan de Verdragsluitende Partijen die daartoe de wens te kennen geven, alle op luchtvaartuigen betrekking hebbende inlichtingen te verstrekken waarvan het uit hoofde van de uitoefening van zijn taak op de hoogte is.

#### ARTIKEL 31

Het Agentschap kan, binnen het kader van de door de Commissie gegeven richtlijnen, met de betrokken openbare of particuliere technische diensten van de Verdragsluitende Partijen, van staten die geen partij zijn bij dit Verdrag of internationale organen, de betrekkingen onderhouden die noodzakelijk zijn voor de coördinatie van het luchtverkeer en voor het functioneren van zijn eigen diensten. Het kan daartoe, in naam van de Organisatie, en onder het voorbehoud dat het de Commissie ervan in kennis stelt, overeenkomsten aangaan, die een zuiver administratief, technisch of commercieel karakter dragen, voorzover die overeenkomsten nodig zijn voor het functioneren van het Agentschap.

#### ARTIKEL 32

De Verdragsluitende Partijen erkennen dat het noodzakelijk is dat de financiën van het Agentschap in evenwicht zijn en verbinden zich om, rekening houdende met de eigen inkomsten van het Agentschap, de nodige geldmiddelen ter beschikking te stellen binnen de grenzen en voorwaarden als vastgesteld in de hierbijgevoegde Statuten.

#### ARTIKEL 33

1. Ieder geschil dat tussen de Verdragsluitende Partijen of tussen de Verdragsluitende Partijen en de Organisatie, vertegenwoordigd door de Commissie, mocht ontstaan ten aanzien van de uitlegging of toepassing van dit Verdrag of van zijn bijlagen, en dat niet kan worden opgelost door rechtstreekse onderhandelingen of op enige andere wijze geregeld, zal op verzoek van een van de Partijen aan arbitrage worden onderworpen.

2. Te dien einde zal elk der partijen in elk voorkomend geval een arbiter aanwijzen en de arbiters zullen in onderlinge overeenstemming een derde arbiter benoemen. Indien een partij geen arbiter heeft aangewezen binnen

een termijn van twee maanden gerekend vanaf de datum van ontvangst van het verzoek van de andere partij, of indien de aangewezen arbiters binnen twee maanden geen overeenstemming kunnen bereiken over de benoeming van een derde arbiter, kan elke partij aan de president van het Internationale Gerechtshof vragen om tot deze benoemingen over te gaan.

3. Het scheidsgerecht bepaalt zijn eigen werkwijze.

4. Elke partij draagt zelf de kosten van haar arbiter en haar vertegenwoordiging tijdens de procedure voor het scheidsgerecht; de kosten die betrekking hebben op de derde arbiter en de andere kosten worden door de partijen ieder voor een gelijk deel gedragen. Het scheidsgerecht kan echter een ongelijke verdeling van de kosten vaststellen indien het dit passend acht.

5. De beslissingen van het scheidsgerecht zijn bindend voor de partijen bij het geschil.

#### ARTIKEL 34

1. De Statuten van het Agentschap en alle wijzigingen die erin mochten worden aangebracht onder de in dit Verdrag en in de hierbijgevoegde Statuten genoemde voorwaarden zijn rechtsgeldig en uitvoerbaar op het grondgebied van de Verdragsluitende Partijen.

2. Elke wijziging van de bepalingen van de Statuten is onderworpen aan de goedkeuring van de Commissie, die met algemene stemmen uitspraak doet.

3. De bepalingen van de artikelen 1, 22 tot en met 26 en 30 van de hierbijgevoegde Statuten kunnen echter niet worden gewijzigd.

#### ARTIKEL 35

De Regeringen van de betrokken Verdragsluitende Partijen plegen onderling overleg over de te nemen maatregelen in geval van een noodtoestand of oorlog, daarbij rekening houdende met de moeilijkheden die zich kunnen voordoen bij de toepassing van alle of van een gedeelte van de bepalingen van dit Verdrag.

#### ARTIKEL 36

De Verdragsluitende Partijen verbinden zich om het Agentschap te laten profiteren van de van kracht zijnde wettelijke bepalingen, die ten doel hebben de continuïteit van de openbare diensten te verzekeren.

#### ARTIKEL 37

1. Dit Verdrag is van toepassing

(a) (i) wat de Verdragsluitende Partijen betreft genoemd in Bijlage II, op hun grondgebieden zoals deze worden omschreven in genoemde Bijlage;

(ii) wat de overige Verdragsluitende Partijen betreft, op hun grondgebieden zoals deze door hen worden omschreven, in overeenstemming met de Commissie, die hierover met algemene stemmen uitspraak doet op het tijdstip van toetreding;

(b) op elk grondgebied, voor welks internationale betrekkingen een Verdragsluitende Partij verantwoordelijk is en waartoe het Verdrag krachtens lid 2 van dit artikel is uitgebreid.

2. (a) Het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland kan op de dag van ondertekening of bekrachtiging van dit Verdrag of op elk navolgend tijdstip, door middel van een aan de Regering van het Koninkrijk België gerichte schriftelijke kennisgeving, verklaren dat het Verdrag van kracht zal worden voor alle of een deel der Kanaaleilanden en het Eiland Man; het Verdrag zal zich dan uitstrekken tot de grondgebieden bedoeld in de kennisgeving, met ingang van de datum van ontvangst van deze kennisgeving of van elke andere in de kennisgeving genoemde datum.

(b) Met eenparige goedkeuring van de Commissie kan een Verdragsluitende Partij op elk tijdstip na de inwerkingtreding van dit Verdrag de toepassing van het Verdrag uitbreiden tot elk grondgebied voor welks internationale betrekkingen zij verantwoordelijk is, mits zij tevoren een financiële overeenkomst met de Organisatie sluit. Zij deelt deze uitbreiding aan de Regering van het Koninkrijk België mede; het Verdrag zal zich dan uitstrekken tot de in de kennisgeving bedoelde grondgebieden, met ingang van de datum van ontvangst van deze kennisgeving of van elke andere datum die met de Commissie kan worden overeengekomen.

3. De Regering van het Koninkrijk België zal alle Verdragsluitende Partijen van elke uitbreiding van het Verdrag uit hoofde van lid 2 van dit artikel verwittigen en daarbij voor elk geval de datum aangeven waarop het Verdrag aldus is uitgebreid.

#### ARTIKEL 38

Het Agentschap verzorgt de luchtverkeersleiding:

(a) in de hoger gelegen delen van het luchtruim boven de in het voorgaande artikel bedoelde grondgebieden, evenals in de daaraan grenzende hoger gelegen delen van het luchtruim waarvoor de luchtverkeersleiding bij internationale overeenkomst aan de Verdragsluitende Partijen is toegewezen behoudens de rechten toegekend aan de Commissie krachtens artikel 6 van dit Verdrag;

(b) in de lager gelegen delen van het luchtruim die ingevolge artikel 2 van dit Verdrag zijn aangewezen;

(c) in de delen van het luchtruim die overeenkomstig de bepalingen van artikel 13 van dit Verdrag onderwerp vormen van overeenkomsten met derde staten.

#### ARTIKEL 39

1. Dit Verdrag wordt gesloten voor een tijdvak van 20 jaar, te rekenen van zijn inwerkingtreding af.

2. Dit tijdvak wordt stilzwijgend verlengd met perioden van vijf jaar, tenzij een Verdragsluitende Partij door middel van een schriftelijke kennisgeving aan de Regering van het Koninkrijk België minstens twee jaar voor het einde van de lopende periode heeft medegedeeld dat zij het voornemen heeft het Verdrag op te zeggen.



3. Indien met inachtneming van het voorafgaande, de Organisatie wordt opgeheven, wordt zij geacht te bestaan ten dienste van haar liquidatie.

#### ARTIKEL 40

1. Dit Verdrag dient te worden bekrachtigd.

2. De akten van bekrachtiging zullen worden nedergelegd bij de Regering van het Koninkrijk België.

3. Het Verdrag treedt in werking op de eerste dag van de maand volgende op de datum van nederlegging van de akte van bekrachtiging van de ondertekenende staat die het laatst hiertoe is overgegaan.

4. Zodra evenwel vier ondertekenende staten, waarvan de grondgebieden een aaneensluitend geheel vormen uit het oogpunt van de organisatie van de luchtverkeersleiding, waaronder de staat moet zijn waarin de zetel gevestigd is, het Verdrag zullen hebben bekrachtigd, zal de Regering van het Koninkrijk België zich in verbinding stellen met de betrokken Regeringen, opdat zij waar nodig besluiten, daarbij rekening houdende met de eisen van veiligheid, het Verdrag onmiddellijk tussen hen in werking te doen treden. Met betrekking tot elke ondertekenende staat waarvan de akte van bekrachtiging eerst na de inwerkingtreding van het Verdrag wordt nedergelegd, zal het eerst in werking treden na ondertekening van een financiële overeenkomst tussen deze ondertekenende staat en de Organisatie.

5. De Regering van het Koninkrijk België zal de Regeringen van de andere ondertekenende staten in kennis stellen van elke nederlegging van een akte van bekrachtiging en van de datum van inwerkingtreding.

#### ARTIKEL 41

1. Toetreding tot dit Verdrag van elke niet ondertekenende staat is onderworpen aan de goedkeuring van de Commissie, die hierover met algemene stemmen uitspraak doet. In verband met deze toetreding dient vooraf een financiële overeenkomst te worden gesloten tussen de niet-ondertekenende staat en de Organisatie, overeenkomstig artikel 24 van de bijgevoegde Statuten.

2. Het besluit de toetreding te aanvaarden wordt aan de niet-ondertekenende staat medegedeeld door de voorzitter van de Commissie.

3. De akte van toetreding wordt nedergelegd bij de Regering van het Koninkrijk België, die de regeringen van de andere ondertekenende en toetredende staten hiervan in kennis zal stellen.

4. De toetreding wordt van kracht op de eerste dag van de maand volgende op de nederlegging van de akte van toetreding.

#### ARTIKEL 42

De Regering van het Koninkrijk België zal dit Verdrag bij de Internationale Burgerluchtvaartorganisatie doen registreren.

*cap.* ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten nach Vorlage ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten dieses Übereinkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Brüssel am 13. Dezember 1960, in deutscher, englischer, französischer und niederländischer Sprache, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt wird; diese übermittelt jedem Unterzeichnerstaat eine beglaubigte Abschrift. Bei Abweichungen zwischen den Texten ist der Wortlaut in französischer Sprache verbindlich.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned Plenipotentiaries, after presentation of their full powers, found to be in good and due form, have signed the present Convention and have affixed thereto their seals.

DONE at Brussels this 13th day of December, 1960, in the German, English, French and Dutch languages, in a single copy which shall remain deposited in the archives of the Government of the Kingdom of Belgium which shall transmit certified copies to all the signatory States. In the case of any inconsistency, the text in the French language shall prevail.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, après présentation de leurs pleins pouvoirs qui ont été reconnus en bonne et due forme, ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs sceaux.

FAIT à Bruxelles le 13 décembre 1960, en langue allemande, anglaise, française et néerlandaise, en un seul exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement du Royaume de Belgique qui en communiquera copie certifiée conforme à tous les Etats signataires. Le texte en langue française fera foi en case de divergence entre les textes.

TEN BLIJKE WAARVAN, de ondergetekende Gevolmachtigden, na overlegging van hun in goede en behoorlijke vorm bevonden volmachten, dit Verdrag hebben ondertekend en van hun zegel hebben voorzien.

GEDAAN te Brussel, op 13 december 1960, in de Duitse, Engelse, Franse en Nederlandse taal, in een enkel exemplaar, dat blijft berusten in het archief van de Regering van het Koninkrijk België, die een gewaarmerkt afschrift hiervan zal doen toekomen aan alle ondertekenende staten. In geval van afwijking tussen de teksten is de Franse tekst doorslaggevend.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

For the Federal Republic of Germany:

Pour la République Fédérale d'Allemagne:

Voor de Bondsrepubliek Duitsland:

K. OPPLER

H. C. SEEBOHM

Für das Königreich Belgien:

For the Kingdom of Belgium:

Pour la Royaume de Belgique:

Voor het Koninkrijk België:

P. WIGNY

P.-W. SEGERS

Für die Französische Republik:

For the French Republic:

Pour la République Française:

Voor de Franse Republiek:

R. BOUSQUET

R. BURON

Für das Vereinigte Königreich Grossbritannien und Nordirland:

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:

Voor het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland:

J. NICHOLLS

P. THORNEYCROFT

Für das Grossherzogtum Luxemburg:

For the Grand Duchy of Luxembourg:

Pour le Grand-Duché de Luxembourg:

Voor het Groothertogdom Luxemburg:

N. HOMMEL

P. GREGOIRE

Für das Königreich der Niederlande:

For the Kingdom of the Netherlands:

Pour le Royaume des Pays-Bas:

Voor het Koninkrijk der Nederlanden:

E. TEIXEIRA DE MATTOS

E. G. STIJKEL

## ANLAGE I

### SATZUNG DER AGENTUR

#### ARTIKEL 1

Für die durch Artikel 1 des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt vom 13. Dezember 1960, im folgenden als "Übereinkommen" bezeichnet, gegründete "AGENTUR FÜR LUFTVERKEHRS-SICHERUNGSDIENSTE" ist die vorliegende Satzung massgebend.

#### ARTIKEL 2

(1) Aufgabe der Agentur ist es, die Luftverkehrs-Sicherungsdienste in allen nach den Artikeln 6 Absatz 2 Buchstabe (d) und 38 des Übereinkommens bestimmten Räumen sicherzustellen, d.h.

- (a) Zusammenstöße zwischen Luftfahrzeugen zu verhüten,
- (b) den geordneten und schnellen Ablauf des Luftverkehrs zu sichern,
- (c) Rat und Auskunft für die sichere und zweckmässige Durchführung von Flügen zu erteilen,
- (d) die zuständigen Stellen zu benachrichtigen, wenn Luftfahrzeuge Such- und Rettungsdienste benötigen, und diesen Stellen die erforderliche Unterstützung zu gewähren.

(2) Die Agentur erstellt die zur Wahrnehmung der oben genannten Aufgaben erforderlichen Einrichtungen und gewährleistet ihr reibungsloses Funktionieren.

(3) Zu diesem Zweck arbeitet die Agentur eng mit den Militärbehörden zusammen, um die Bedürfnisse des Luftverkehrs sowie die besonderen Bedürfnisse der Militärluftfahrt in möglichst wirksamer und wirtschaftlicher Weise zu befriedigen.

(4) Sie kann insbesondere Forschungs- und Versuchsstätten für den Luftverkehr sowie Fortbildungs- und Fachschulen für das Personal der Luftverkehrs-Sicherungsdienste errichten.

#### ARTIKEL 3

Vorbehaltlich der Befugnisse der Ständigen Kommission zur Sicherung der Luftfahrt, die durch das Übereinkommen eingesetzt und im folgenden als "Kommission" bezeichnet ist, wird die Agentur von einem geschäftsführenden Ausschuss, im folgenden als "Ausschuss" bezeichnet, und von einem Direktor geleitet. Die Befugnisse des letzteren sind in Artikel 13 festgelegt.

#### ARTIKEL 4

Der Ausschuss besteht aus je zwei Vertretern jeder Partei des Übereinkommens, von denen nur einer stimmberechtigt ist. Dieser ist ein hoher Beamter, der in seinem Land auf dem Gebiet der Luftfahrt verantwortlich tätig ist. Jeder Vertreter hat einen Stellvertreter, der ihn im Falle der Verhinderung rechtswirksam vertritt.

## ARTIKEL 5

Der Ausschuss wählt für die Dauer von zwei Jahren aus seiner Mitte einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten. Wiederwahl ist zulässig. Der Ausschuss bestellt einen Sekretär, der nicht Ausschussmitglied zu sein braucht. Im Falle der Verhinderung des Präsidenten wird der Vorsitz im Ausschuss durch den Vizepräsidenten oder bei dessen Verhinderung durch das älteste der anwesenden Mitglieder wahrgenommen.

## ARTIKEL 6

(1) Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn alle stimmberechtigten Vertreter der Vertragsparteien bis auf einen anwesend sind.

(2) Ist der Ausschuss nicht beschlussfähig, so wird die Beratung auf eine spätere Sitzung verschoben, die neu einzuberufen ist und frühestens nach zehn Tagen stattfinden darf. Für die zweite Beratung ist der Ausschuss beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Vertreter anwesend ist.

## ARTIKEL 7

(1) Die Abstimmung erfolgt mit der Mehrheit der den Vertragsparteien zugeteilten Stimmen, wobei diese der gleichen Wägung unterworfen sind wie derjenigen, die für die Parteien innerhalb der Kommission nach Artikel 9 des Übereinkommens massgebend ist.

(2) Ein Abstimmungsergebnis wird jedoch nur erreicht, wenn die in Absatz 1 bezeichnete Mehrheit mindestens die Hälfte der Vertragsparteien darstellt.

(3) Bei Stimmengleichheit entscheidet der Präsident, ob während der gleichen Sitzung sofort oder nach kurzer Unterbrechung nochmals abgestimmt werden oder ob der zur Beratung gestellte Vorschlag auf die Tagesordnung einer neuen Sitzung gesetzt werden soll, deren Zeitpunkt er festlegt. Ergibt sich bei der neuen Sitzung ebenfalls Stimmengleichheit, so gibt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag.

## ARTIKEL 8

(1) Der Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

(2) Diese hat insbesondere Bestimmungen über die Unvereinbarkeit von Ämtern zu enthalten. Sie hat ferner vorzusehen, dass die Einberufung zu den Sitzungen brieflich oder in dringenden Fällen telegraphisch erfolgt; die Tagesordnung ist beizufügen.

(3) Die Geschäftsordnung bedarf der Genehmigung durch die Kommission.

## ARTIKEL 9

(1) Der Ausschuss beschliesst auf Vorschlag des Direktors über die technische Organisation der Agentur.

(2) Er legt jedoch der Kommission, für deren Beschluss Einstimmigkeit erforderlich ist, zur Genehmigung vor: ,

- (a) die Pläne über Anzahl und Ort der Bezirkskontrollstellen und Fluginformationszentralen und ihren Aktionsbereich;
- (b) die Massnahmen zur Errichtung von Forschungs- und Versuchsstätten sowie von Fortbildungs- und Fachschulen oder von anderen nach Artikel 2 Absatz 4 geschaffenen Organen.

#### ARTIKEL 10

Der Ausschuss legt der Kommission alljährlich einen Bericht über die Tätigkeit und die finanzielle Lage der Organisation vor.

#### ARTIKEL 11

Auf Ersuchen der Kommission stellt der Ausschuss mehrjährige Investitions- und Betriebsprogramme auf. Sie bedürfen der Genehmigung durch die Kommission.

#### ARTIKEL 12

Der Ausschuss arbeitet eine Ausschreibungsordnung aus, insbesondere Bedingungen für eine Heranziehung zum Wettbewerb, die der Genehmigung durch die Kommission bedarf.

#### ARTIKEL 13

(1) Der Direktor wird für die Dauer von fünf Jahren durch den Ausschuss nach Massgabe des Artikels 7 Absätze 1 und 2 ernannt, wobei die nach Absatz 1 des genannten Artikels zu errechnende Mehrheit 70% der abgegebenen Gesamtstimmen erreichen muss. Er kann unter den gleichen Bedingungen wiederernannt werden.

(2) Er vertritt die Agentur gerichtlich und aussergerichtlich.

(3) Er übt ferner im Namen der Organisation nach den allgemeinen Richtlinien des Ausschusses, ohne sich jedoch in einzelnen Fällen an diesen wenden zu müssen, folgende Befugnisse aus:

(a) Er ernennt die Bediensteten, deren jährliche Bruttobezüge unter einem vom Ausschuss bestimmten und von der Kommission gebilligten Betrag liegen, und entlässt sie nach den im Personalstatut vorgesehenen Bedingungen.

(b) Er nimmt Anleihen auf, deren Laufzeit ein Jahr nicht übersteigt und deren Gesamtsumme unter Berücksichtigung der bereits geleisteten Rückzahlungen nicht mehr als 200.000 Neue Franken<sup>(1)</sup> beträgt.

(c) Er schliesst Verträge ab, deren Wert 350.000 Neue Franken<sup>(1)</sup> nicht übersteigt. Handelt es sich jedoch um die entgeltliche Veräusserung von beweglichem Eigentum der Agentur, so ist dieser Betrag auf 50.000 Neue Franken<sup>(1)</sup> beschränkt.

(d) Er kauft und verkauft Grundstücke, deren Preis 200.000 Neue Franken<sup>(1)</sup> nicht übersteigt.

---

<sup>(1)</sup> Die in Frage stehenden Beträge beziehen sich auf den Neuen Französischen Franken, der gebildet wird durch 200 mg Gold zu 900/1000 Feingehalt. Sie können abgerundet in jede Landeswährung konvertiert werden.

Er unterrichtet den Ausschuss über alle aufgrund dieser Befugnisse getroffenen Massnahmen.

Der Ausschuss bestimmt, unter welchen Bedingungen der Direktor im Falle seiner Verhinderung vertreten wird.

#### ARTIKEL 14

(1) Der Ausschuss arbeitet ein für die inneren Zwecke der Agentur bestimmtes Personalstatut aus; dieses hat insbesondere Bestimmungen über die Staatsangehörigkeit des Personals, die Gehaltsstufen, die Unvereinbarkeit von Ämtern, das Amtsgeheimnis, die Stetigkeit des Dienstes und die Bevollmächtigung vorzusehen und jede Tätigkeit festzulegen, die ohne besondere Genehmigung des Direktors nicht gleichzeitig mit einer anderen wahrgenommen werden kann.

(2) Dieses Statut bedarf der einstimmigen Billigung durch die Kommission.

#### ARTIKEL 15

(1) Die Agentur kann Personal nur dann unmittelbar einstellen, wenn die Vertragsparteien nicht in der Lage sind, ihr qualifiziertes Personal zur Verfügung zu stellen.

(2) Das aus den innerstaatlichen Verwaltungen stammende Personal ist während der Gesamtdauer seiner Tätigkeit bei der Agentur deren Personalstatut unterworfen, unbeschadet der Vergünstigungen, welche die innerstaatlichen Vorschriften für die Laufbahn des Verwaltungspersonals vorsehen, dem es bei seiner Abordnung an eine innerstaatliche öffentliche Dienststelle angehört.

(3) Das aus einer innerstaatlichen Verwaltung stammende Personal kann dieser jederzeit wieder zur Verfügung gestellt werden, ohne dass es sich dabei um eine Dienststrafmassnahme handelt.

#### ARTIKEL 16

(1) Alle Einnahmen und Ausgaben der Agentur werden für jedes Haushaltsjahr veranschlagt und in den Verwaltungs- oder den Investitionshaushalt eingesetzt.

(2) Jeder Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. Die Einnahmen und Ausgaben der Agentur für Forschungs- und Versuchsstätten, Schulen und allgemein für jedes aufgrund des Artikels 2 gebildete Organ werden in einen eigenen Voranschlag aufgenommen.

(3) Die Bedingungen für die Veranschlagung, Durchführung und Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben, die im folgenden nicht festgesetzt sind, werden in einer gemäss Artikel 30 festgelegten Haushaltsordnung bestimmt.

#### ARTIKEL 17

(1) Das Haushaltsjahr läuft vom 1. Januar bis zum 31. Dezember.

(2) Der Ausschuss legt den Voranschlag für jedes Haushaltsjahr spätestens am 30. September eines jeden Jahres der Kommission zur Genehmigung vor.

## ARTIKEL 18

(1) Die im Verwaltungshaushalt enthaltenen Ausgaben umfassen insbesondere:

- (a) die Ausgaben für das Personal sowie für die Unterhaltung und den Betrieb der Anlagen der Agentur,
- (b) die Vergütungen für Dienste, die der Organisation geleistet worden sind, einschliesslich der Kosten für die entgeltliche Benutzung von Material oder Anlagen oder für etwaige Kaufmieten oder Abzahlungskäufe,
- (c) die Ausgaben für die Bedienung der Anleihen, zu deren Aufnahme die Organisation befugt ist,
- (d) die Ausgaben für die Tätigkeit der Kommission.

(2) Die Bedingungen für etwaige, unter Berücksichtigung der finanziellen Abschreibungen vorgenommene industrielle Abschreibungen werden gegebenenfalls bezüglich der Veranschlagung der Haushaltsausgaben sowie der geleisteten Dienste im Sinne des Artikels 30 in der in dem genannten Artikel vorgesehenen Haushaltsordnung festgesetzt.

## ARTIKEL 19

Die im Investitionshaushalt enthaltenen Ausgaben umfassen die Ausgaben für die Durchführung des Ausstattungsprogramms.

## ARTIKEL 20

(1) Die in den Verwaltungshaushalt eingesetzten Ausgaben werden für ein Haushaltsjahr bewilligt. Die entsprechenden Mittel werden nach Kapiteln gegliedert, in denen die Ausgaben nach Art oder Bestimmung zusammengefasst sind; soweit erforderlich, werden die Kapitel nach der Haushaltsordnung unterteilt.

(2) Nach Massgabe der aufgrund der Haushaltsordnung erlassenen Vorschriften dürfen die nicht für Personalausgaben vorgesehenen Mittel dieses Haushalts, die bis zum Ende eines Haushaltsjahres nicht verbraucht worden sind, lediglich auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden. Die Haushaltsordnung setzt insbesondere den Anteil und die Art der Ausgaben fest, die übertragen werden dürfen.

## ARTIKEL 21

(1) Die Zuweisungen für die Investitionsausgaben umfassen:

- (a) Verpflichtungsermächtigungen zur Deckung einer Tranche, die eine gesonderte Einheit darstellt und ein zusammenhängendes Ganzes bildet;
- (b) Zahlungsermächtigungen, welche die Höchstgrenze der Ausgaben darstellen, die jährlich zur Deckung der gemäss Buchstabe (a) eingegangenen Verbindlichkeiten geleistet werden können.

(2) Der Fälligkeitsplan für die Verbindlichkeiten und Zahlungen wird dem Vorschlag des Ausschusses für den entsprechenden Haushaltsplanentwurf als Anlage beigefügt.



(3) Die für Investitionsausgaben bereitgestellten Mittel werden nach Kapiteln gegliedert, in denen die Beiträge nach Art oder Bestimmung zusammengefasst sind; soweit erforderlich, werden die Kapitel nach der Haushaltsordnung unterteilt.

(4) Die verfügbaren Zahlungsermächtigungen werden unter den in der Haushaltsordnung festgesetzten Bedingungen auf das nächste Haushaltsjahr übertragen.

#### ARTIKEL 22

Die Einnahmen des Verwaltungshaushalts umfassen :

- (a) die nach Artikel 23 festgesetzten Beiträge der Vertragsparteien;
- (b) die Einnahmen aus Zahlungen der Vertragsparteien, die in Anwendung des Artikels 2 des Übereinkommens die Luftverkehrs-Sicherungsdienste für ihren unteren Luftraum oder einen Teil desselben der Organisation übertragen haben;
- (c) die Einnahmen aus Zahlungen von Staaten, die nicht Parteien des Übereinkommens sind und dessen Dienste nach seinem Artikel 13 in Anspruch nehmen;
- (d) die Vergütungen für Dienste, welche die Organisation den Staaten zugunsten ihrer Luftverkehrs-Sicherungsdienste im unteren Luftraum geleistet hat;
- (e) die Einnahmen aus den Vergütungen für Dienstleistungen der Forschungs- und Versuchsstätten, Schulen und anderen nach Artikel 2 errichteten Organe;
- (f) verschiedene Einnahmen;
- (g) etwaige von den Benutzern zu zahlende Gebühren, die nach Artikel 20 des Übereinkommens festgesetzt werden.

#### ARTIKEL 23

(1) Für die Berechnung der jährlichen Beiträge der Vertragsparteien zum Verwaltungshaushalt werden die durch die Kontrolle des oberen Luftraums entstehenden globalen Kosten der Dienste der Organisation der Differenz zwischen den Haushaltsausgaben eines Haushaltsjahres und den in Artikel 22 Buchstaben (b) bis (f) vorgesehenen Einnahmen für dasselbe Jahr gleichgesetzt.

Diese globalen Kosten werden in zwei Teile aufgeteilt entsprechend den Diensten, die den nachstehenden Benutzergruppen geleistet worden sind :

- (a) Zivilluftfahrzeugen von Nichtvertragsstaaten sowie Militär-, Zoll- und und Polizeiluftfahrzeugen;
- (b) Zivilluftfahrzeugen der Vertragsparteien.

(2) Die Kommission nimmt diese Aufteilung für jedes Haushaltsjahr unter Zugrundelegung der Dienste vor, die den obengenannten Benutzergruppen im oberen Luftraum geleistet worden sind (während des vorletzten und vorvorletzten Jahres).

Der jährliche Beitrag aller Vertragsparteien zum ersten Teil der Kosten bestimmt sich nach Abzug des Pauschalbetrags der Gebühren, welche die entsprechende Benutzergruppe gegebenenfalls an die Organisation gezahlt hat.

(3) Der Anteil jeder Vertragspartei wird im Verhältnis zu ihrem Brutto-Sozialprodukt (BSP) berechnet, wie es in Artikel 9 des Übereinkommens bestimmt ist.

(4) Für die Umlage des zweiten Teils auf die Vertragsparteien wird der Wert der Dienste zugrundegelegt, welche die Organisation den in den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien eingetragenen Zivilluftfahrzeugen geleistet hat. Die Art der Berechnung wird von der Kommission festgelegt und alle fünf Jahre überprüft.

(5) Der Jahresbeitrag jeder Vertragspartei wird bestimmt, indem von dem nach der obengenannten Berechnungsart für sie festgesetzten Betrag die Gebühren abgezogen werden, die gegebenenfalls von den Haltern der in ihrem Hoheitsgebiet eingetragenen Zivilluftfahrzeuge zu tragen sind.

#### ARTIKEL 24

Die Einnahmen des Investitionshaushalts umfassen:

- (a) die von der Organisation aufgenommenen Anleihen;
- (b) andere etwaige Einnahmequellen, insbesondere solche, die sich beim Beitritt eines neuen Staates oder bei der Ratifikation durch einen Unterzeichnerstaat nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens in Anwendung seiner Artikel 40 und 41 ergeben;
- (c) die für diesen Haushalt bestimmten finanziellen Beiträge der Vertragsparteien.

#### ARTIKEL 25

(1) Die Haushaltsordnung legt das Verfahren fest, nach dem die Organisation Anleihen aufnehmen und zurückzahlen kann.

(2) Im Haushalt eines jeden Jahres wird der Höchstbetrag festgesetzt, bis zu dessen Höhe die Organisation während des betreffenden Jahres Anleihen aufnehmen kann.

(3) Die Organisation kann die zur Durchführung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten aufnehmen.

(4) Die Organisation kann auf dem Geld- und Kapitalmarkt einer Vertragspartei Anleihen entweder nach den dort für Inlandanleihen geltenden Rechtsvorschriften oder, in Ermangelung solcher Vorschriften, aufgrund einer entsprechenden Fühlungnahme und Vereinbarung mit der betreffenden Vertragspartei aufnehmen.

(5) Auf den in diesem Artikel genannten Gebieten handelt die Organisation im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden oder der Notenbank der Vertragsparteien.

#### ARTIKEL 26

(1) Die Beiträge der Vertragsparteien zum Investitionshaushalt werden nach Artikel 32 des Übereinkommens so festgesetzt, dass sie die Differenz zwischen den Haushaltsausgaben und den in Artikel 24 Buchstaben (a) und (b) bezeichneten Einnahmen decken.

(2) Die Beiträge werden auf die Vertragsparteien im Verhältnis zu ihrem Brutto-Sozialprodukt (BSP) umgelegt, das nach Massgabe des Artikels 9 des Übereinkommens bestimmt worden ist.

#### ARTIKEL 27

Der Verwaltungs- und der Investitionshaushalt können, wenn die Umstände es erfordern, im Laufe des Haushaltsjahres nach dem gleichen Verfahren überprüft werden, das für ihre Aufstellung und Bewilligung vorgesehen ist.

#### ARTIKEL 28

(1) Die Ausgaben für den Verwaltungs- und den Investitionshaushalt werden im Haushaltsplan für dasjenige Jahr berücksichtigt, in dem die Auszahlungen vom Rechnungsführer der Agentur angewiesen sind.

(2) Die Einnahmen werden im Haushaltsplan des Jahres berücksichtigt, in dem sie von der Agentur eingenommen worden sind.

(3) Die Rechnung für jedes Haushaltsjahr wird vom Ausschuss spätestens sechs Monate nach dem Ende des Haushaltsjahres abgeschlossen und der Kommission zur Genehmigung vorgelegt, die endgültig darüber beschliesst.

#### ARTIKEL 29

(1) Die Rechnung über alle Einnahmen und Ausgaben eines jeden Haushalts wird durch einen Kontrollausschuss geprüft; dieser besteht aus zwei Fachbeamten, die den Verwaltungen der Vertragsparteien angehören. Sie dürfen nicht die gleiche Staatsangehörigkeit besitzen und werden von der Kommission, die nach Massgabe des Artikels 13 Absatz 1 beschliesst, auf fünf Jahre bestellt. Die Ausgaben für den Kontrollausschuss gehen zu Lasten der Organisation.

(2) Durch die Prüfung, die an Hand der Rechnungsunterlagen und erforderlichenfalls an Ort und Stelle durchgeführt wird, stellt der Kontrollausschuss die Rechtmässigkeit und Ordnungsmässigkeit der Einnahmen und Ausgaben fest und überzeugt sich von der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung. Nach Abschluss eines jeden Haushaltsjahres erstattet der Kontrollausschuss einen Bericht.

(3) Die Kommission erteilt dem Direktor und dem Ausschuss Entlastung in bezug auf jeden Haushaltsplan.

#### ARTIKEL 30

(1) Die Kommission legt auf Vorschlag der Agentur einstimmig eine Haushaltsordnung für diese fest.

(2) Ausser den in den Artikeln 16, 18, 20, 21, 25 und 31 erwähnten Fragen werden durch die Haushaltsordnung insbesondere festgelegt:

(a) die Einzelheiten der Aufstellung und Ausführung der Haushaltspläne sowie der Rechnungslegung und Rechnungsprüfung;

(b) das Verfahren, nach dem die Vorschüsse und Beiträge der Organisation zur Verfügung zu stellen sind;

- (c) die Bedingungen, unter denen Mittel von Kapitel zu Kapitel oder von Untergliederung zu Untergliederung übertragen werden können. Jedoch können Personalausgaben nicht durch Übertragung von Mitteln gedeckt werden, die für andere Ausgaben bereitgestellt worden sind;
- (d) die Bedingungen, unter denen der Organisation Mittel zur Verfügung gestellt werden können, wenn zu Beginn eines Haushaltsjahres der Verwaltungs- und der Investitionshaushalt nicht verabschiedet sind, sowie die Mittel, die der Organisation von den Vertragsparteien unter Anrechnung auf ihre Beiträge zur Verfügung zu stellen sind.

(3) Die Haushaltsordnung bestimmt die Vorschriften, welche die anweisungsbefugten Personen und die Rechnungsführer zu beachten haben, sowie das Ausmass ihrer Verantwortung und die Kontrollen, denen sie unterworfen sind.

(4) Sie bestimmt die Bedingungen, nach denen die Agentur eine analytische Buchführung anwenden muss, die den Wert der geleisteten Dienste wiedergibt, und nach denen sie eine Haushaltskontrolle einrichten muss, die während des ganzen Haushaltsjahres eine Übersicht über die Verwendung der Kredite ermöglicht.

#### ARTIKEL 31

(1) Die Pläne für den Verwaltungs- und den Investitionshaushalt werden in der Währung des Landes aufgestellt, in dem die Organisation ihren Sitz hat.

(2) Die in den Artikeln 22 Buchstabe (a) und 24 Buchstabe (c) vorgesehenen Finanzbeiträge sind in dieser Währung zahlbar. Die Haushaltsordnung bestimmt jedoch, unter welchen Bedingungen die Vertragsparteien einen Teil ihres Beitrags in einer Währung zahlen können, welche die Organisation zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt.

(3) Die Haushaltsordnung bestimmt, welche Bezugsgrundlagen bei der Errechnung der Umrechnungskurse anzuwenden sind und welche Anpassungen infolge von Währungsschwankungen für erforderlich gehalten werden.

#### ARTIKEL 32

Vorübergehend werden die Beiträge der Vertragsparteien zum Verwaltungshaushalt für die ersten drei Haushaltsjahre in Abweichung von Artikel 23 so umgelegt, dass für die gesamte in Artikel 23 Absatz 1 bezeichnete Differenz das in Artikel 9 des Übereinkommens bestimmte Brutto-Sozialprodukt massgebend ist.

#### ARTIKEL 33

Ausnahmsweise wird spätestens zwei Monate nach Inkrafttreten des Übereinkommens für das erste Haushaltsjahr ein Eröffnungshaushalt für die Zeit vom Tage des Inkrafttretens bis zum Ende des Kalenderjahres festgesetzt. Die Vertragsparteien werden aufgefordert, angemessene Vorschüsse zu den Betriebsmitteln zu zahlen.

#### ARTIKEL 34

(1) Die Dienste der Agentur können auf Veranlassung der Kommission, die von sich aus oder aufgrund eines Ersuchens des Ausschusses oder des Direktors

tätig wird, Gegenstand verwaltungsmässiger und technischer Überprüfungen sein.

(2) Diese Überprüfungen werden von Bediensteten durchgeführt, die den Verwaltungen der Vertragsparteien angehören. Jeder Prüfungsausschuss setzt sich aus mindestens zwei Delegierten verschiedener Staatsangehörigkeit zusammen. Jedem Prüfungsausschuss hat nach Möglichkeit ein Delegierter anzugehören, der an einer vorhergehenden Prüfung teilgenommen hat.

#### ARTIKEL 35

(1) Die Agentur verwendet zur Durchführung der von ihr betriebenen Luftverkehrskontrolle die englische Sprache, vorbehaltlich der späteren Annahme einer internationalen Luftfahrtsprache durch die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation. Jedoch werden Vorkehrungen mit dem Ziel getroffen werden, den Flugzeugführern beim Überfliegen ihres Staatsgebietes den Gebrauch ihrer eigenen Sprache zu ermöglichen. Die Agentur trifft auf Ersuchen der beteiligten Vertragsparteien die geeigneten Massnahmen.

(2) Der Ausschuss bestimmt die Verwaltungssprachen der Agentur.

#### ARTIKEL 36

Die Agentur veröffentlicht die für ihren Betrieb notwendigen Bekanntmachungen.

#### ARTIKEL 37

Der Ausschuss legt der Kommission nach Massgabe des Artikels 34 des Übereinkommens alle ihm notwendig erscheinenden Änderungen dieser Satzung zur Genehmigung vor.

#### ARTIKEL 38

Diese Satzung tritt zur gleichen Zeit und unter den gleichen Bedingungen wie das Übereinkommen in Kraft.

## ANNEX I

### STATUTE OF THE AGENCY

#### ARTICLE 1

THE "AIR TRAFFIC SERVICES AGENCY", established by Article 1 of the International Convention relating to Co-operation for the Safety of Air Navigation dated the 13th day of December, 1960, hereinafter called "the Convention", shall be governed by the present Statute.

#### ARTICLE 2

1. The purpose of the Agency shall be to provide, within the whole of the air space defined in accordance with paragraph 2 (d) of Article 6 of the Convention and with Article 38 of the Convention, air traffic services, that is to say:

- (a) to prevent collisions between aircraft;
- (b) to ensure the orderly and rapid flow of air traffic;
- (c) to provide advice and information useful for the safe and efficient conduct of flights;
- (d) to notify appropriate organisations regarding aircraft in need of search and rescue aid, and assist such organisations as required.

2. The Agency shall install the necessary facilities for the performance of the tasks enumerated above and shall ensure their satisfactory operation.

3. To that end, the Agency shall work in close collaboration with the military authorities in order to meet as efficaciously and economically as possible the requirements of air traffic and the special requirements of military aviation.

4. The Agency may *inter alia* establish air traffic research and experimental centres and schools for the advanced and specialised training of personnel of air navigation services.

#### ARTICLE 3

Subject to the powers conferred upon the permanent Commission for the Safety of Air Navigation, established by the Convention and hereinafter called "the Commission", the Agency shall be administered by a Committee of Management, hereinafter called "the Committee", and by a Director. The powers of the Director are defined in Article 13 hereunder.

#### ARTICLE 4

The Committee shall be composed of representatives of each of the Contracting Parties, two representatives for each Party. Only one of the two representatives shall have the power to vote and that representative shall be a highly placed official exercising in his country responsibilities in matters of air navigation. Each representative shall have an alternate who shall validly represent him if he is unable to be present.

#### ARTICLE 5

The Committee shall elect a President and a Vice-President from amongst its members for a term of office of two years. These officers shall be eligible for re-election. The Committee shall appoint a Secretary who need not be one of its members. If the President is unable to be present, the meeting of the Committee shall be presided over by the Vice-President, or, in his absence, by the oldest member present.

#### ARTICLE 6

1. All but one of those representatives of the Contracting Parties who are entitled to vote shall be required to form a quorum for the meetings of the Committee.

2. If there are not sufficient numbers to form the above quorum, the deliberations shall be deferred until a meeting to be held at a later date and not earlier than ten days after the preceding meeting; the Committee shall be re-convened for the second meeting and at least half the representatives entitled to vote shall be required to form a quorum.

#### ARTICLE 7

1. The decisions of the Committee shall be carried by a majority of the votes allotted to the Contracting Parties, it being understood that those votes shall be subject to the same weighting as the votes to which the Contracting Parties are entitled on the Commission in application of Article 9 of the Convention.

2. A proposal shall not be carried, however, unless the majority referred to in the preceding paragraph represents at least half the Contracting Parties.

3. Should an equal number of votes be cast for and against the proposal, the President shall decide either to take a second vote during the same meeting, with or without a short suspension, or to include the proposal under deliberation in the agenda of a fresh meeting of which he shall fix the date. Should an equal number of votes again be cast during the new meeting, the President shall have a casting vote.

#### ARTICLE 8

1. The Committee shall establish its rules of procedure.

2. Those rules shall include *inter alia* provisions relating to disqualifications. Furthermore, they shall prescribe that notices convening meetings be sent by letter or, in case of urgency, by telegram and include the agenda.

3. The rules shall be subject to the approval of the Commission.

#### ARTICLE 9

1. The Committee shall give decisions on the technical organisation of the Agency in respect of which proposals shall be submitted to it by the Director.

2. It shall, however, submit for the approval of the Commission, for which approval the unanimous vote of the members of the Commission shall be required:

- (a) plans relating to the number and location of control or flight information centres and to their spheres of action;
- (b) measures to establish research and experimental centres and advanced and specialised training schools or other institutions established in application of paragraph 4 of Article 2 of the present Statute.

#### ARTICLE 10

Every year the Committee shall furnish the Commission with a report of the activities and financial position of the Organisation.

#### ARTICLE 11

At the request of the Commission the Committee shall prepare investment and operating programmes extending over several years. The programmes shall be subject to the approval of the Commission.

#### ARTICLE 12

The Committee shall draw up regulations relating to entry into contracts, including the conditions governing invitations for competitive tenders, which regulations shall be subject to the approval of the Commission.

#### ARTICLE 13

1. The Director shall be appointed for a term of office of five years by the Committee by a vote taken under the conditions prescribed in paragraphs 1 and 2 of Article 7 of the present Statute, provided that the majority calculated in accordance with the first paragraph of the aforesaid Article is not less than 70% of the weighted votes cast. His term of office may be renewed under the same conditions.

2. The Director shall represent the Organisation in legal proceedings and for all civil purposes.

3. Furthermore, on behalf of the Organisation and in accordance with the general directives of the Committee, but without being required to refer individual cases to the Committee:

- (a) He may appoint those officials whose gross annual salary is less than a sum determined by the Committee and approved by the Commission, and may terminate their services under the conditions prescribed in the staff regulations;
- (b) He may borrow for a term not exceeding one year, provided that the cumulative amount of such borrowing, allowing for repayments already effected, does not exceed 200,000 new francs<sup>(1)</sup>;

---

<sup>(1)</sup> The sums indicated are applicable to the new French franc containing 200 milligrams gold millesimal fineness 900. They shall be converted into each national currency in round figures.



(c) He may enter into contracts for sums not in excess of 350,000 new francs<sup>(1)</sup>. Nevertheless, in the case of the transfer for valuable consideration of movable property belonging to the Agency, that sum shall be limited to 50,000 new francs<sup>(1)</sup>;

(d) He may purchase or transfer immovable property when the price thereof does not exceed 200,000 new francs<sup>(1)</sup>.

He shall keep the Committee informed of all the measures taken in the exercise of the aforesaid powers.

The Committee shall determine the conditions under which a substitute for the Director may be appointed should he be unable to perform his duties.

#### ARTICLE 14

1. The Committee shall draw up the Agency's staff regulations; they shall include *inter alia* provisions relating to the nationality of personnel, salary scales, disqualifications for office, professional secrecy, continuity of the service and authority to report infringements, and they shall define those posts which may not be held in plurality with any other without the special authorisation of the Director.

2. The aforesaid regulations shall be submitted to the Commission for its approval by unanimous vote.

#### ARTICLE 15

1. The Agency shall be empowered to recruit personnel directly only if the Contracting Parties are unable to make qualified personnel available to it.

2. A member of the personnel who is provided by a national Administration shall be subject, throughout the period of his employment by the Agency, to the Agency's staff regulations, without prejudice to the retention of those career benefits which are guaranteed by national regulations to members of the administrative group to which he belongs if they are made available to a national public body.

3. Staff provided by a national Administration may always be returned to that Administration without the return being regarded as a disciplinary measure.

#### ARTICLE 16

1. Estimates of all the receipts and expenditure of the Agency shall be prepared for each budgetary financial year and shall be allocated either to the operating budget or to the investment budget.

2. Each budget shall be balanced as between receipts and expenditure. The receipts and expenditure of the Agency which relate to research and experimental centres, schools and more generally to any institutions set up under Article 2 of the present Statute shall be set forth in detail in a special statement.

---

(<sup>1</sup>) The sums indicated are applicable to the new French franc containing 200 milligrams gold millesimal fineness 900. They shall be converted into each national currency in round figures.

3. The conditions, other than those stipulated hereinafter, under which receipts and expenditure shall be estimated, put into effect and controlled shall be determined by financial regulations adopted under Article 30 of the present Statute.

#### ARTICLE 17

1. The budgetary financial year shall begin on 1 January and end on 31 December.

2. The estimates for each budgetary financial year shall be submitted by the Committee for the approval of the Commission by 30 September every year at the latest.

#### ARTICLE 18

1. The expenditure shown in the operating budget shall comprise *inter alia* :

- (a) the expenditure relating to personnel, maintenance and operation of the installations of the Organisation;
- (b) remuneration for services rendered to the Organisation, including expenditure in respect of the use of equipment or installations for a consideration or, should the case arise, to hire-purchase or payments by instalments;
- (c) the expenditure corresponding to the service of any loans which the Organisation is authorised to contract;
- (d) the expenditure relating to the functioning of the Commission.

2. The conditions governing any industrial amortization, taking into account financial amortization, shall be defined, if necessary, for the purpose of determining the value of budgetary expenditure and the value of services rendered within the meaning of paragraph 4 of Article 30 of the present Statute, by the financial regulations referred to in the said Article.

#### ARTICLE 19

The expenditure allocated to the investment budget shall comprise the expenditure relating to the execution of the equipment programme.

#### ARTICLE 20

1. The expenditure allocated to the operating budget shall be authorised for the term of one financial year. The corresponding credits shall be classified into chapters according to the nature or purpose of the expenditure, and sub-divided, in so far as is required, in accordance with the financial regulations.

2. Any credits under this budget, other than those relating to expenditure in respect of personnel, which have not been used by the end of the financial year may be carried forward to the next financial year, but for no longer period, subject to the conditions and limits fixed by the financial regulations. Those regulations shall in particular specify the percentage and nature of the expenditure which may be so brought forward.

## ARTICLE 21

1. The provision for investment expenditure shall comprise:
  - (a) credits for commitments to expenditure, which shall cover an instalment constituting a particular unit and forming a coherent whole;
  - (b) credits for payment, which shall constitute the upper limit of the expenditure in respect of which payments may be made every year to cover the commitments entered into under paragraph (a) above.
2. The diary of commitments and payments shall be annexed to the corresponding draft budget proposed by the Committee.
3. The credits opened under the investment expenditure shall be classified into chapters according to the nature or purpose of the expenditure, and sub-divided, in so far as is required, in accordance with the financial regulations.
4. Any credits for payment which are available at the end of the financial year shall be carried forward to the next financial year under the conditions fixed by the financial regulations.

## ARTICLE 22

The receipts of the operating budget shall comprise:—

- (a) the contributions of the Contracting Parties determined in accordance with Article 23 of the present Statute;
- (b) the receipts collected from the Contracting Parties which, under Article 2 of the Convention, have entrusted to the Organisation the air traffic services for the whole or part of their lower air space;
- (c) the receipts collected from States which are not parties to the Convention and which use its services in accordance with Article 13 of the Convention;
- (d) remuneration for services rendered by the Organisation to the States for the benefit of their air traffic services in the lower air space;
- (e) any receipts in respect of remuneration for services rendered by the research and experimental centres, schools or other institutions set up under Article 2 of the present Statute;
- (f) miscellaneous receipts;
- (g) any charges payable by users, established under Article 20 of the Convention.

## ARTICLE 23

1. For the purpose of calculating the annual contributions of the Contracting Parties to the operating budget, the total cost of the services of the Organisation in respect of upper air space control shall be deemed to be equal to the difference between the budgetary expenditure of one financial year and the receipts, relating to the same financial year, referred to in paragraphs (b) to (f) inclusive of Article 22 of the present Statute.

That total cost shall be divided into two fractions proportional to the services rendered to the following categories of users:

- (a) civil aircraft of non-contracting States, and military, customs and police aircraft;
- (b) civil aircraft of the Contracting Parties.

2. The Commission shall determine the above division for each financial year, on the basis of the extent of the services rendered in the upper air space to the categories of users defined above (by reference to the penultimate and antepenultimate years).

The annual contribution of all the Contracting Parties in respect of the first fraction shall be determined by deducting from that fraction the total amount of any charges paid to the Organisation by the corresponding category of users.

3. The share of each of the Contracting Parties shall be calculated proportionately to the value of the Gross National Products (G.N.P.), as defined in Article 9 of the Convention, of the Contracting Parties.

4. The formula for sharing the second fraction among the Contracting Parties shall be based on the value of the services rendered by the Organisation to civil aircraft registered in the territory of each of the Contracting Parties. The said formula shall be fixed by the Commission and revised every five years.

5. The annual contribution of each Contracting Party shall be determined by deducting from its share, calculated by means of the above formula, the amount of any charges payable by operators in respect of the civil aircraft registered in its territory.

#### ARTICLE 24

The receipts of the investment budget shall comprise:

- (a) loans contracted by the Organisation;
- (b) any other resources, in particular those resulting from the application of Articles 40 and 41 of the Convention, in the case of the adherence of a new State or of ratification by a signatory State after the entry into force of the Convention;
- (c) financial contributions of the Contracting Parties allocated to the aforesaid budget.

#### ARTICLE 25

1. The financial regulations shall lay down the procedures in accordance with which the Organisation may borrow and repay loans.

2. Each annual budget shall specify the maximum amount which the Organisation may borrow during the year covered by that budget.

3. The Organisation may borrow on the international financial markets in order to obtain the necessary resources for the accomplishment of its tasks.

4. The Organisation may borrow on the financial markets of a Contracting Party in accordance with the statutory provisions relating to internal loans, or, in the absence of such provisions, when the Contracting Party and the Organisation have consulted together and agreed on the loan envisaged by the Organisation.

5. In matters falling within the scope of the present Article, the Organisation shall act in agreement with the competent authorities of the Contracting Parties or with their banks of issue.

#### ARTICLE 26

1. The contributions of the Contracting Parties to the investment budget shall be determined in accordance with Article 32 of the Convention in such manner as to cover the difference between the budgetary expenditure and the receipts referred to in paragraphs (a) and (b) of Article 24 of the present Statute.

2. The sharing of those contributions among the Contracting Parties shall be proportional to the respective values of their Gross National Products (G.N.P.) calculated in accordance with Article 9 of the Convention.

#### ARTICLE 27

The operating and investment budgets may be revised during the financial year, if circumstances so require, in accordance with the conditions prescribed for their preparation and approval.

#### ARTICLE 28

1. Expenditure under the operating and investment budgets shall be taken into account in the budget for the year during which the documents in proof of payment are passed by the accountant of the Agency.

2. Receipts shall be taken into account in the budget for the year during which they are encashed by the Agency.

3. The accounts for each financial year shall be made up by the Committee not later than six months after the end of the financial year and shall be submitted for the approval of the Commission which shall have the final decision regarding them.

#### ARTICLE 29

1. The accounts for all the receipts and expenditure of each budget shall be examined by a control board consisting of two expert officials belonging to the Administrations of the Contracting Parties. Those officials, who shall have different nationalities, shall be appointed for a period of five years by a vote of the Commission subject to the conditions laid down in paragraph 1 of Article 13 of the present Statute. The expenditure relating to the control board shall be borne by the Organisation.

2. The audit, which shall be made from the vouchers and if necessary in the place where the documents are, shall be designed to establish the authenticity and regularity of the receipts and expenditure and to verify that the

financial administration is satisfactory. The control board shall draw up a report after the end of each financial year.

3. The Commission shall give the Director and the Committee discharge of their administration in respect of each of the budgets.

#### ARTICLE 30

1. The financial regulations of the Agency shall be fixed by the Commission, for which purpose proposals submitted by the Agency shall be carried by the unanimous vote of the members of the Commission.

2. In addition to the matters specified in Articles 16, 18, 20, 21, 25 and 31 of the present Statute, the financial regulations shall determine *inter alia* :

- (a) The conditions of establishing and giving effect to the budgets and the conditions of rendering and auditing accounts;
- (b) The procedures in accordance with which advances of funds and contributions shall be made available to the Organisation;
- (c) The conditions under which credits may be transferred either from chapter to chapter or from sub-division to sub-division. No expenditure relating to personnel, however, may be covered by the transfer of credits assigned to other expenditure;
- (d) The conditions under which credits may be opened for the Organisation if the operating and investment budgets have not been voted at the beginning of the financial year, and also the funds to be made available to the Organisation by the Contracting Parties, on account of the contributions.

3. The financial regulations shall determine the rules to be followed by officers empowered to order disbursements and by accounting officers, the extent of the responsibility of such officers and the controls to which such officers are subject.

4. The financial regulations shall determine the conditions under which the Agency shall keep analytical accounts showing the value of the services rendered, and shall establish a budgetary control by means of which the use of the credits during the financial year can be shown regularly.

#### ARTICLE 31

1. The operating and investment budgets shall be drawn up in the currency of the country in which the Organisation has its seat.

2. The financial contributions provided for in paragraph (a) of Article 22 and paragraph (c) of Article 24 of the present Statute shall be payable in that currency. The financial regulations shall, however, determine the conditions under which the Contracting Parties may pay part of their contributions in any currency which is required by the Organisation for the accomplishment of its tasks.

3. The financial regulations shall specify the bases to be used in determining the rates of conversion and any measures of adjustment deemed to be necessary as a result of currency fluctuations.

#### ARTICLE 32

As a transitional measure, and by way of exception to Article 23 of the present Statute, the contributions of the Contracting Parties to the operating budget for the first three financial years shall be apportioned by applying the criterion of the Gross National Product, as defined in Article 9 of the Convention, to the whole of the difference defined in paragraph 1 of Article 23 of the aforesaid Statute.

#### ARTICLE 33

By way of exception, an initial budget, covering the period from the date of entry into force of the Convention until the end of the calendar year, shall be established, for the first financial year, at latest two months after the entry into force of the Convention. The Contracting Parties shall be invited to make appropriate advances for working funds.

#### ARTICLE 34

1. Administrative or technical inspections of the Services of the Agency may be carried out, if so required by the Commission, acting either on its own initiative or at the request of the Committee or Director.

2. Such inspections shall be made by officers of the Administrations of the Contracting Parties. Each inspection committee shall consist of at least two representatives of different nationalities and shall include as far as possible a representative who has taken part in a previous inspection.

#### ARTICLE 35

1. The language used for the air traffic control operations ensured by the Agency shall be the English language, subject to the subsequent adoption of an international aeronautical language by the International Civil Aviation Organisation. Nevertheless, provision shall be made for pilots to use their own language during flight over their national territories. The appropriate measures shall be taken by the Agency at the request of the Contracting Parties concerned.

2. The Committee shall determine the administrative languages of the Agency.

#### ARTICLE 36

The Agency shall publish such material as is necessary for its operation.

#### ARTICLE 37

The Committee shall submit for the approval of the Commission any modifications of the Statute which are considered to be necessary by the Committee, subject to the conditions prescribed in Article 34 of the Convention.

#### ARTICLE 38

The present Statute shall enter into force at the same time and under the same conditions as the Convention.

## ANNEXE I

### STATUTS DE L'AGENCE

#### ARTICLE 1

L' " AGENCE DES SERVICES DE LA CIRCULATION AÉRIENNE ", instituée par l'article 1 de la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne en date du 13 décembre 1960, ci-après dénommée la " Convention ", est régie par les présents Statuts.

#### ARTICLE 2

1. L'Agence a pour objet d'assurer, dans tous les espaces définis conformément au paragraphe 2 (d) de l'article 6 de la Convention et à l'article 38 de la Convention, les services de la circulation aérienne, c'est-à-dire :

- (a) d'empêcher les abordages entre aéronefs;
- (b) d'assurer l'écoulement ordonné et rapide de la circulation aérienne;
- (c) de fournir les avis et les renseignements utiles à l'exécution sûre et efficace des vols;
- (d) d'alerter les organes appropriés lorsque les aéronefs ont besoin de l'aide des services de recherche et de sauvetage, et de prêter à ces organes le concours nécessaire.

2. L'Agence met en place les moyens nécessaires à l'exécution des missions énumérées ci-dessus et en assure le bon fonctionnement.

3. A cette fin l'Agence travaille en étroite collaboration avec les autorités militaires afin de satisfaire le plus efficacement et le plus économiquement possible les besoins de la circulation aérienne et les besoins particuliers de l'aviation militaire.

4. Elle peut notamment créer des centres de recherches et d'expérimentation de la circulation aérienne et des écoles servant au perfectionnement et à la spécialisation du personnel des services de la navigation aérienne.

#### ARTICLE 3

Sous réserve des pouvoirs reconnus à la Commission permanente pour la Sécurité de la Navigation Aérienne instituée par la Convention et qui est dénommée ci-après la " Commission ", l'Agence est administrée par un Comité de gestion, ci-après dénommé le " Comité " et par un Directeur. Les pouvoirs propres à ce dernier sont définis à l'Article 13 ci-après.

#### ARTICLE 4

Le Comité est composé de deux représentants de chacune des Parties Contractantes dont l'un seulement à voix délibérative. Ce dernier est un haut fonctionnaire exerçant dans son pays des responsabilités dans le domaine de la navigation aérienne. Chaque représentant est pourvu d'un suppléant, qui le représente valablement en cas d'empêchement.



## ARTICLE 5

Le Comité élit dans son sein, pour une durée de deux ans, un Président et un Vice-Président. Ceux-ci sont rééligibles. Le Comité désigne un Secrétaire qui peut être pris en dehors de ses membres. En cas d'empêchement du Président, la présidence du Comité est assurée par le Vice-Président ou, à défaut, par le plus âgé des membres présents à la réunion.

## ARTICLE 6

1. Le Comité délibère valablement lorsque tous les représentants des Parties Contractantes ayant voix délibérative sauf un sont présents.

2. Si ce quorum n'est pas atteint, la délibération est remise à une séance ultérieure, qui fait l'objet d'une nouvelle convocation et ne doit se tenir au plus tôt que dix jours après la précédente. Pour la deuxième délibération le quorum exigé est de la moitié au moins des représentants ayant voix délibérative.

## ARTICLE 7

1. Les votes ont lieu à la majorité des voix attribuées aux Parties Contractantes, étant entendu que celles-ci sont affectées de la même pondération que celle dont les Parties Contractantes disposent au sein de la Commission en application de l'article 9 de la Convention.

2. Toutefois, un vote ne sera acquis que si la majorité visée à l'alinéa précédent représente la moitié au moins des Parties Contractantes.

3. En cas de partage égal des voix le Président décide, soit de procéder à un deuxième scrutin au cours de la même séance, avec ou sans interruption de courte durée, soit d'inscrire la proposition mise en délibération à l'ordre du jour d'une nouvelle séance dont il fixe la date. Si le partage des voix se renouvelle lors de la nouvelle séance, la voix du Président est prépondérante.

## ARTICLE 8

1. Le Comité élabore son règlement intérieur.

2. Celui-ci doit comporter notamment des dispositions relatives aux incompatibilités. Il doit prévoir en outre que les convocations aux séances seront envoyées par lettre missive ou, en cas d'urgence, par télégramme et comprendront l'ordre du jour.

3. Le règlement est soumis à l'approbation de la Commission.

## ARTICLE 9

1. Le Comité statue sur l'organisation technique de l'Agence qui lui est proposée par le Directeur.

2. Toutefois, il doit soumettre à l'approbation de la Commission statuant à l'unanimité de ses membres :

(a) les projets relatifs au nombre et à l'emplacement des centres de contrôle ou d'information de vol et à leur domaine d'action;

- (b) les mesures portant création des centres de recherches et d'expérimentation et d'écoles de perfectionnement et de spécialisation ou d'autres organismes établis en application du paragraphe 4 de l'article 2 des présents Statuts.

#### ARTICLE 10

Le Comité adresse chaque année à la Commission un compte rendu des activités et de la situation financière de l'Organisation.

#### ARTICLE 11

Le Comité élabore des programmes d'investissement et d'exploitation portant sur plusieurs années à la demande de la Commission. Ils sont soumis à l'approbation de celle-ci.

#### ARTICLE 12

Le Comité élabore un règlement relatif à la passation des marchés et notamment aux conditions d'appel à la concurrence, qui est soumis à l'approbation de la Commission.

#### ARTICLE 13

1. Le Directeur est nommé pour une durée de cinq ans par le Comité statuant dans les conditions prévues aux paragraphes 1 et 2 de l'article 7 des présents Statuts, sous réserve que la majorité calculée conformément au premier paragraphe dudit article atteigne 70% des voix pondérées exprimées. Son mandat est renouvelable dans les mêmes conditions.

2. Il représente l'Organisation en Justice et dans tous les actes de la vie civile.

3. En outre, au nom de l'Organisation, et conformément aux directives générales du Comité, mais sans avoir à en référer à celui-ci pour les cas d'espèce:

- (a) il nomme les agents dont le traitement brut annuel est inférieur à un montant déterminé par le Comité, approuvé par la Commission, et met fin à leurs services dans les conditions prévues au Statut du personnel;
- (b) il contracte les emprunts dont la durée n'excède pas un an, sous réserve que le montant cumulé desdits emprunts, compte tenu des remboursements déjà effectués, ne dépasse pas 200.000 nouveaux francs<sup>(1)</sup>;
- (c) il passe les contrats dont le montant ne dépasse pas 350.000 nouveaux francs<sup>(1)</sup>. Toutefois lorsqu'il s'agit de cession à titre onéreux de biens mobiliers appartenant à l'Agence, ce montant est limité à 50.000 nouveaux francs<sup>(1)</sup>;
- (d) il achète ou aliène des immeubles lorsque leur prix ne dépasse pas 200.000 nouveaux francs<sup>(1)</sup>.

---

<sup>(1)</sup> Les sommes dont il s'agit se rapportent au nouveau franc français constitué par deux cents milligrammes d'or au titre de neuf cent millièmes de fin. La conversion dans chaque monnaie nationale se fera en chiffres ronds.

Il tient le Comité informé de toutes les mesures prises en vertu des pouvoirs précités.

Le Comité détermine les conditions dans lesquelles le Directeur est remplacé en cas d'empêchement.

#### ARTICLE 14

1. Le Comité élabore le statut administratif du personnel de l'Agence; celui-ci doit comporter notamment les dispositions touchant la nationalité du personnel, les barèmes des traitements, les incompatibilités, le secret professionnel, la continuité du service, le commissionnement et définir les emplois qui ne peuvent être cumulés avec aucun autre sans autorisation spéciale du Directeur.

2. Ce statut est soumis à l'approbation de la Commission statuant à l'unanimité.

#### ARTICLE 15

1. L'Agence n'est habilitée à recruter directement le personnel que si les Parties Contractantes ne sont pas en mesure de mettre à sa disposition du personnel qualifié.

2. Durant tout le temps de son emploi par l'Agence, le personnel fourni par les Administrations nationales est soumis au statut régissant le personnel de l'Agence, sans préjudice du maintien des avantages de carrière qui sont garantis par les réglementations nationales au personnel du corps administratif dont il fait partie lorsqu'il est mis à la disposition d'un organisme public national.

3. Le personnel fourni par une Administration nationale peut toujours être remis à la disposition de celle-ci sans que cette mesure ait un caractère disciplinaire.

#### ARTICLE 16

1. Toutes les recettes et les dépenses de l'Agence doivent faire l'objet de prévisions pour chaque exercice budgétaire et être inscrites soit au budget de fonctionnement, soit au budget d'investissement.

2. Chaque budget doit être équilibré en recettes et en dépenses. Les recettes et les dépenses de l'Agence relatives aux centres de recherches et d'expérimentation, écoles et plus généralement à tous organismes créés en application de l'article 2 des présents Statuts, sont détaillées dans un état spécial.

3. Les conditions de prévision, d'exécution et de contrôle des recettes et dépenses qui ne sont pas stipulées ci-après sont déterminées par un règlement financier pris en exécution de l'article 30 des présents Statuts.

## ARTICLE 17

1. L'exercice budgétaire s'étend du 1<sup>er</sup> janvier au 31 décembre.
2. Les prévisions pour chaque exercice budgétaire sont soumises par le Comité à l'approbation de la Commission au plus tard le 30 septembre de chaque année.

## ARTICLE 18

1. Les dépenses figurant au budget de fonctionnement comprennent notamment :
  - (a) les dépenses de personnel, d'entretien et d'exploitation des installations de l'Organisation;
  - (b) les rémunérations des prestations de services à l'Organisation, y compris les frais correspondant à l'utilisation à titre onéreux de matériel ou installations, ou éventuellement à des locations-ventes ou ventes à tempérament;
  - (c) les dépenses correspondant au service des emprunts que l'Organisation serait autorisée à contracter;
  - (d) les dépenses relatives au fonctionnement de la Commission.
2. Les conditions dans lesquelles il pourrait être éventuellement procédé à un amortissement industriel, compte tenu de l'amortissement financier, seront définies le cas échéant pour l'évaluation des dépenses budgétaires ainsi que pour l'évaluation des services rendus au sens du paragraphe 4 de l'article 30. des présents Statuts, par le règlement financier prévu audit article.

## ARTICLE 19

Les dépenses figurant au budget d'investissement comprennent les dépenses relatives à l'exécution du programme d'équipement.

## ARTICLE 20

1. Les dépenses inscrites au budget de fonctionnement sont autorisées pour la durée d'un exercice budgétaire. Les crédits correspondants sont spécialisés par chapitres groupant les dépenses selon leur nature ou leur destination, et subdivisés, pour autant que de besoin, conformément au règlement financier.
2. Dans les conditions et limites qui sont déterminées dans le règlement financier, les crédits de ce budget autres que ceux relatifs aux dépenses de personnel, qui sont inutilisés à la fin de l'exercice budgétaire, peuvent faire l'objet d'un report qui est limité au seul exercice suivant. Le règlement financier fixe notamment le pourcentage et la nature des dépenses pouvant faire l'objet de reports.

## ARTICLE 21

1. Les dotations applicables aux dépenses d'investissement comprennent :
  - (a) des crédits d'engagement, qui couvrent une tranche constituant une unité individualisée et formant un ensemble cohérent;

(b) des crédits de paiement, qui constituent la limite supérieure des dépenses susceptibles d'être payées chaque année pour la couverture des engagements contractés au titre du paragraphe (a) ci-dessus.

2. L'échéancier des engagements et des paiements figure en annexe au projet de budget correspondant proposé par le Comité.

3. Les crédits ouverts au titre des dépenses d'investissement sont spécialisés par chapitres groupant les dépenses selon leur nature ou leur destination, et subdivisés, pour autant que de besoin, conformément au règlement financier.

4. Les crédits de paiement disponibles en fin d'exercice sont reportés à l'exercice suivant dans les conditions fixées par le règlement financier.

## ARTICLE 22

Les recettes du budget de fonctionnement comprennent :

(a) les contributions des Parties Contractantes déterminées conformément à l'article 23 des présents Statuts;

(b) les recettes provenant des Parties Contractantes qui, en application de l'article 2 de la Convention, auraient confié à l'Organisation les services de la circulation aérienne pour tout ou partie de leur espace aérien inférieur;

(c) les recettes provenant d'Etats non parties à la Convention qui utiliseraient ses services conformément à l'article 13 de la Convention;

(d) les rémunérations des prestations de service par l'Organisation aux Etats, au bénéfice de leurs services de la circulation aérienne dans l'espace inférieur;

(e) les recettes qui proviendraient de la rémunération des services rendus par les centres de recherches et d'expérimentation, les écoles ou autres organismes créés en application de l'article 2 des présents Statuts;

(f) les recettes diverses;

(g) les redevances éventuelles à la charge des usagers qui seraient établies en application de l'article 20 de la Convention.

## ARTICLE 23

1. Pour le calcul des contributions annuelles des Parties Contractantes au budget de fonctionnement, le coût global des services de l'Organisation afférent au contrôle de l'espace aérien supérieur est réputé égal à la différence entre les dépenses budgétaires d'un exercice et les recettes, relatives au même exercice, visées aux paragraphes (b) à (f) inclus de l'article 22 des présents Statuts.

Ce coût global est réparti en deux fractions, au prorata des services rendus aux catégories d'usagers suivantes :—

(a) aéronefs civils d'Etats non contractants, et aéronefs militaires, de douane et de police;

(b) aéronefs civils des Parties Contractantes.

2. Cette répartition est fixée pour chaque exercice par la Commission, en se fondant sur l'importance des services rendus dans l'espace supérieur aux catégories d'usagers définies ci-dessus (par référence aux pénultième et antépénultième années).

La contribution annuelle de l'ensemble des Parties Contractantes en ce qui concerne la première fraction est déterminée en déduisant de celle-ci le montant global des redevances éventuellement payées à l'Organisation par la catégorie d'usagers correspondante.

3. La part de chacune des Parties Contractantes est calculée proportionnellement à l'importance des Produits Nationaux Bruts (P.N.B.) des Parties Contractantes tels qu'ils sont définis à l'article 9 de la Convention.

4. La formule de répartition de la deuxième fraction entre les Parties Contractantes est fondée sur la valeur des services rendus par l'Organisation aux aéronefs civils immatriculés dans le territoire de chacune des Parties Contractantes. Cette formule est fixée par la Commission et révisée tous les cinq ans.

5. La contribution annuelle de chacune des Parties Contractantes est arrêtée en déduisant de sa part, calculée par application de ladite formule, le montant des redevances éventuellement mises à la charge des exploitants pour les aéronefs civils immatriculés dans son territoire.

#### ARTICLE 24

Les recettes du budget d'investissement comprennent :

- (a) les emprunts contractés par l'Organisation;
- (b) d'autres ressources éventuelles, notamment celles résultant, en cas d'adhésion d'un nouvel Etat ou de la ratification par un Etat signataire postérieurement à l'entrée en vigueur de la Convention, de l'application des articles 40 et 41 de la Convention;
- (c) des contributions financières des Parties Contractantes affectées à ce budget.

#### ARTICLE 25

1. Le règlement financier fixe les procédures selon lesquelles l'Organisation peut contracter et rembourser des emprunts.

2. Chaque budget annuel fixe le montant maximum que l'Organisation peut emprunter au cours de l'année couverte par le budget.

3. L'Organisation peut emprunter sur les marchés financiers internationaux les ressources nécessaires à l'accomplissement de ses tâches.

4. L'Organisation peut emprunter sur les marchés financiers d'une Partie Contractante dans le cadre des dispositions légales s'appliquant aux emprunts intérieurs, ou à défaut de telles dispositions quand cette partie Contractante et l'Organisation se sont concertées et se sont mises d'accord sur l'emprunt envisagé par celle-ci.

5. Dans les domaines visés par le présent article, l'Organisation agit en accord avec les autorités compétentes des Parties Contractantes ou avec leur banque d'émission.

## ARTICLE 26

1. Les contributions des Parties Contractantes au budget d'investissement sont déterminées en application de l'Article 32 de la Convention de façon à couvrir la différence entre les dépenses budgétaires et les recettes visées aux paragraphes (a) et (b) de l'article 24 des présents Statuts.

2. La répartition de ces contributions entre les Parties Contractantes se fait proportionnellement à l'importance respective de leurs Produits Nationaux Bruts (P.N.B.) évalués comme il est dit à l'article 9 de la Convention.

## ARTICLE 27

Les budgets de fonctionnement et d'investissement peuvent être révisés en cours d'exercice, si les circonstances l'exigent, suivant les modalités prévues pour leur établissement et leur approbation.

## ARTICLE 28

1. Les dépenses relatives aux budgets de fonctionnement et d'investissement sont prises en compte au titre du budget de l'année au cours de laquelle les titres de paiement sont visés par le comptable de l'Agence.

2. Les recettes sont prises en compte au titre du budget de l'année au cours de laquelle elles sont encaissées par l'Agence.

3. Les comptes de chaque exercice sont arrêtés par le Comité au plus tard six mois après la clôture de l'exercice et soumis à l'approbation de la Commission qui statue définitivement à leur égard.

## ARTICLE 29

1. Les comptes de la totalité des recettes et dépenses de chaque budget sont examinés par une mission de contrôle composée de deux fonctionnaires spécialisés appartenant aux administrations des Parties Contractantes. Ces fonctionnaires, qui doivent être de nationalités différentes, sont nommés, pour une période de cinq ans, par la Commission statuant dans les conditions de vote définies au paragraphe 1 de l'article 13 des présents Statuts. Les dépenses relatives à la mission de contrôle sont à la charge de l'Organisation.

2. La vérification, qui a lieu sur pièces et au besoin sur place, a pour objet de constater la légalité et la régularité des recettes et dépenses et de s'assurer de la bonne gestion financière. La mission de contrôle établit un rapport après la clôture de chaque exercice.

3. La Commission donne au Directeur et au Comité décharge de leur gestion relative à chacun des budgets.

## ARTICLE 30

1. La Commission statuant à l'unanimité de ses membres, sur proposition de l'Agence, arrête le règlement financier de celle-ci.

2. En outre des objets spécifiés aux articles 16, 18, 20, 21, 25 et 31 des présents Statuts, le règlement financier fixe notamment :

- (a) les modalités d'établissement et d'exécution des budgets et celles afférentes à la reddition et la vérification des comptes;

- (b) les procédures selon lesquelles les avances et les contributions doivent être mises à la disposition de l'Organisation;
- (c) les conditions dans lesquelles il pourra être procédé à des virements de crédits soit de chapitre à chapitre, soit de subdivision à subdivision. Toutefois aucune dépense de personnel ne peut être couverte par virement de crédits affectés à d'autres dépenses;
- (d) les conditions dans lesquelles des crédits peuvent être ouverts à l'Organisation dans le cas où les budgets de fonctionnement et d'investissement n'auraient pas été votés au début de l'exercice ainsi que les fonds à mettre à la disposition de l'Organisation par les Parties Contractantes, à valoir sur les contributions.

3. Le règlement financier détermine les règles à suivre par les ordonnateurs et les comptables, l'étendue de leurs responsabilités et les contrôles auxquels ils sont assujettis.

4. Il détermine les conditions dans lesquelles l'Agence doit tenir une comptabilité analytique faisant apparaître la valeur des services rendus, et instituer un contrôle budgétaire permettant de suivre régulièrement l'utilisation des crédits en cours d'exercice.

#### ARTICLE 31

1. Les budgets de fonctionnement et d'investissement sont établis dans la monnaie du pays où l'Organisation a son siège.

2. Les contributions financières prévues aux paragraphes (a) de l'article 22 et (c) de l'article 24 des présents Statuts sont payables en cette monnaie. Cependant le règlement financier détermine dans quelles conditions les Parties Contractantes pourront payer une partie de leur contribution en toute monnaie dont l'Organisation aura besoin pour accomplir ses tâches.

3. Le règlement financier précise les bases de référence servant à la détermination des taux de conversion et les mesures d'adaptation reconnues nécessaires à la suite de fluctuations d'ordre monétaire.

#### ARTICLE 32

A titre transitoire, et par dérogation à l'article 23 des présents Statuts, la répartition des contributions des Parties Contractantes au budget de fonctionnement pour les trois premiers exercices se fait en appliquant à la totalité de la différence définie au paragraphe 1 de l'article 23 précité, le critère du Produit National Brut tel qu'il est défini à l'article 9 de la Convention.

#### ARTICLE 33

A titre exceptionnel il sera établi, deux mois au plus tard après l'entrée en vigueur de la Convention et au titre du premier exercice, un budget initial couvrant la période allant de la date de cette entrée en vigueur jusqu'à la fin de l'année civile. Les Parties Contractantes seront invitées à faire des avances appropriées au fond de roulement.



#### ARTICLE 34

1. Les services de l'Agence peuvent, à la diligence de la Commission, agissant de sa propre initiative ou sur la demande du Comité ou du Directeur, faire l'objet d'inspections administrative et technique.

2. Ces inspections sont effectuées par des agents appartenant aux Administrations des Parties Contractantes. Chaque mission d'inspection est composée d'au moins deux délégués de nationalité différente. Toute mission d'inspection doit comprendre, autant que possible, un délégué ayant participé à une inspection précédente.

#### ARTICLE 35

1. La langue utilisée pour les opérations de contrôle de la circulation aérienne assurées par l'Agence est l'anglais, sous réserve de l'adoption ultérieure par l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale d'une langue aéronautique internationale. Toutefois des dispositions seront prises pour que les pilotes puissent utiliser leur propre langue lors du survol de leur territoire national. Les mesures appropriées devront être mises en œuvre par l'Agence à la demande des Parties Contractantes intéressées.

2. Le Comité détermine les langues administratives de l'Agence.

#### ARTICLE 36

L'Agence procède aux publications nécessaires à son fonctionnement.

#### ARTICLE 37

Dans les conditions prévues à l'article 34 de la Convention, le Comité soumet à l'approbation de la Commission toutes modifications aux Statuts qui lui paraissent nécessaires.

#### ARTICLE 38

Les présents Statuts entrent en vigueur en même temps que la Convention et dans les mêmes conditions que celle-ci.

## BIJLAGE I

### STATUTEN VAN HET AGENTSCHAP

#### ARTIKEL 1

Het "AGENTSCHAP VOOR DE LUCHTVERKEERSLEIDING", opgericht bij artikel 1 van het Internationale Verdrag tot samenwerking in het belang van de veiligheid van de luchtvaart van 13 december 1960, hierna genoemd het "Verdrag", wordt beheerst door deze Statuten.

#### ARTIKEL 2

1. Het Agentschap heeft ten doel om in alle overeenkomstig artikel 6, lid 2, onder (d), en artikel 38 van het Verdrag aangegeven delen van het luchtruim de luchtverkeersleiding te verzorgen, d.w.z.:

- (a) botsingen van luchtvaartuigen te voorkomen,
- (b) een ordelijk en snel verloop van het luchtverkeer te verzekeren,
- (c) adviezen en inlichtingen te verschaffen die dienstig zijn voor de veilige en doeltreffende uitvoering van de vluchten,
- (d) de daarvoor in aanmerking komende instanties te waarschuwen, indien luchtvaartuigen de hulp van de opsporings- en reddingsdiensten nodig hebben, en aan deze instanties de nodige medewerking te verlenen.

2. Het Agentschap richt de installaties op die nodig zijn voor de uitvoering van de hierbovenvermelde taken en draagt er zorg voor dat deze installaties goed functioneren.

3. Te dien einde werkt het Agentschap nauw samen met de militaire autoriteiten om zo doeltreffend en economisch mogelijk in de behoeften van het luchtverkeer en in de bijzondere behoeften van de militaire luchtvaart te voorzien.

4. Het Agentschap kan met name centra voor onderzoek en proefnemingen ten dienste van het luchtverkeer in het leven roepen en scholen voor de voortgezette opleiding en specialisering van het personeel van de luchtvaartdiensten oprichten.

#### ARTIKEL 3

Onder voorbehoud van de bevoegdheden die aan de permanente Commissie voor de veiligheid van de luchtvaart, ingesteld bij het Verdrag, hierna genoemd de "Commissie", zijn toegekend, wordt het Agentschap beheerd door een Bestuurscomité, hierna genoemd het "Comité", en door een Directeur. De bevoegdheden van deze laatste zijn vastgelegd in het hiernavolgende artikel 13.

#### ARTIKEL 4

Het Comité bestaat uit vertegenwoordigers van de Verdragsluitende Partijen, twee voor elke Verdragsluitende Partij; slechts een van de twee

vertegenwoordigers is stemgerechtigd. Deze stemgerechtigde vertegenwoordiger is een hoge ambtenaar die in zijn land een verantwoordelijke functie op het gebied van de luchtvaart bekleedt. Elke vertegenwoordiger heeft een plaatsvervanger, die hem ingeval van verhindering rechtens vertegenwoordigt.

#### ARTIKEL 5

Het Comité kiest uit zijn midden, voor de duur van twee jaar, een Voorzitter en een Vice-Voorzitter, die herkiesbaar zijn. Het Comité benoemt een Secretaris, die geen lid van het Comité behoeft te zijn. Ingeval van verhindering van de Voorzitter oefent de Vice-Voorzitter van het Comité het voorzitterschap uit, of, bij afwezigheid van de Vice-Voorzitter, het oudste lid dat op de vergadering aanwezig is.

#### ARTIKEL 6

1. De beslissingen van het Comité zijn rechtsgeldig indien op één na alle stemgerechtigde vertegenwoordigers van de Verdragsluitende Partijen aanwezig zijn.

2. Indien dit quorum niet wordt bereikt, wordt de beslissing uitgesteld tot een latere vergadering die opnieuw moet worden geconvoceerd en die niet eerder mag worden gehouden dan tien dagen na de voorgaande vergadering. Het aantal stemmen dat voor het nemen van een beslissing tijdens de tweede vergadering wordt vereist, bedraagt minstens de helft van het aantal stemmen der stemgerechtigde vertegenwoordigers.

#### ARTIKEL 7

1. De stemming geschiedt bij meerderheid der aan de Verdragsluitende Partijen toegewezen stemmen, met dien verstande dat deze stemmen op dezelfde wijze worden gewogen als de stemmen waarover de Verdragsluitende Partijen in de Commissie beschikken overeenkomstig artikel 9 van het Verdrag.

2. Een voorstel wordt echter slechts dan geacht te zijn aangenomen indien de in het voorgaande lid bedoelde meerderheid ten minste de helft van der Verdragsluitende Partijen omvat.

3. Bij staking der stemmen besluit de Voorzitter, hetzij tijdens dezelfde vergadering tot een tweede stemming over te gaan, al of niet na een korte onderbreking, hetzij het ter tafel liggende voorstel op de agenda te plaatsen van een volgende vergadering waarvan hij de datum vaststelt. Indien op de volgende vergadering de stemmen opnieuw staken, is de stem van de Voorzitter doorslaggevend.

#### ARTIKEL 8

1. Het Comité stelt zijn huishoudelijk reglement op.

2. Dit reglement moet in het bijzonder bepalingen bevatten die betrekking hebben op onverenigbare functies. Het moet bovendien voorschrijven dat de convocaties voor de vergaderingen schriftelijk of, in geval van spoed, telegrafisch worden verzonden, en dat zij de agendapunten bevatten.

3. Het reglement wordt ter goedkeuring aan de Commissie voorgelegd.

## ARTIKEL 9

1. Het Comité stelt de technische organisatie van het Agentschap vast, die door de Directeur aan het Comité wordt voorgesteld.

2. Het Comité moet evenwel ter goedkeuring voorleggen aan de Commissie, die daarover met algemene stemmen beslist:

- (a) de ontwerpen die betrekking hebben op het aantal verkeersleidings- of vluchtinlichtingendiensten, de plaats waar zij gelegen zijn, en het gebied waarin zij hun werkzaamheden verrichten,
- (b) de maatregelen tot oprichting van centra voor onderzoek en proefnemingen, alsmede scholen voor voortgezette opleiding en specialisering of andere lichamen, die op grond van artikel 2, lid 4, van deze Statuten worden opgericht.

## ARTIKEL 10

Het Comité brengt ieder jaar aan de Commissie verslag uit over de werkzaamheden en de financiële toestand van de Organisatie.

## ARTIKEL 11

Het Comité stelt op verzoek van de Commissie de investerings- en bedrijfsprogramma's op, die over verscheidene jaren lopen. Deze worden haar ter goedkeuring voorgelegd.

## ARTIKEL 12

Het Comité stelt een reglement op inzake het sluiten van contracten en, met name, inzake de voorwaarden waarop op basis van vrije concurrentie kan worden ingeschreven, welk reglement ter goedkeuring aan de Commissie wordt voorgelegd.

## ARTIKEL 13

1. De Directeur wordt voor de tijd van vijf jaar benoemd door het Comité, dat hierover uitspraak doet overeenkomstig het bepaalde in artikel 7, lid 1 en 2, van deze Statuten, met dien verstande dat de overeenkomstig het eerste lid van bedoeld artikel berekende meerderheid 70% van de uitgebrachte gewogen stemmen dient te vertegenwoordigen. Hij is onder dezelfde voorwaarden herbenoembaar.

2. Hij vertegenwoordigt de Organisatie in en buiten rechte.

3. Bovendien oefent hij, namens de Organisatie en overeenkomstig de algemene richtlijnen van het Comité, doch zonder dat hij er aan het Comité voor ieder geval afzonderlijk verslag over behoeft uit te brengen, de volgende bevoegdheden uit:

- (a) hij benoemt de personeelsleden wier bruto jaarwedde lager is dan een door het Comité vastgesteld en door de Commissie goedgekeurd bedrag; hij ontslaat hen uit hun dienstverband overeenkomstig het bepaalde in het personeelsstatuut;
- (b) hij gaat leningen aan waarvan de looptijd niet langer dan een jaar bedraagt, met dien verstande dat rekening houdende met de reeds

verrichte aflossingen, het in totaal uitstaande bedrag van deze leningen een bedrag van 200.000 nieuwe Francs niet te boven mag gaan;<sup>(1)</sup>

(c) hij sluit contracten af waarvan het bedrag niet hoger is dan 350.000 nieuwe Francs<sup>(1)</sup>. Indien er evenwel sprake is van overdracht onder bezwarende titel van aan het Agentschap behorende roerende goederen, is dit bedrag beperkt tot 50.000 nieuwe Francs;<sup>(1)</sup>

(d) hij koopt of vervreemdt onroerende goederen indien de waarde daarvan niet hoger is dan 200.000 nieuwe Francs.<sup>(1)</sup>

Hij houdt het Comité op de hoogte van alle maatregelen die hij krachtens bovengenoemde bevoegdheden heeft genomen.

Het Comité stelt de wijze vast waarop de Directeur bij diens verhindering wordt vervangen.

#### ARTIKEL 14

1. Het Comité stelt het administratief statuut van het personeel van het Agentschap vast; dit statuut dient met name de bepalingen te bevatten die betrekking hebben op de nationaliteit van het personeel, salarisschalen, onverenigbare functies, beroepsgeheim, het ononderbroken functioneren van de dienst, het verlenen van volmachten; het dient die werkzaamheden te bepalen die niet gelijktijdig met andere werkzaamheden kunnen worden uitgeoefend zonder speciale toestemming van de Directeur.

2. Dit statuut wordt ter goedkeuring voorgelegd aan de Commissie, die met algemene stemmen beslist.

#### ARTIKEL 15

1. Het Agentschap is slechts bevoegd rechtstreeks personeel aan te trekken, indien de Verdragsluitende Partijen geen geschikt personeel te zijner beschikking kunnen stellen.

2. Het door een nationale overheid ter beschikking gestelde personeel werkt tijdens de gehele duur van zijn dienstverband bij het Agentschap op de basis van het personeelsstatuut van het Agentschap, onverminderd het behoud van de beroepsvoordelen die door de nationale regelingen worden gegarandeerd aan het personeel van de overheidsinstanties waarvan het deel uitmaakt, indien het ter beschikking van een nationaal lichaam wordt gesteld.

3. Het van een nationale overheid afkomstige personeel kan te allen tijde weer ter beschikking van die overheid worden gesteld zonder dat deze maatregel een disciplinair karakter heeft.

#### ARTIKEL 16

1. Alle ontvangsten en uitgaven van het Agentschap moeten voor elk begrotingsjaar worden geraamd en opgenomen, hetzij in de bedrijfsbegroting, hetzij in de investeringsbegroting.

2. De ontvangsten en uitgaven van elke begroting moeten in evenwicht zijn. De ontvangsten en uitgaven van het Agentschap met betrekking tot

---

<sup>(1)</sup> De hierbedoelde bedragen hebben betrekking op de nieuwe Franse Franc gedekt door 200 milligram goud met een gehalte van 900 pro mille fijn. De omrekening in een andere nationale valuta geschiedt in ronde getallen.

centra voor onderzoek en proefnemingen, scholen en, meer in het algemeen, alle organen opgericht krachtens artikel 2 van deze Statuten, worden op een afzonderlijke staat gespecificeerd.

3. De voorwaarden betreffende de raming, de uitvoering en de controle op de ontvangsten en uitgaven die hierna niet zijn vastgelegd worden vastgesteld in een financieel reglement ter uitvoering van artikel 30 van deze Statuten.

#### ARTIKEL 17

1. Het begrotingsjaar loopt van 1 januari tot 31 december.
2. De ramingen voor elk begrotingsjaar worden uiterlijk op 30 september van elk jaar door het Comité ter goedkeuring aan de Commissie voorgelegd.

#### ARTIKEL 18

1. De uitgaven opgevoerd op de bedrijfsbegroting omvatten met name:
  - (a) de uitgaven in verband met het personeel, het onderhoud en het gebruik van de inrichtingen van de Organisatie;
  - (b) de vergoedingen voor aan de Organisatie verleende diensten, daarbij inbegrepen de kosten van het gebruik onder bezwarende titel van materiëel of inrichtingen, of eventueel in verband met huurkoop of koop op afbetaling;
  - (c) de uitgaven verbonden aan de aflossing van, en de rentebetaling op, leningen die de Organisatie bevoegd is aan te gaan;
  - (d) de uitgaven in verband met de werkzaamheden van de Commissie.
2. De voorwaarden waaronder, rekening houdende met de financiële afschrijving, eventueel kan worden overgegaan tot een industriële afschrijving, zullen zo nodig ten behoeve van de raming van de begrotingsuitgaven, als ook voor de raming van de verleende diensten in de zin van artikel 30, lid 4, van deze Statuten, door het financiële reglement, bedoeld in dat artikel, worden vastgelegd.

#### ARTIKEL 19

De uitgaven opgevoerd op de investeringsbegroting omvatten de uitgaven in verband met de tenuitvoerlegging van het uitrustingsprogramma.

#### ARTIKEL 20

1. De uitgaven opgevoerd op de bedrijfsbegroting worden toegestaan voor de duur van een begrotingsjaar. De overeenkomstige kredieten worden ingedeeld in hoofdstukken, waarin de uitgaven worden gegroepeerd naar hun aard of bestemming, en, voor zover nodig, onderverdeeld overeenkomstig het financiële reglement.
2. Onder de voorwaarden en met inachtneming van de beperkingen die in het financiële reglement zijn vastgelegd, kunnen de kredieten van deze begroting die aan het einde van het begrotingsjaar ongebruikt zijn gebleven

worden overgedragen uitsluitend naar het eerstvolgende begrotingsjaar, voor zover zij niet betrekking hebben op personeelsuitgaven. Het financiële reglement stelt met name het percentage en de aard der uitgaven vast, die voor overdracht in aanmerking komen.

#### ARTIKEL 21

1. De toegewezen gelden voor investeringsuitgaven omvatten :

- (a) vastleggingskredieten ter dekking van een op zichzelf staand deel, dat een samenhangend geheel vormt;
- (b) betalingskredieten die de hoogste grens vormen der uitgaven welke jaarlijks ter dekking van vastgelegde verplichtingen, aangegaan krachtens (a), kunnen worden geboekt.

2. Het vervalboek van de vastgelegde verplichtingen en de betalingen wordt als bijlage opgenomen bij de overeenkomstige door het Comité voorgestelde ontwerpbegroting.

3. De kredieten ter dekking van de investeringsuitgaven worden ingedeeld in hoofdstukken, waarin de uitgaven worden gegroepeerd naar hun aard of bestemming en, voorzover nodig, onderverdeeld overeenkomstig het financiële reglement.

4. De betalingskredieten die aan het einde van het begrotingsjaar beschikbaar zijn, worden naar het volgende begrotingsjaar overgedragen volgens het bepaalde in het financiële reglement.

#### ARTIKEL 22

De ontvangsten van de bedrijfsbegroting omvatten :

- (a) de deelnemersbijdragen van de Verdragsluitende Partijen zoals die zijn bepaald overeenkomstig artikel 23 van deze Statuten;
- (b) de ontvangsten afkomstig van de Verdragsluitende Partijen die, op grond van artikel 2 van het Verdrag, aan de Organisatie de luchtverkeersleiding voor het geheel of een deel van hun lager gelegen luchtruim hebben opgedragen;
- (c) de ontvangsten afkomstig van staten die geen partij zijn bij het Verdrag en die, overeenkomstig artikel 13 van het Verdrag, van de diensten (van het Agentschap) gebruik maken;
- (d) de vergoeding voor diensten verleend door de Organisatie aan de staten, ten behoeve van hun luchtverkeersleiding in het lager gelegen luchtruim;
- (e) de ontvangsten uithoofde van vergoeding voor diensten verleend door de krachtens artikel 2 van deze Statuten opgerichte centra voor onderzoek en proefnemingen, scholen of andere lichamen;
- (f) diverse ontvangsten;
- (g) eventuele kostenbijdragen ten laste van de gebruikers, die vastgesteld worden overeenkomstig artikel 20 van dit Verdrag.

## ARTIKEL 23

1. Voor de berekening van de jaarlijkse deelnemersbijdragen van de Verdragsluitende Partijen aan de bedrijfsbegroting worden de totale kosten van de diensten van de Organisatie die betrekking hebben op de verkeersleiding in het hoger gelegen luchtruim geacht gelijk te zijn aan het verschil tussen de begrotingsuitgaven van een begrotingsjaar en de ontvangsten voor hetzelfde begrotingsjaar bedoeld in lid (b) tot en met (f) van artikel 22 van deze Statuten.

Deze totale kosten worden in twee gedeelten gesplitst in verhouding tot de diensten verleend aan de volgende groepen gebruikers:

- (a) burgerluchtvaartuigen van Staten die geen partij bij het Verdrag zijn, en militaire, douane- en politieluchtvaartuigen;
- (b) burgerluchtvaartuigen van de Verdragsluitende Partijen.

2. Deze splitsing wordt door de Commissie voor elk begrotingsjaar vastgesteld, waarbij men zich baseert op de waarde van de diensten in het hoger gelegen luchtruim verleend aan de hierboven bepaalde groepen gebruikers (onder verwijzing naar het op één na laatste en op twee na laatste jaar).

De totale jaarlijkse bijdrage van alle Verdragsluitende Partijen wordt bepaald, wat het eerste gedeelte betreft, door hiervan het totale bedrag van de eventueel aan de Organisatie door de overeenkomstige groep gebruikers betaalde vergoedingen af te trekken.

3. Het aandeel van elk der Verdragsluitende Partijen wordt berekend in verhouding tot de waarde van de bruto nationale produkten van de Verdragsluitende Partijen, zoals deze in artikel 9 van het Verdrag zijn bepaald.

4. De formule voor de verdeling van het tweede gedeelte tussen de Verdragsluitende Partijen is gebaseerd op de waarde van de diensten door de Organisatie verleend aan de burgerluchtvaartuigen ingeschreven binnen het grondgebied van elk der Verdragsluitende Partijen. Deze formule wordt door de Commissie vastgesteld en om de vijf jaar herzien.

5. De jaarlijkse bijdrage van elk der Verdragsluitende Partijen wordt bepaald door haar met behulp van genoemde formule berekend aandeel te verminderen met het bedrag van de kostenbijdragen die eventueel ten laste van de exploitanten komen voor de binnen haar grondgebied ingeschreven burgerluchtvaartuigen.

## ARTIKEL 24

De ontvangsten van de investeringsbegroting omvatten:

- (a) de door de Organisatie aangegane leningen;
- (b) eventuele andere middelen, met name die welke in geval van toetreding van een nieuwe staat of van bekrachtiging door een ondertekenende staat na de inwerkingtreding van het Verdrag, voortvloeien uit de toepassing van de artikelen 40 en 41 van het Verdrag;
- (c) financiële bijdragen van de Verdragsluitende Partijen die voor deze begroting bestemd zijn.



## ARTIKEL 25

1. Het financiële reglement stelt de procedure vast volgens welke de Organisatie leningen kan aangaan en aflossen.

2. Elke jaarlijkse begroting bepaalt het maximum-bedrag dat de Organisatie kan lenen in de loop van het jaar waarop de begroting betrekking heeft.

3. De Organisatie kan op de internationale kapitaalmarkten de gelden opnemen die ter vervulling van haar taak noodzakelijk zijn.

4. De Organisatie kan op de kapitaalmarkten van een Verdragsluitende Partij leningen opnemen in het kader van de voor binnenlandse leningen geldende wettelijke voorschriften, of bij gebreke van dergelijke voorschriften, nadat deze Verdragsluitende Partij en de Organisatie overleg hebben gepleegd en tot overeenstemming zijn gekomen inzake de door de Organisatie voorgenomen leningen.

(5) Ten aanzien van aangelegenheden die vallen binnen de werkingssfeer van dit artikel handelt de Organisatie in overleg met de bevoegde autoriteiten van de Verdragsluitende Partijen of met de circulatiebanken van die Verdragsluitende Partijen.

## ARTIKEL 26

1. De bijdragen van de Verdragsluitende Partijen aan de investeringsbegroting worden zodanig overeenkomstig artikel 32 van het Verdrag vastgesteld, dat het verschil tussen de begrotingsuitgaven en de ontvangsten, bedoeld in artikel 24 onder (a) en (b) van deze Statuten, gedekt wordt.

2. Deze bijdragen worden over de Verdragsluitende Partijen omgeslagen in verhouding tot de waarde van ieders bruto nationaal produkt berekend overeenkomstig de bepalingen van artikel 9 van het Verdrag.

## ARTIKEL 27

De bedrijfs- en investeringsbegrotingen kunnen, indien de omstandigheden zulks vereisen, in de loop van het begrotingsjaar worden herzien op de wijze die voor hun vaststelling en goedkeuring is voorgeschreven.

## ARTIKEL 28

1. De uitgaver, opgevoerd op de bedrijfs- en investeringsbegrotingen worden geboekt op de begroting van het jaar waarin de betalingsbewijzen worden gefiatteerd door de rekenplichtige van het Agentschap.

2. De ontvangsten worden geboekt op de begrotingen van het jaar waarin zij door het Agentschap zijn ontvangen.

3. De rekeningen voor elk begrotingsjaar worden uiterlijk 6 maanden na het einde van het begrotingsjaar door het Comité afgesloten en ter goedkeuring voorgelegd aan de Commissie, die hierover definitief beslist.

## ARTIKEL 29

1. De rekeningen van het totaal van de ontvangsten en uitgaven van elke begroting worden gecontroleerd door een commissie van toezicht van twee deskundige ambtenaren behorende tot de overheden van de Verdragsluitende Partijen. Deze ambtenaren, die van verschillende nationaliteit moeten zijn, worden aangesteld voor een termijn van 5 jaar door de Commissie, die beslist volgens de in artikel 13, eerste lid, van deze Statuten vastgestelde regelen inzake het stemmen. De uitgaven met betrekking tot de commissie van toezicht komen ten laste van de Organisatie.

2. De controle die aan de hand van bescheiden en, zo nodig, ter plaatse geschiedt, heeft ten doel de wettigheid en de regelmatigheid van de ontvangsten en uitgaven na te gaan, en vast te stellen of een goed financieel beheer is gevoerd. De commissie van toezicht stelt na afsluiting van elk begrotingsjaar een verslag op.

3. De Commissie verleent aan de Directeur en aan het Comité kwijting voor hun beheer betreffende elk der begrotingen.

## ARTIKEL 30

1. De Commissie stelt, op voorstel van het Agentschap, met algemene stemmen haar financiële reglement vast.

2. Behalve de in de artikelen 16, 18, 20, 21, 25 en 31 van deze Statuten vermelde aangelegenheden, bepaalt het financiële reglement met name:

- (a) de wijze waarop de begroting wordt opgesteld en uitgevoerd, alsmede de wijze waarop rekening en verantwoording wordt gedaan en de rekeningen worden nagezien;
- (b) de procedures volgens welke de voorschotten en deelnemersbijdragen ter beschikking van de Organisatie moeten worden gesteld;
- (c) de voorwaarden waaronder tot overschrijving van kredieten kan worden overgegaan, hetzij van het ene hoofdstuk naar het andere, hetzij van de ene onderafdeling naar de andere. Geen enkele uitgave in verband met het personeel kan echter worden gedekt door overschrijving van kredieten bestemd voor andere uitgaven;
- (d) de voorwaarden waarop kredieten voor de Organisatie kunnen worden geopend in het geval dat de bedrijfs- en investeringsbegrotingen in het begin van het begrotingsjaar niet zouden zijn aangenomen, alsmede de door de Verdragsluitende Partijen, in mindering van hun bijdragen, ter beschikking van de Organisatie te stellen gelden.

3. Het financiële reglement bepaalt de door de ordonnateurs en rekenplichtigen te volgen regels, de omvang van hun verantwoordelijkheden en de controles waaraan zij zijn onderworpen.

4. Het stelt de voorwaarden vast waaronder het Agentschap een boekhouding moet bijhouden, welke een analyse moet bevatten waaruit de waarde van de verleende diensten blijkt en een budgetaire controle instellen, waardoor het gebruik van kredieten in de loop van het begrotingsjaar regelmatig kan worden gevolgd.

### ARTIKEL 31

1. De bedrijfs- en investeringsbegrotingen worden opgesteld in de valuta van het land waar de Organisatie haar zetel heeft.

2. --De in artikel 22 onder (a) en artikel 24 onder (c) van deze Statuten genoemde financiële bijdragen zijn in deze valuta betaalbaar. Het financiële reglement bepaalt echter onder welke voorwaarden een Verdragsluitende Partij een deel van haar bijdrage zal kunnen betalen in elke valuta die de Organisatie voor de uitvoering van haar taak nodig heeft.

3. Het financiële reglement geeft aan op welke basis de wisselkoersen en de tengevolge van fluctuaties van monetaire aard nodig geachte aanpassingsmaatregelen worden vastgesteld.

### ARTIKEL 32

Bij wijze van overgangsmaatregel en in afwijking van artikel 23 van deze Statuten worden de bijdragen van de Verdragsluitende Partijen aan de bedrijfsbegroting voor de eerste drie begrotingsjaren omgeslagen door toepassing van het criterium van het bruto nationaal produkt, vastgesteld overeenkomstig artikel 9 van het Verdrag, op het geheel van het verschil bedoeld in artikel 23, eerste lid, van deze Statuten.

### ARTIKEL 33

Bij wijze van uitzondering zal uiterlijk 2 maanden na de inwerkingtreding van het Verdrag voor het eerste begrotingsjaar een eerste begroting worden opgesteld voor het tijdvak van de datum van de inwerkingtreding af tot het einde van het kalenderjaar. Aan de Verdragsluitende Partijen zal worden verzocht daartoe strekkende voorschotten te geven voor de bedrijfsmiddelen.

### ARTIKEL 34

1. De organen van het Agentschap kunnen op instigatie van de Commissie, hierin handelend op eigen initiatief of op verzoek van het Comité of van de Directeur, onderworpen worden aan administratieve en technische inspecties.

2. Deze inspecties worden uitgevoerd door ambtenaren behorende tot de overheden van de Verdragsluitende Partijen. Elke inspectiecommissie bestaat uit tenminste twee afgevaardigden van verschillende nationaliteit. Tot elke inspectiecommissie moet voorzover mogelijk een afgevaardigde behoren die aan een voorgaande inspectie heeft deelgenomen.

### ARTIKEL 35

1. De Engelse taal is de voertaal die gebezigd zal worden tijdens het geven van leiding aan het luchtverkeer door het Agentschap, behoudens een later door de Internationale Burgerluchtvaartorganisatie in te voeren internationale luchtvaarttaal. Er zullen echter maatregelen worden getroffen opdat de vliegers hun eigen taal kunnen gebruiken bij vluchten over hun

eigen nationale grondgebied. De daartoe strekkende maatregelen moeten op verzoek van de betrokken Verdragsluitende Partijen door het Agentschap worden getroffen.

2. Het Comité stelt de administratieve voertalen van het Agentschap vast.

#### ARTIKEL 36

De voor zijn werkzaamheden noodzakelijke publikaties worden door het Agentschap verzorgd.

#### ARTIKEL 37

Onder de in artikel 34 van het Verdrag genoemde voorwaarden legt het Comité alle wijzigingen in de Statuten die het nodig acht ter goedkeuring aan de Commissie voor.

#### ARTIKEL 38

Deze Statuten treden op hetzelfde tijdstip en onder dezelfde voorwaarden als het Verdrag in werking.